

Millenniums-Entwicklungsziele



VEREINTE NATIONEN

2010



Dieser Bericht beruht auf einem Stammdatensatz, der von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele unter der Führung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen zusammengestellt wurde. Damit wurde dem Wunsch der Generalversammlung nach einer regelmäßigen Fortschrittsbewertung hinsichtlich der Ziele entsprochen. Die Gruppe besteht aus Vertretern der nachstehend aufgeführten internationalen Organisationen, zu deren Aufgaben die Erstellung einer oder mehrerer der statistischen Indikatorreihen gehört, die für die Überwachung des Umsetzungsstands der Ziele für geeignet befunden wurden. Weitere Beiträge stammten von Statistikern einzelner Länder sowie von externen sachverständigen Beratern.

INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION

ERNÄHRUNGS- UND LANDWIRTSCHAFTSORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN

ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR ERZIEHUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG

WELTGESUNDHEITSORGANISATION

WELTBANK

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

INTERNATIONALE FERNMELDEUNION

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR AFRIKA

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR EUROPA

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR LATEINAMERIKA UND DIE KARIBIK

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR ASIEN UND DEN PAZIFIK

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR WESTASIEN

GEMEINSAMES PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR HIV/AIDS

KINDERHILFSWERK DER VEREINTEN NATIONEN

HANDELS- UND ENTWICKLUNGSKONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN

ENTWICKLUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE FRAU

ENTWICKLUNGSPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

UMWELTPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

RAHMENÜBEREINKOMMEN DER VEREINTEN NATIONEN ÜBER KLIMAÄNDERUNGEN

AMT DES HOHEN FLÜCHTLINGSKOMMISSARS DER VEREINTEN NATIONEN

PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR MENSCHLICHE SIEDLUNGEN

BEVÖLKERUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN

INTERNATIONALES HANDELSZENTRUM

INTERPARLAMENTARISCHE UNION

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

WELTHANDELSORGANISATION

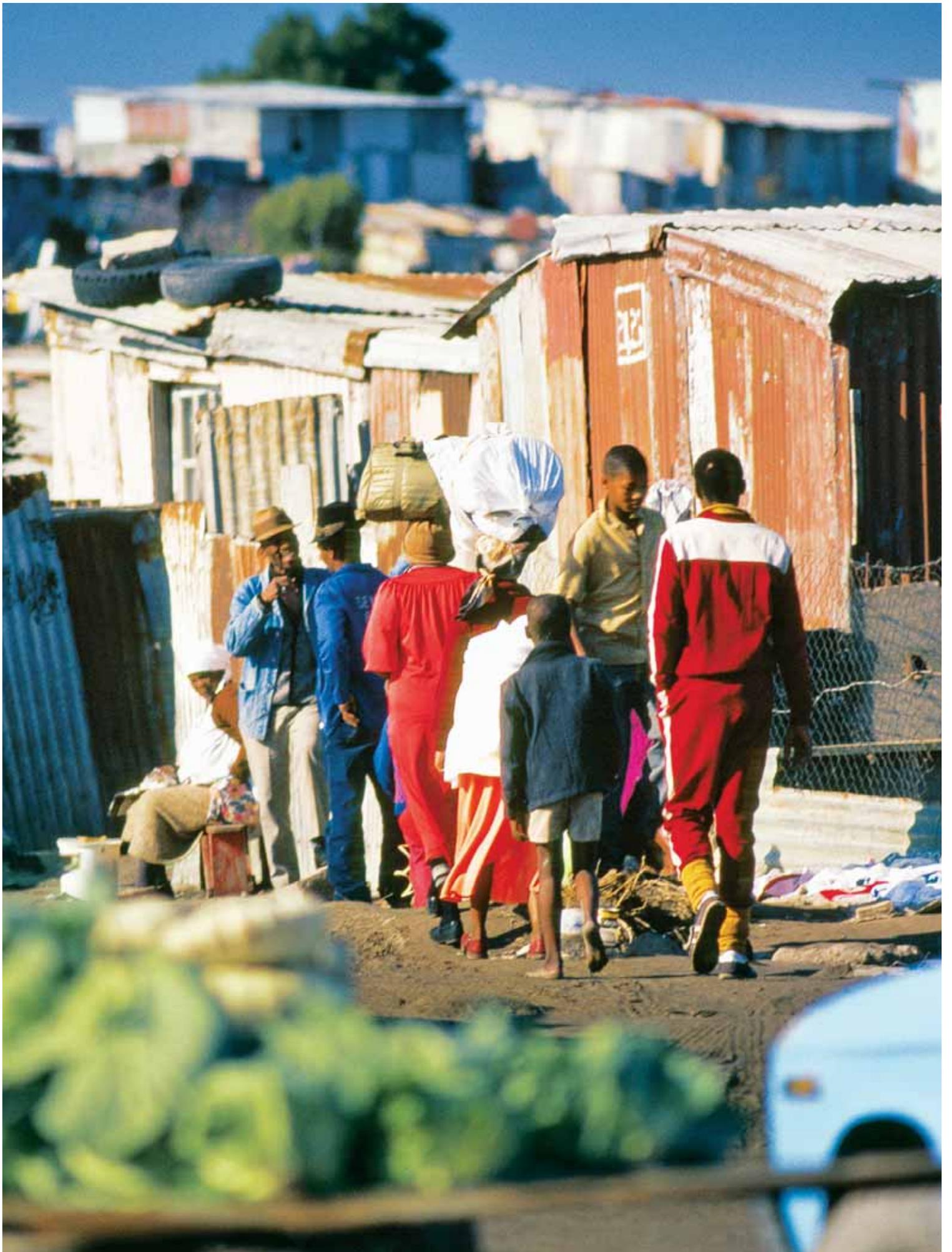
Millenniums- Entwicklungsziele Bericht 2010



VEREINTE NATIONEN

NEW YORK 2010

WIR KÖNNEN
DIE ARMUT BEENDEN
2015 MILLENNIUMS-
ENTWICKLUNGS-
ZIELE



Vorwort

Im Jahr 2000 wurde mit der Millenniums-Erklärung ein Meilenstein der internationalen Zusammenarbeit gesetzt, der den Anstoß für Entwicklungsanstrengungen gab, die das Leben von Hunderten Millionen Menschen in aller Welt verbesserten. Zehn Jahre später werden die Führer der Welt erneut bei den Vereinten Nationen in New York zusammenkommen, um die Fortschritte zu überprüfen, die Hindernisse und Defizite zu bewerten und konkrete Strategien und Maßnahmen zur Verwirklichung der acht Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 zu vereinbaren.

Die Ziele sind Ausdruck der Bedürfnisse und Grundrechte, die jeder Mensch auf der Welt genießen können sollte – Freiheit von extremer Armut und Hunger, eine hochwertige Bildung, produktive und menschenwürdige Beschäftigung, ein guter Gesundheitszustand und Wohnraum, das Recht jeder Frau, ohne Gefahr für ihr Leben Kinder zu gebären, und eine Welt, in der die ökologische Nachhaltigkeit Vorrang hat und in der Frauen und Männer gleichgestellt leben. Die Führer verpflichteten sich darüber hinaus, zur Erreichung dieser universellen Ziele eine weitreichende weltweite Entwicklungspartnerschaft einzugehen.

Der vorliegende Bericht zeigt, wie groß die bisher erzielten Fortschritte sind. Er zeigt auch als wohl wich-

tigste Erkenntnis, dass die Ziele erreichbar sind, wenn die in nationaler Regie durchgeführten Entwicklungsstrategien, -politiken und -programme von internationalen Entwicklungspartnern unterstützt werden. Gleichzeitig wird klar, dass sich Verbesserungen im Leben der Armen unzumutbar langsam einstellen und einige hart erkämpfte Erfolge durch die Klima-, die Nahrungsmittel- und die Wirtschaftskrise unterhöhlt werden.

Die Welt verfügt über die Ressourcen und das Wissen, um selbst den ärmsten Ländern und denen, die durch Krankheiten, isolierte Lage oder interne Konflikte ins Hintertreffen geraten sind, die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu ermöglichen.

Die Erreichung der Ziele geht uns alle an. Verfehlen wir sie, so werden sich die in unserer Welt vorhandenen Gefahren – von Instabilität über Epidemien bis hin zur Umweltzerstörung – vervielfachen. Erreichen wir sie jedoch, so werden wir rasch einer stabileren, gerechteren und sichereren Welt näherkommen.

Milliarden von Menschen erwarten von der internationalen Gemeinschaft die Verwirklichung der in der Millenniums-Erklärung enthaltenen grandiosen Vision. Halten wir dieses Versprechen!



BAN KI-MOON
Generalsekretär der Vereinten Nationen

Überblick

Das Versprechen halten

Fünf Jahre vor Ablauf der Frist für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele werden die Führer der Welt bei den Vereinten Nationen zusammenkommen, um die erzielten Fortschritte umfassend zu prüfen und gemeinsam einen Kurs für beschleunigte Maßnahmen zur Erreichung der Ziele bis 2015 festzulegen.

Viele Länder, auch einige der ärmsten, kommen voran und zeigen so, dass kühne, kollektive Zielsetzungen im Kampf gegen die Armut Erfolge bringen. Für alle Menschen, denen der quantitative, mit Fristen versehene Rahmen für die Rechenschaftslegung zugutekam, brachten die Millenniumsziele echte Verbesserungen.

Doch unerfüllte Zusagen, unzureichende Ressourcen, mangelnde Zielorientierung und Rechenschaftslegung sowie ungenügender Einsatz für eine nachhaltige Entwicklung haben vielfach zu Rückschlägen geführt. Einige davon wurden durch die weltweite Nahrungsmittel-, Wirtschafts- und Finanzkrise noch verschlimmert.

Dennoch zeigen die Daten und Analysen auf den folgenden Seiten deutlich, dass gezielte Interventionsmaßnahmen, untermauert durch ausreichende Finanzmittel und politische Entschlossenheit, auf einigen Gebieten zu raschen Fortschritten geführt haben. Auf anderen hingegen wurden die ärmsten Gruppen, Menschen, die keine Schulbildung haben oder in entlegeneren Gegenden leben, vernachlässigt und erhielten nicht die Voraussetzungen, um ihr Leben zu verbessern.

Auf Erfolgen aufbauen

Die gemeinsamen Anstrengungen zur Erreichung der Millenniumsziele haben zu Fortschritten in vielen Bereichen geführt. Die positive Trendlage vor 2008 ließ erwarten, dass viele Regionen zumindest einige der Ziele erreichen würden. Das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsregionen ist nach wie vor dynamisch, und wenn wir aus den vielen Erfolgen lernen, die selbst die problembehaftetsten Länder erzielt haben, ist die Erreichung der Millenniumsziele noch immer möglich:

- Die Armutsminderung schreitet, trotz erheblicher Rückschläge aufgrund des Wirtschaftsabschwungs 2008-2009 sowie der Nahrungsmittel- und der Energiekrise, weiter voran. Die Entwicklungsländer in ihrer Gesamtheit sind weiter auf dem rechten Weg, um das Armutsminderungsziel bis 2015 zu erreichen. Es wird nach wie vor erwartet, dass die Armutsquote insgesamt bis 2015 auf 15 Prozent fallen wird und somit etwa 920 Millionen Menschen, also halb so viele wie 1990, unter der internationalen Armutsgrenze leben werden.
- In vielen der ärmsten Länder, zumeist in Afrika südlich der Sahara, wurden erhebliche Fortschritte dabei erzielt, Kinder in die Schulen zu bringen.
- Durch bemerkenswerte Verbesserungen bei wichtigen Interventionen, beispielsweise bei der Eindämmung von Malaria und HIV und bei der Masernimpfung, gingen die Sterbefälle bei Kindern von 12,5 Millionen im Jahr 1990 auf 8,8 Millionen im Jahr 2008 zurück.

- Zwischen 2003 und 2008 verzehnfachte sich die Zahl der mit antiretroviralen Medikamenten behandelten Menschen von 400.000 auf 4 Millionen, womit 42 Prozent der 8,8 Millionen Menschen, die eine HIV-Behandlung benötigten, diese auch erhielten.
- Die Maßnahmen zur Malariabekämpfung wurden durch die Bereitstellung von wesentlich mehr Finanzmitteln und durch stärkeres Engagement beschleunigt. In ganz Afrika steigt die Zahl der Gemeinwesen, in denen Moskitonetze Schutz bieten, und mehr Kinder werden mit wirksamen Medikamenten behandelt.
- Die Entwaldungsrate ist zwar weiter bestürzend hoch, doch scheint sie durch Baumpflanzungsmaßnahmen in Verbindung mit dem natürlichen Waldzuwachs langsamer anzusteigen.
- Durch die stärkere Nutzung verbesserter Wasserquellen in ländlichen Gebieten ist der große Abstand zu den städtischen Gebieten geschrumpft, wo die Versorgungsrate seit 1990 beinahe unverändert bei 94 Prozent liegt. Die Sicherheit der Wasserversorgung ist jedoch weiterhin problematisch und muss dringend angegangen werden.
- Mobiltelefone finden in den Entwicklungsländern immer weitere Verbreitung und kommen verstärkt bei mobilen Bankgeschäften, im Katastrophenmanagement und in anderen entwicklungsfördernden Nichtsprach-Anwendungen zum Einsatz. Ende 2009 waren 50 von 100 Menschen Mobilfunkteilnehmer.

Die Lücken schließen

Obwohl Fortschritte verzeichnet wurden, waren sie ungleichmäßig. Ohne einen großen Vorstoß werden viele der Millenniums-Zielvorgaben in den meisten Regionen wohl verfehlt werden. Alte und neue Herausforderungen drohen die Fortschritte auf einigen Gebieten weiter zu verlangsamen oder sogar bereits Erreichtes wieder zunichte zu machen.

Die Auswirkungen des Klimawandels treffen gefährdete Bevölkerungsgruppen, die am wenigsten zu dem Problem beigetragen haben, am schwersten. Das Risiko, durch Naturkatastrophen ums Leben zu kommen, Behinderungen oder wirtschaftliche Verluste zu erleiden, steigt weltweit an und liegt in ärmeren Ländern am höchsten. Bewaffnete Konflikte sind weiter eine Hauptbedrohung der menschlichen Sicherheit und der hart erkämpften Fortschritte im Hinblick auf die Millenniumsziele. Immer noch leben große Flüchtlingspopulationen in Lagern und haben kaum Chancen auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation. 2009 waren 42 Millionen Menschen durch Konflikte oder Verfolgung vertrieben, vier Fünftel von ihnen in den Entwicklungsländern.

Die Zahl der Unterernährten steigt weiter an, und bei der Senkung der Hungerprävalenz sind zwischen 2000-2002 und 2005-2007 die schleppenden Fortschritte in einigen Regionen zum Erliegen gekommen oder sogar Rückschritte eingetreten. Etwa ein Viertel der Kinder unter fünf Jahren ist untergewichtig, was hauptsächlich auf Nahrungsmangel, minderwertige Nahrungsmittel, unzureichende Wasser-, Sa-

nitär- und Gesundheitsversorgung sowie auf eine schlechte Pflege- und Ernährungspraxis zurückzuführen ist.

2005 lebten immer noch schätzungsweise 1,4 Milliarden Menschen in extremer Armut. Zudem werden die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise wohl anhalten: Die Armutsquoten werden 2015 und sogar bis 2020 etwas höher liegen, als bei stetigem Wachstum der Weltwirtschaft in dem vor der Krise herrschenden Tempo zu erwarten gewesen wäre.

Die Gleichstellung der Geschlechter und die Ermächtigung der Frauen liegen im Kern der Millenniumsziele und sind Voraussetzungen für die Überwindung von Armut, Hunger und Krankheiten. Fortschritte stellten sich jedoch an allen Fronten, von der Bildung bis hin zum Zugang zu politischen Entscheidungspositionen, nur schleppend ein.

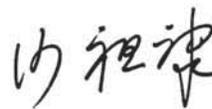
Zur Erreichung der Millenniumsziele muss den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft ebenfalls mehr Aufmerksamkeit gelten. Um die anhaltenden oder sogar zunehmenden Ungleichgewichte zwischen Arm und Reich, zwischen den Bewohnern ländlicher oder entlegener Gebiete oder von Slums und den wohlhabenderen Stadtbewohnern sowie gegenüber den aufgrund ihrer geografischen Lage, ihres Geschlechts, ihres Alters, einer Behinderung oder ihrer Volksgruppenzugehörigkeit Benachteiligten zu beseitigen, sind politische Weichenstellungen und praktische Maßnahmen erforderlich:

- In allen Entwicklungsregionen sind Kinder in ländlichen Gebieten häufiger untergewichtig als Kinder in den Städten. In Lateinamerika und der Karibik und in Teilen Asiens ist dieses Ungleichgewicht zwischen 1990 und 2008 größer geworden.
- Das Gefälle zwischen den ärmsten und den reichsten Haushalten ist weiter enorm. In den ärmsten Gebieten Südasiens sind 60 Prozent der Kinder untergewichtig, in den reichsten Haushalten hingegen 25 Prozent.
- Im Durchschnitt der Entwicklungsregionen besuchen Mädchen aus den ärmsten 20 Prozent der Haushalte dreieinhalb Mal seltener als Mädchen aus den reichsten Haushalten und viermal seltener als Jungen aus diesen eine Schule.
- Selbst in den Ländern, die die allgemeine Grundschulbildung fast verwirklicht haben, stellen Kinder mit Behinderungen die Mehrzahl derer, die davon ausgeschlossen sind.
- Die Gesundheit von Müttern gehört zu den Bereichen, in denen die Kluft zwischen Arm und Reich am augenfälligsten ist. In den entwickelten Ländern werden fast alle, in einigen Entwicklungsländern dagegen weniger als die Hälfte der Geburten von qualifizierten Gesundheitsfachkräften begleitet.
- Auch die Unterschiede beim Zugang zur Schwangerenversorgung sind enorm. Frauen aus den reichsten Haushalten suchen 1,7 Mal häufiger als die ärmsten Frauen mindestens einmal während der Schwangerschaft medizinisches Fachpersonal auf.
- Ein weiteres Haupthindernis für den Zugang zu Instrumenten, die das Leben der Menschen verbessern könnten, ist der Mangel an Bildung. So bewirken Armut und ungleicher Zugang zu Schulbildung anhaltend hohe Geburtenraten bei Jugendlichen, wodurch die Gesundheit von Mädchen gefährdet und ihre Chancen auf soziale und wirtschaftliche Besserstellung geschmälert werden.
- Frauen mit weiterführender Schulbildung verwenden viermal so häufig Verhütungsmittel wie Frauen ohne Bildung. Bei Frauen in den ärmsten Haushalten und bei Frauen ohne Bildung waren die Fortschritte in den letzten zehn Jahren minimal.
- Nur etwa die Hälfte der Bevölkerung in den Entwicklungsländern nutzt verbesserte sanitäre Einrichtungen, und die Behebung dieses Ungleichgewichts wird erheblichen Einfluss auf die Verwirklichung mehrerer Millenniumsziele haben. Das Gefälle zwischen ländlichen und städtischen Gebieten ist nach wie vor erschreckend groß, und nur 40 Prozent der Landbevölkerung haben Zugang zu solchen Einrichtungen. In den reichsten 20 Prozent der Haushalte nutzen 77 Prozent der Bevölkerung verbesserte sanitäre Einrichtungen, wogegen es in den ärmsten Haushalten nur 16 Prozent sind.

Die Zeit bis 2015

Die Millenniums-Erklärung ist das wichtigste Versprechen, das den verletzlichsten Menschen der Welt je gegeben wurde. Der aus der Erklärung abgeleitete Rahmen für die Rechenschaftslegung über die Millenniumsziele sorgte für ein bisher beispielloses Maß an Engagement und Partnerschaft bei der Schaffung eines menschenwürdigen, gesünderen Lebens für Milliarden von Menschen und eines Umfelds, das zu Frieden und Sicherheit beiträgt.

Die Millenniumsziele können noch immer erreicht werden. Die entscheidende Frage liegt heute darin, wie das Fortschrittstempo der letzten zehn Jahre drastisch beschleunigt werden kann. Die Erfahrungen der vergangenen Dekade haben deutlich gezeigt, welche Maßnahmen wirksam sind und welche Werkzeuge uns helfen können, die Millenniumsziele bis 2015 zu erreichen. Der Gipfel über die Millenniums-Entwicklungsziele im September wird den Führern der Welt Gelegenheit geben, die gewonnenen Erkenntnisse in einen konkreten Aktionsplan umzusetzen.



SHA ZUKANG
Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

Ziel 1

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

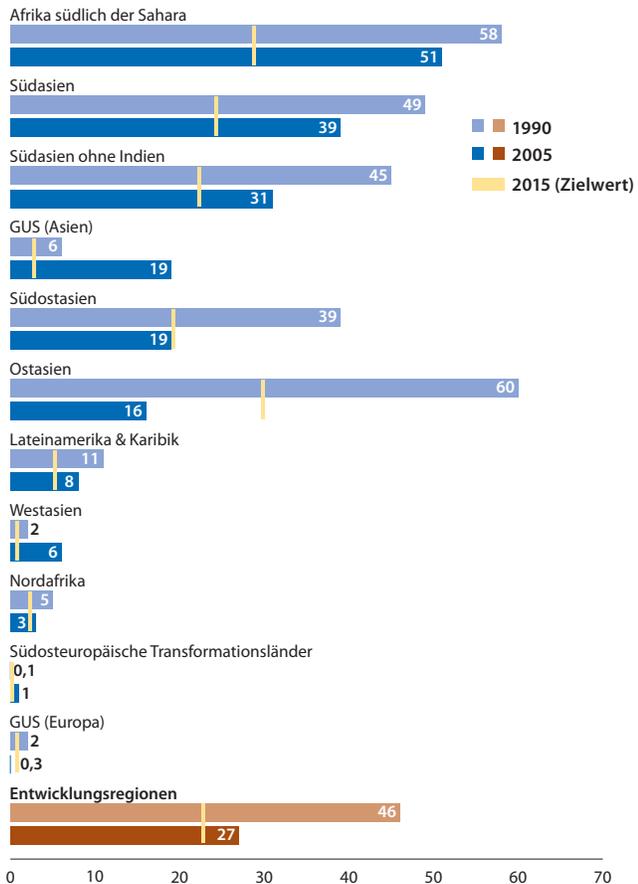


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Durch die globale Wirtschaftskrise hat sich das Fortschrittstempo zwar verlangsamt, doch wird beim derzeitigen Kurs das Armutsminderungsziel weltweit erreicht werden

Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen – 1990 und 2005 (in Prozent)



Dank des robusten Wachstums in der ersten Hälfte der Dekade sank die Zahl der Menschen in den Entwicklungsregionen, die von weniger als 1,25 Dollar pro Tag leben müssen, von 1,8 Mrd. im Jahr 1990 auf 1,4 Mrd. im Jahr 2005, und die Armutsquote fiel von 46 auf 27 Prozent. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2008 in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften Nordamerikas und Europas begann, löste einen Einbruch der Exporte und der Rohstoffpreise aus, senkte das Handels- und Investitionsvolumen und bremste so das Wachstum in den Entwicklungsländern. Dennoch ist das

Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern dynamisch genug, um dem Armutsminderungsziel näherzukommen. Die gesamte Armutsquote wird bis 2015 wohl wie erwartet auf 15 Prozent fallen, und die Millenniums-Zielvorgabe kann somit erreicht werden. Damit werden etwa 920 Mio. Menschen, also etwa halb so viele wie 1990, unter der internationalen Armutsgrenze leben.

Nach neuesten Weltbank-Schätzungen werden 2009 durch die Krise 50 Mio. und bis Ende 2010 etwa 64 Mio. mehr Menschen in extremer Armut leben, als dies ohne die Krise der Fall gewesen wäre, zumeist in Afrika südlich der Sahara und in Ost- und Südostasien. Auch werden die Krisenfolgen wohl andauern: Die Armutsquoten werden 2015 und sogar bis 2020 etwas höher liegen, als bei stetigem Wachstum der Weltwirtschaft im Tempo vor der Krise zu erwarten gewesen wäre.

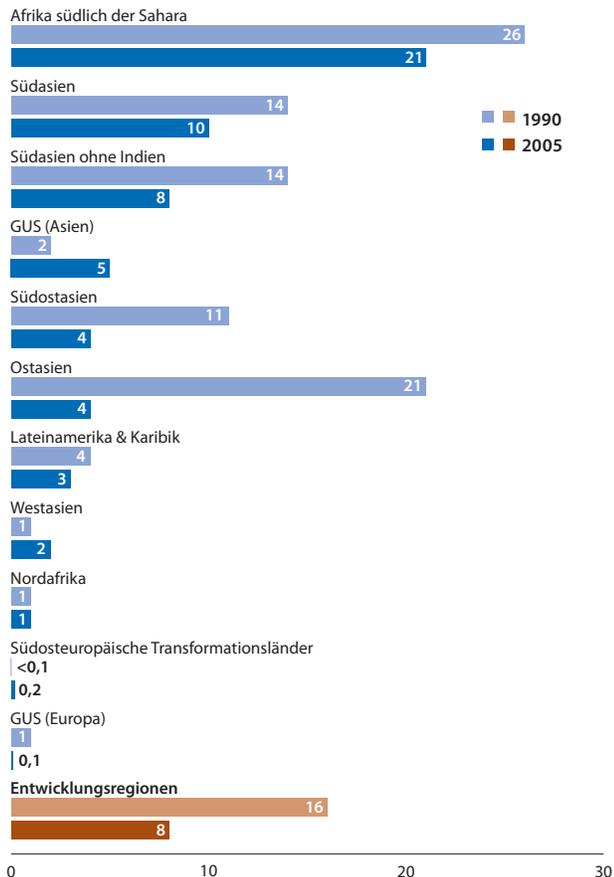
Das rascheste Wachstum und der größte Armutsrückgang werden nach wie vor in Ostasien verzeichnet. Die Armutsquote in China wird bis 2015 voraussichtlich auf etwa 5 Prozent sinken. Auch Indien hat zu dem starken Rückgang der weltweiten Armut beigetragen. Legt man die Armutsgrenze von 1,25 Dollar pro Tag zugrunde, so wird die Armutsquote dort voraussichtlich von 51 Prozent im Jahr 1990 auf 24 Prozent im Jahr 2015 fallen und die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen um 188 Mio. sinken. Alle Entwicklungsregionen außer Afrika südlich der Sahara, Westasien und Teilen Osteuropas und Zentralasiens werden die Millenniums-Zielvorgabe wohl erreichen. In Afrika südlich der Sahara liegt der Grund für das Zurückbleiben im schleppenden Wachstum der 1990er Jahre und in einigen Ländern Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft, durch den die Armut, wenn auch von einem sehr niedrigen Niveau, anstieg.

Die Überwachung der Armutslage wird weiter dadurch behindert, dass hochwertige, regelmäßige Erhebungen fehlen und dass Ergebnisse verzögert gemeldet werden. Defizite zeigen sich besonders deutlich in Afrika südlich der Sahara, wo in mehr als der Hälfte der Länder keine ausreichenden Vergleichsdaten für das gesamte Spektrum der Millenniumsziele vorliegen, sowie bei kleinen Inselstaaten im Pazifik und in der Karibik. Erhebungen liefern wichtige Informationen, die nicht nur über Veränderungen des durchschnittlichen Einkommens oder Konsums, sondern auch über deren Verteilung Aufschluss geben. In die diesjährigen Armuts-schätzungen fließen 31 neue Haushaltserhe-

bungen ein. In Verbindung mit den letztjährigen Wachstumsprognosen deuten diese neuen Erhebungen nach Berücksichtigung der Auswirkungen der Finanzkrise auf einen 0,5-prozentigen Rückgang des aggregierten Armutsindex 2015 von 15,5 auf 15,0 Prozent hin. Eine exakte Darstellung der Fortschritte bei der Erreichung der Millenniumsziele ist ohne aktuellere Daten nicht möglich.

Vor der Krise war die Armutstiefe in beinahe allen Regionen zurückgegangen

Armutslückenverhältnis bei 1,25 Dollar pro Tag – 1990 und 2005 (in Prozent)



Das Armutslückenverhältnis misst das Einkommensdefizit der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen. Die internationale Armutsgrenze liegt zwar auf einem für sehr arme Länder typischen Niveau, doch müssen viele Menschen mit noch weniger auskommen. Die Armutstiefe sinkt durch Wirtschaftswachstum und eine bessere Einkommens- oder Konsumverteilung. Seit 1990 ist sie in allen Regionen außer Westasien zurückgegangen. 2005 lag das durchschnittliche Tageseinkommen der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen bei 0,88 Dollar. Im subsaharischen Afrika war die Armutstiefe am größten, sank jedoch seit 1999 auf das 1990 in Ostasien herrschende Niveau.

Investitionen in die Minderung von Katastrophenrisiken können langfristigen Nutzen, darunter auch Fortschritte im Hinblick auf die Millenniumsziele, bringen

Das Risiko, durch Naturkatastrophen zu sterben, Behinderungen oder wirtschaftliche Verluste zu erleiden, steigt weltweit an und ist in den ärmeren Ländern am höchsten. Die Minderung dieser Risiken kann einen Multiplikatoreffekt erbringen, der die Erreichung der Millenniumsziele beschleunigen kann. Die schrecklichen Verluste an Menschenleben durch Erdbeben in Haiti, Chile und China und Überschwemmungen in Brasilien machen deutlich, dass die Widerstandskraft von Bauten gegenüber seismischen, klimatischen oder wetterbezogenen Gefahren erhöht werden muss.

Durch Verstädterung, Klimaänderung und Schädigung der Ökosysteme steigt die Zahl der Opfer von Naturkatastrophen, was die Länder am härtesten trifft, die ihre Risiken am wenigsten mindern können. In Ländern mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen trägt die Bevölkerung geschätzte 97 Prozent des weltweiten Risikos, bei Naturkatastrophen ums Leben zu kommen, und diese Länder erleiden im Verhältnis zur Größe ihrer Volkswirtschaft auch höhere wirtschaftliche Verluste. Von Anfang 2008 bis Ende März 2010 starben Berichten zufolge 470.000 Menschen durch Naturkatastrophen, und die wirtschaftlichen Verluste bis Ende 2009 werden auf mehr als 262 Mrd. Dollar geschätzt. Kleine Inselentwicklungsländer und Binnenentwicklungsländer bilden zusammen 60 beziehungsweise 67 Prozent der Länder deren Wirtschaft als anfällig oder sehr anfällig gegenüber Naturgefahren gilt.

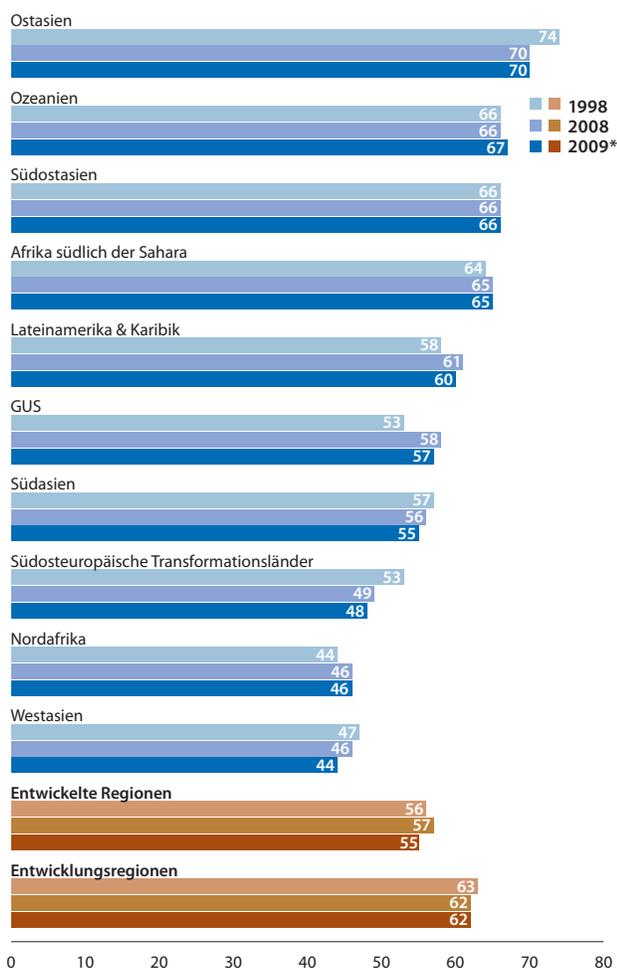
Erfahrungsgemäß bringen Investitionen in die Minderung von Katastrophenrisiken den Ländern einen Langzeitnutzen, der von geringeren künftigen Schäden und vermiedenen Wiederaufbaukosten zu Begleitnutzen wie einer krisenfesteren Existenz, widerstandsfähigeren Gemeinwesen sowie schützenden und produktiven Ökosystemen reicht. In Peru hat die Aufnahme der Risikominderung in die Entwicklungsmaßnahmen einen Nutzen erbracht, der bis zu 37 Mal höher war als die Kosten. Durch die 3,15 Mrd. Dollar, die China von 1960 bis 2000 für die Minderung von Überschwemmungsfolgen ausgegeben hat, wurden Schäden in einer geschätzten Höhe von 12 Mrd. Dollar vermieden.

ZIELVORGABE

Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen, verwirklichen

Die durch die Wirtschaftskrise ausgelöste Verschlechterung der Arbeitsmarktlage führte zu einem Beschäftigungsrückgang

Beschäftigungsquote – 1998, 2008 und 2009 (vorläufiger Schätzwert)



* Die Daten für 2009 sind vorläufig.

Das Platzen der Immobilienblase in den Vereinigten Staaten 2007 und die darauffolgende Lähmung des globalen Finanzsystems führten in eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise, die 2009 die ganze Welt heimsuchte. Durch den Dominoeffekt der Krise wurden Volkswirtschaften lahmgelegt, sanken Unternehmenskapazitäten und wurden Millionen Menschen ar-

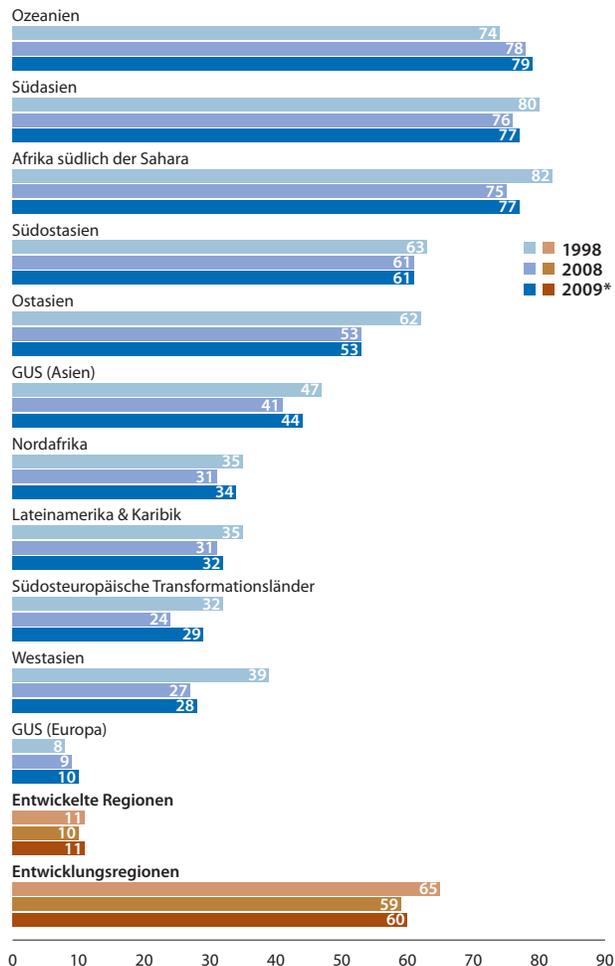
beitslos. Viele Arbeitnehmer wechselten in unsichere Beschäftigungsverhältnisse, und die Erwerbsarmut stieg.

Mit der Vertiefung der Krise begannen Regierungen, dem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit und den Auswirkungen des weltweiten Arbeitsplatzabbaus durch konjunkturstützende Maßnahmen zu begegnen. Durch abgestimmte Krisenabwehrmaßnahmen einiger Länder konnten noch größere soziale und wirtschaftliche Härten abgewendet werden. Doch wird die weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in zahlreichen Ländern wohl viele der in der letzten Dekade erzielten Fortschritte im Hinblick auf menschenwürdige Arbeit gefährden.

Durch die verschlechterte Wirtschaftslage kam es zu einem drastischen Rückgang der Beschäftigungsquote. Zudem ging 2009 auch die Arbeitsproduktivität zurück. In den meisten Regionen sank das Bruttoinlandsprodukt sogar noch stärker als die Beschäftigung, wodurch auch die Leistung je Erwerbstätigen zurückging. Vorläufige Schätzungen deuten in allen Regionen außer Nordafrika, Ostasien und Südasien auf einen Rückgang der Leistung je Erwerbstätigen hin. Dieser Rückgang war in den europäischen GUS-Ländern, den südosteuropäischen Transformationsländern sowie in Lateinamerika und der Karibik am ausgeprägtesten. Eine rückläufige Leistung trägt zu schlechteren Arbeitsbedingungen bei und verschlimmert so die Not der Erwerbstätigen in den Regionen mit bereits vor der Wirtschaftskrise niedriger Arbeitsproduktivität, z.B. in Afrika südlich der Sahara.

Mit dem Abbau von Arbeitsplätzen wurden mehr Erwerbstätige in unsichere Beschäftigungsverhältnisse gedrängt

Anteil der Selbständigen ohne Beschäftigte und der Familienarbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung – 1998, 2008 und 2009 (Szenario 2) (in Prozent)



* Hochrechnungen für 2009 nach Szenario 2 der Internationalen Arbeitsorganisation. Einzelheiten finden sich unter <http://mdgs.un.org>.

Der rückläufige Trend bei den unsicheren Beschäftigungsverhältnissen kam durch die Verschlechterung der Arbeitsmarktbedingungen nach der Finanzkrise zum Erliegen. Für viele Lohn- und Gehaltsempfänger, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, und für Menschen, die inmitten der Krise erstmals in den Arbeitsmarkt eintraten, war die Tätigkeit als Selbständige ohne Beschäftigte oder als unbezahlte Familienarbeitskräfte der letzte Ausweg.

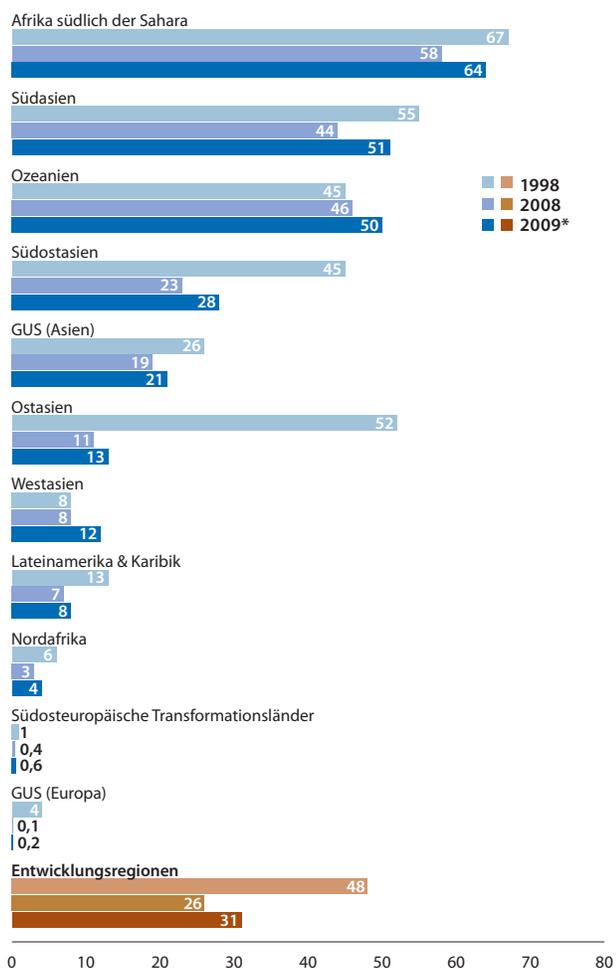
Menschen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, also alle Selbständigen ohne Beschäftigte und alle Familienarbeitskräfte, sind in der Regel nicht durch formelle Arbeitsregelungen gebunden. Daher genießen sie häufig nicht die mit einer menschenwürdigen Arbeit verbundenen Vorteile, beispielsweise angemessene soziale Sicherheit und Zugang zu wirksamen Mechanismen für sozialen Dialog. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse sind oft durch unzureichenden Verdienst, niedrige Produktivität und unterdurchschnittliche Arbeitsbedingungen gekennzeichnet, die die Grundrechte bei der Arbeit untergraben.

Vor der Wirtschaftskrise verfügten mehr als drei Viertel der Erwerbstätigen in Ozeanien, Südasien und Afrika südlich der Sahara nicht über die Sicherheit, die ihnen eine abhängige Beschäftigung bieten könnte. In diesen Regionen ist die Zahl der Erwerbstätigen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen 2009 durch die Krise wahrscheinlich weiter angestiegen. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO)* lag der Anteil der Menschen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen 2009 global zwischen 49 und 53 Prozent; damit sind weltweit 1,5 bis 1,6 Milliarden Menschen als Selbständige ohne Beschäftigte oder als unbezahlte Familienarbeitskräfte tätig.

* Einzelheiten finden sich unter <http://mdgs.un.org>.

Seit Beginn der Wirtschaftskrise leben mehr Erwerbstätige mit ihren Familien in extremer Armut

Anteil der Erwerbstätigen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen – 1998, 2008 und 2009 (Szenario 2) (in Prozent)



* Daten für 2009 nach Szenario 2 der IAO. Einzelheiten finden sich unter <http://mdgs.un.org>.

Als erwerbsarm werden Menschen bezeichnet, die erwerbstätig sind, jedoch in Haushalten leben, deren einzelne Mitglieder mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen. Den meisten dieser Menschen bietet ihr Arbeitsplatz nicht die sozialen Schutz- und Sicherungsnetze, die sie in Zeiten geringer wirtschaftlicher Nachfrage absichern, und sie können oftmals nicht genügend sparen, um harte Zeiten zu überbrücken. Da unsichere Beschäftigungsverhältnisse oft von wenig produktiver Arbeit gekennzeichnet sind und die weltweite Finanzkrise zu einer rückläufigen Leistung je Erwerbstätigen geführt hat, ist die Erwerbsarmut aller Wahrscheinlichkeit

nach ebenfalls gestiegen. Daher hat sich der geringfügige Rückgang des Anteils erwerbsarmer Menschen, der bei Fortschreibung historischer Trends (Szenario 1) für 2009 zu erwarten wäre, wohl nicht eingestellt. Vielmehr liefen zwischen 2008 und 2009 weltweit schätzungsweise 3,6 Prozent mehr Erwerbstätige Gefahr, in Armut zu geraten (Szenario 2), ein bestürzender Anstieg und ein Rückschlag nach vielen Jahren des stetigen Fortschritts.

Die stärksten negativen Auswirkungen werden wahrscheinlich in Afrika südlich der Sahara, Südasiens, Südostasiens und Ozeanien zutage treten, wo die extreme Armut unter den Erwerbstätigen nach Szenario 2 um vier oder mehr Prozentpunkte gestiegen sein könnte. Diese Schätzungen tragen der Tatsache Rechnung, dass viele Erwerbstätige in diesen Regionen bereits vor der Krise nur knapp über der Armutsgrenze lagen. In Afrika südlich der Sahara läuft nach diesem Szenario der Großteil der Erwerbstätigen (63,5 Prozent) Gefahr, in extreme Armut abzusinken.

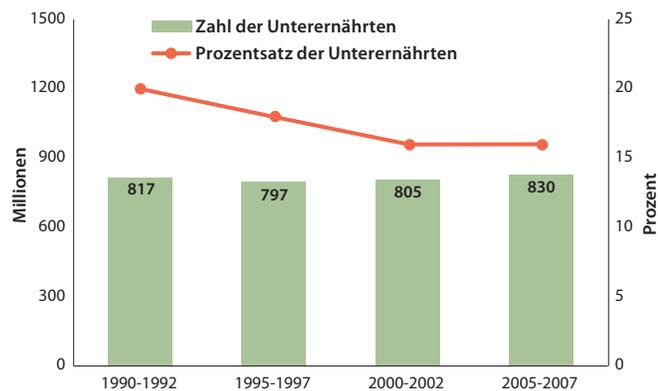


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

Eine der vielen schlimmen Folgen der weltweiten Nahrungsmittel- und Finanzkrise besteht darin, dass der Hunger 2009 vermutlich stark angestiegen ist

Anteil der Unterernährten an der Bevölkerung in den Entwicklungsregionen (in Prozent) und Zahl der Unterernährten (in Millionen) – 1990-1992, 1995-1997, 2000-2002 und 2005-2007

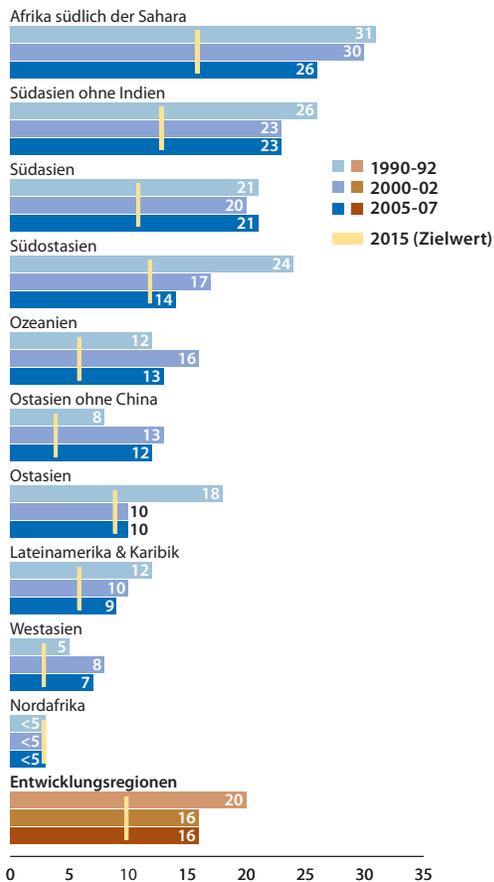


Seit 1990 sind die Entwicklungsregionen bei der Erreichung der Millenniums-Zielvorgabe, den Anteil der Menschen zu halbieren, die Hunger leiden, etwas vorangekommen. Der Anteil der Unterernährten an der Bevölkerung sank von 20 Prozent in den Jahren 1990-1992 auf 16 Prozent in den Jahren 2005-2007, dem letzten Zeitraum, für den Daten vorliegen. Seit 2000-2002 sind die Fortschritte jedoch zum Erliegen gekommen. Insgesamt reichten die Fortschritte bei der Senkung der Hungerprävalenz nicht aus, um die Zahl der Unterernährten zu senken. In den Jahren 2005-2007, dem letzten Bewertungszeitraum, lag die Zahl der Unterernährten noch immer bei 830 Millionen und damit über dem Wert von 817 Millionen für die Jahre 1990-1992.

2008 stiegen die Nahrungsmittelpreise drastisch an, und die aufgrund der Finanzkrise sinkenden Einkommen verschlimmerten die Lage weiter. Nach Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen könnte die Zahl der unterernährten Menschen 2008 bis zu 915 Millionen und 2009 über eine Milliarde betragen.

In den meisten Regionen sind die Fortschritte bei der Beseitigung des Hungers zum Stillstand gekommen

Anteil der Unterernährten an der Bevölkerung – 1990-1992, 2000-2002 und 2005-2007 (in Prozent)



Vor der Nahrungsmittel- und Finanzkrise waren einige Regionen auf dem besten Weg, bis 2015 den Anteil der Unterernährten an der Bevölkerung zu halbieren. Südostasien, das die Zielvorgabe bereits 2005-2007 beinahe erreicht hatte, erzielte ebenso wie Lateinamerika und die Karibik und Ostasien zusätzliche Fortschritte. In Ostasien waren die Fortschritte hauptsächlich auf die Minderung des Hungers in China zurückzuführen. Auch in Afrika südlich der Sahara ging die Hungerprävalenz zurück, jedoch nicht rasch genug, um das Bevölkerungswachstum aufzuwiegen und die Region auf den Weg zur Erreichung der Millenniums-Zielvorgabe zu bringen.

Nach der ersten Nahrungsmittelkrise 2008 blieben die Grundnahrungsmittelpreise auch 2009 hoch. Gleichzeitig sank das Einkommen der armen Haushalte aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit nach dem Wirtschaftsabschwung. Beide Krisen trugen zu einem beträchtlichen Rückgang der effektiven Kaufkraft armer Verbraucher bei, die einen erheblichen Teil ihres Einkommens für Grundnahrungsmittel aufwenden.

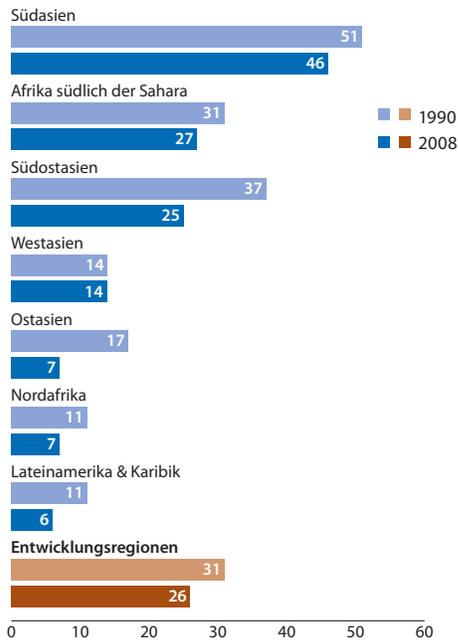
Obwohl die internationalen Nahrungsmittelpreise in der zweiten Jahreshälfte 2008 weiter sanken, stiegen die Indizes der Verbraucherpreise für Nahrungsmittel. Die internationalen Nahrungsmittelpreise haben sich noch nicht stabilisiert, und neue Nahrungsmittelkrisen drohen.

Die weltweite Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln war 2008 und 2009 insgesamt recht gut, doch bewirkten höhere Nahrungsmittelpreise und sinkende Erwerbstätigkeit und Einkommen, dass die Armen weniger Zugang zu diesen Nahrungsmitteln hatten.



Trotz gewisser Fortschritte ist noch immer ein Viertel der Kinder in den Entwicklungsländern untergewichtig

Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren – 1990 und 2008 (in Prozent)



Anmerkung: Die Schätzungen der Prävalenz von Untergewicht bei Kindern werden anhand der Bezugspopulation erstellt, die vom Nationalen Zentrum für Gesundheitsstatistiken (USA), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und den Zentren für Krankheitskontrolle und -prävention (USA) verwendet wird. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) ist dabei, seinen gesamten Datenbestand zur Unterernährung bei Kindern den neuen Standards der WHO für das Wachstum von Kindern anzupassen.

Zwischen 1990 und 2008 ging der Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren in den Entwicklungsregionen von 31 auf 26 Prozent zurück. Die Prävalenz von Untergewicht bei Kindern ist in allen Regionen außer Westasien gesunken. In Ostasien, Lateinamerika und der Karibik und den asiatischen GUS-Ländern ist die Millenniums-Zielvorgabe ganz oder beinahe erreicht, und Südostasien und Nordafrika sind auf Kurs.

Fortschritte sind vorhanden, doch reichen sie für die Erfüllung der Millenniums-Zielvorgabe nicht aus. Noch liegen nicht genügend Daten vor, um die Auswirkungen der Nahrungs-

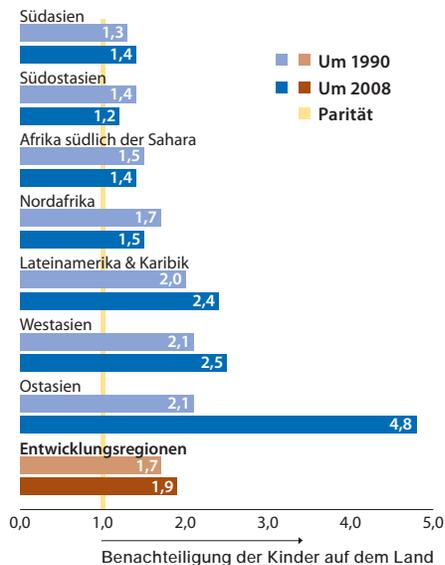
mittel- und Finanzkrise auf die Prävalenz von Untergewicht voll verstehen zu können, doch könnten sie die Erreichung der Millenniums-Zielvorgabe weiter bedrohen.

Um bis 2015 die Prävalenz von Untergewicht bei Kindern gegenüber dem Basisjahr 1990 zu halbieren, bedarf es eines beschleunigten, abgestimmten Vorgehens zur großflächigen Ausweitung der Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Unterernährung. Einige einfache, kostengünstige, in wichtigen Entwicklungsphasen des Kindes ergriffene Maßnahmen, beispielsweise die Aufnahme des Stillens innerhalb einer Stunde nach der Geburt, das volle Stillen während der ersten sechs Lebensmonate und eine geeignete Beikost und Zusatzgaben von Mikronährstoffen im Alter von sechs bis 24 Monaten, könnten erheblich zur Minderung der Unterernährung beitragen.

Unterernährung ist bei Kindern unter fünf Jahren nach wie vor weit verbreitet, was auf Nahrungsmangel, minderwertige Nahrungsmittel, unzureichende Wasser-, Sanitär- und Gesundheitsversorgung sowie auf eine suboptimale Pflege- und Ernährungspraxis zurückzuführen ist. Deutliche Fortschritte werden sich erst dann einstellen, wenn in allen diesen Bereichen Verbesserungen erzielt wurden. So werden Kinder in Südasien oft nicht gesund ernährt, und es mangelt häufig an hochwertigen Nahrungsmitteln. Darüber hinaus jedoch haben fast zwei Drittel der Bevölkerung keinen Zugang zu verbesserten Sanitäreinrichtungen, und beinahe die Hälfte praktizieren die offene Defäkation, was bei Kindern zu wiederholten Durchfallerkrankungen führt. Außerdem ist das Geburtsgewicht bei mehr als 25 Prozent der Säuglinge zu niedrig. Viele dieser Kinder können den Rückstand beim Ernährungsstatus nicht mehr aufholen. All diese Faktoren haben dazu geführt, dass die Prävalenz von Untergewicht in Südasien mit 46 Prozent weltweit am höchsten ist.

Kinder in ländlichen Gebieten sind fast doppelt so häufig untergewichtig wie Kinder in städtischen Gebieten

Verhältnis des Anteils der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren in ländlichen zu dem in städtischen Gebieten – 1990 und 2008

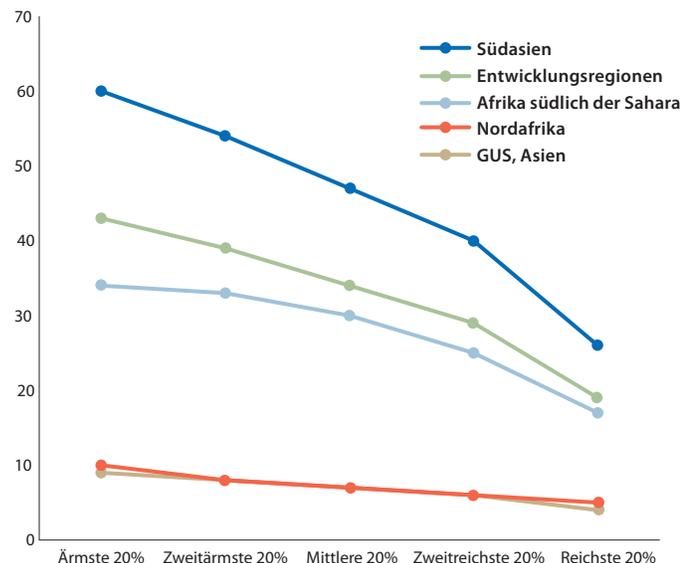


In allen Entwicklungsregionen sind Kinder in ländlichen Gebieten häufiger untergewichtig als Kinder in den Städten und Großstädten. In Teilen Asiens und in Lateinamerika und der Karibik ist dieses Verhältnis zwischen 1990 und 2008 noch mehr aus dem Gleichgewicht geraten. In Ostasien stieg das Verhältnis Land/Stadt rasant von 2,1 auf 4,8 an, das heißt 2008 waren Kinder in ländlichen Gebieten fast fünfmal so oft untergewichtig wie Kinder in städtischen Gebieten. Dennoch hat diese Region sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten die Zielvorgabe, die Prävalenz von Untergewicht gegenüber 1990 zu halbieren, bereits erreicht: In städtischen Gebieten sind lediglich 2 Prozent der Kinder untergewichtig, in ländlichen dagegen 9 Prozent.

Südostasien, Afrika südlich der Sahara und Nordafrika konnten die Mangelernährung bei Kindern in ländlichen Gebieten rascher vermindern und damit die Lücke zur Stadtbevölkerung verkleinern und so zeigen, dass ausgewogenere Fortschritte tatsächlich möglich sind.

In einigen Regionen ist der Anteil der untergewichtigen Kinder in armen Haushalten besonders hoch

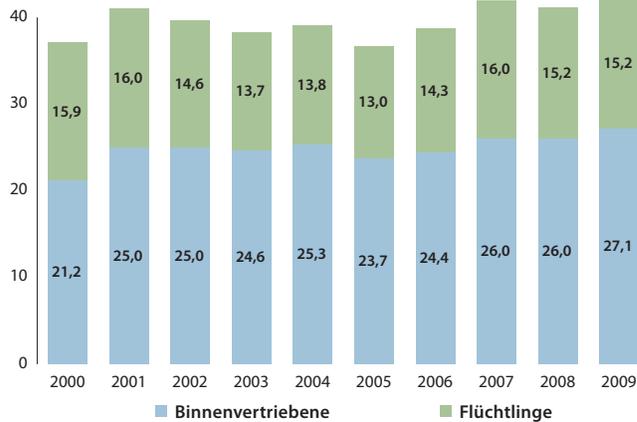
Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren nach Haushaltsvermögen – um 2008 (in Prozent)



Überall in den Entwicklungsländern ist die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder untergewichtig sind, in den ärmsten Haushalten doppelt so hoch wie in den reichsten. Die Disparität ist in den Regionen am ausgeprägtesten, in denen die Prävalenz untergewichtiger Kinder hoch ist. Dies ist in Südostasien der Fall, wo bis zu 60 Prozent der Kinder in den ärmsten Familien untergewichtig sind; in den reichsten Haushalten hingegen sind es etwa 25 Prozent.

Mehr als 42 Millionen Menschen wurden durch Konflikte oder Verfolgung entwurzelt

Zahl der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen – 2000-2009 (in Millionen)



Konflikte sind eine Hauptbedrohung der menschlichen Sicherheit und der hart erkämpften Fortschritte im Hinblick auf die Millenniumsziele. Selbst Jahre nach Konflikten verbleiben große Flüchtlingspopulationen in Lagern mit eingeschränkten Beschäftigungs- und Bildungschancen und unzureichenden Gesundheitsdiensten. Es überrascht nicht, dass Flüchtlinge oft von der Hilfe auf Subsistenzniveau abhängig werden und ein Leben in Armut führen, in dem sie nie ihr Potenzial entfalten.

Mehr als 42 Millionen Menschen sind derzeit durch Konflikte oder Verfolgung vertrieben. Darunter fallen 15,2 Millionen Flüchtlinge, die außerhalb ihres Herkunftslands leben, und 27,1 Millionen Menschen, die entwurzelt wurden, aber innerhalb der Grenzen ihres Landes verbleiben. Entwicklungsländer beherbergten 2009 vier Fünftel der globalen Flüchtlingspopulation. Dazu gehörten 10,4 Millionen Menschen unter der Obhut des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und 4,8 Millionen Palästinaflüchtlinge unter der Obhut des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA).

Die Flüchtlingszahlen haben sich in den vergangenen beiden Jahren mit etwa 15 Millionen kaum verändert, da unter anderem Dauerlösungen fehlen. 2009 konnten etwa 250.000 Flüchtlinge freiwillig an ihre Heimstätten zurückkehren, so wenig wie zuletzt vor 20 Jahren. Afghanistan und Irak waren Ende 2009 mit insgesamt 2,9 bzw. 1,8 Millionen Menschen weiter die größten Flüchtlingspopulationen unter der Obhut des UNHCR. Zusammengenommen stellen sie beinahe die Hälfte aller solchen Flüchtlinge.



Ziel 2

Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

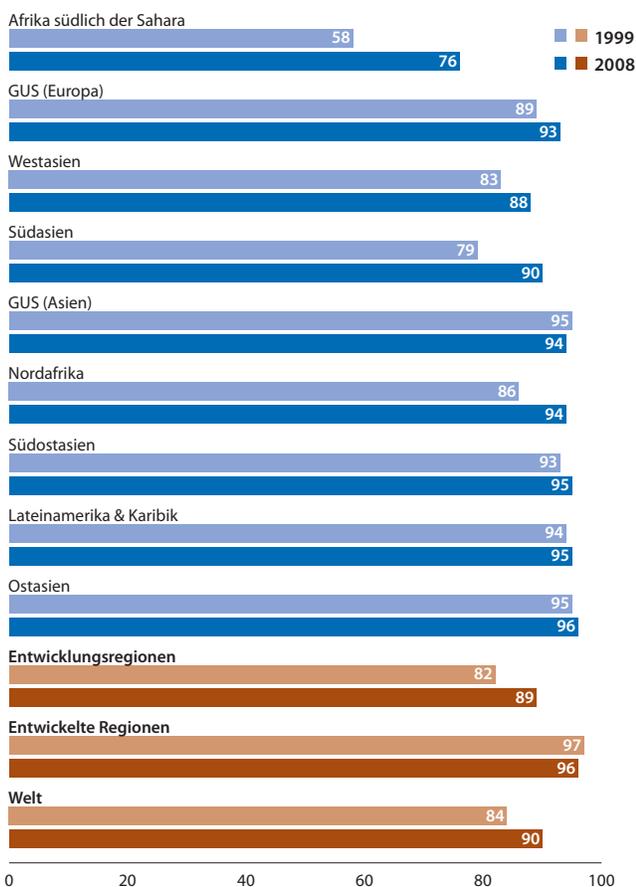


ZIELVORGABE

Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können

Trotz enormer Fortschritte in vielen armen Ländern schwindet die Hoffnung, die allgemeine Grundschulbildung bis 2015 zu verwirklichen

Bereinigte Nettoeinschulungsquote im Grundschulbereich* – 1998/1999 und 2007/2008 (in Prozent)



* Definiert als der Prozentanteil der in der Grund- oder Sekundarschulstufe eingeschriebenen Kinder im theoretischen Grundschulalter an der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe.

Anmerkung: Für Ozeanien liegen keine Daten vor.

Die Einschulungsquote im Grundschulbereich steigt weiter an und beträgt in den Entwicklungsländern mittlerweile 89 Prozent. Doch reicht das Fortschrittstempo nicht aus, um bis 2015 sicherzustellen, dass alle Mädchen und Jungen eine

Grundschulbildung vollständig abschließen können.

Soll das Ziel noch fristgemäß erreicht werden, müssten alle Kinder im offiziellen Grundschul-eintrittsalter um 2009 die Schule besuchen, je nachdem, wie lange die Grundschule dauert und wie viele Kinder sie abschließen. Doch in der Hälfte der Länder Afrikas südlich der Sahara, für die Daten vorliegen, besuchten mindestens ein Viertel der Kinder im Grundschulalter 2008 keine Schule.

Die Länder müssen zur Erreichung des Ziels auch für genügend Lehrer und Klassenzimmer sorgen, um die Nachfrage zu befriedigen. Bis 2015 werden allein in Afrika südlich der Sahara noch einmal so viele neue Lehrer benötigt, wie bereits in der Region tätig sind.

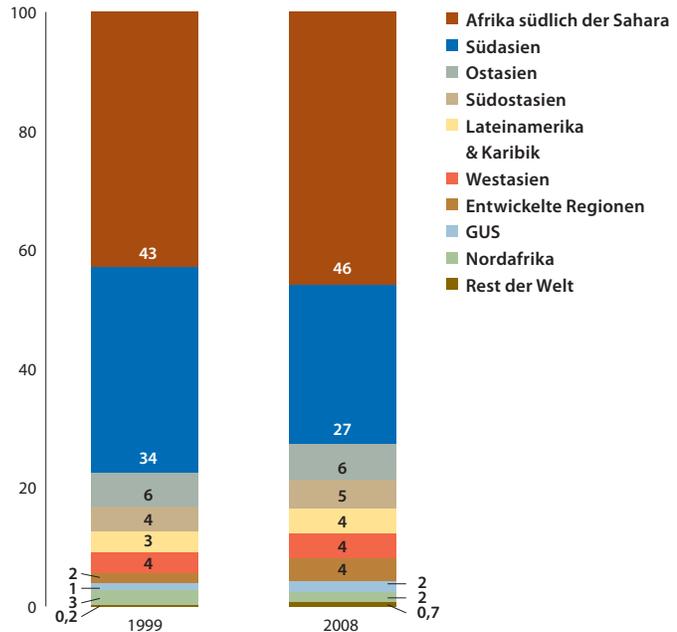
Trotz dieser Probleme wurde in vielen Regionen bereits einiges erreicht. Im Regionalvergleich liegt die Einschulungsquote in Afrika südlich der Sahara zwar immer noch am niedrigsten, ist jedoch zwischen 1999 und 2008 um 18 Prozentpunkte – von 58 auf 76 Prozent – angestiegen. Auch in Südasien und Nordafrika stellten sich Fortschritte ein, und die Einschulungsquote stieg dort in den letzten zehn Jahren um 11 bzw. 8 Prozentpunkte.

Sogar einige der ärmsten Länder, zumeist im subsaharischen Afrika, erzielten erhebliche Fortschritte. Durch die Abschaffung der Grundschulgebühren in Burundi verdreifachte sich die Einschulungsquote auf Grundschul-ebene seit 1999 und erreichte 2008 99 Prozent. Die Vereinigte Republik Tansania konnte ihre Einschulungsquote im selben Zeitraum verdoppeln. Auch Guatemala, Nicaragua und Sambia überschritten bei der Verbesserung des Zugangs zur Grundschulbildung die 90-Prozent-Marke.

Der entscheidende erste Schritt ist es, die Kinder in die Schulen zu bringen. Damit sie jedoch in den vollen Genuss der Bildungsvorteile kommen, müssen sie die Schule auch weiter besuchen. In der Hälfte der Länder Afrikas südlich der Sahara, für die Daten vorlagen, brachen mehr als 30 Prozent der Kinder die Grundschule vorzeitig ab.

Die weitaus meisten Kinder, die keine Schule besuchen, leben in Afrika südlich der Sahara und in Südasien

Verteilung der Kinder, die keine Schule besuchen, nach Region – 1999 und 2008 (in Prozent)

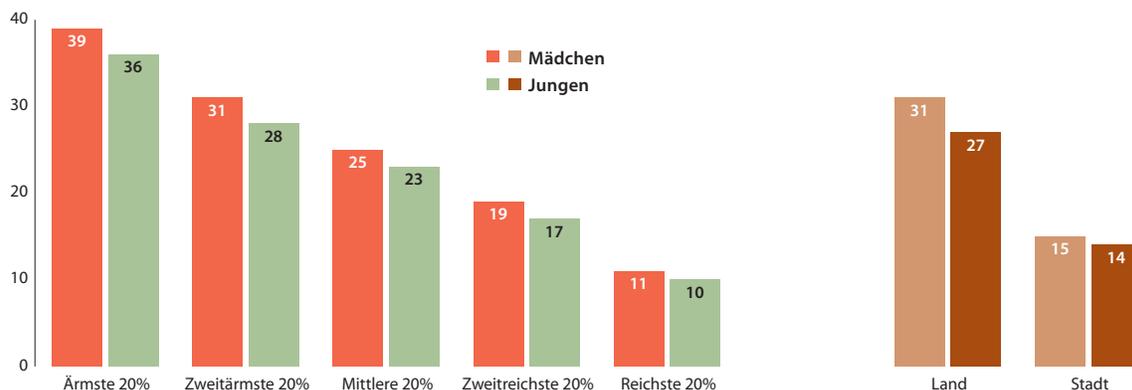


Obwohl die Zahl der Kinder im Schulalter weiter steigt, ist die Gesamtzahl der Kinder, die keine Schule besuchen, von 106 Millionen im Jahr 1999 auf 69 Millionen im Jahr 2008 gesunken. Beinahe die Hälfte dieser Kinder (31 Millionen) leben in Afrika südlich der Sahara und mehr als ein Viertel (18 Millionen) in Südasien.

Auch das Geschlechtergefälle bei den Kindern, die keine Schule besuchen, ist geringer geworden: Der Mädchenanteil an dieser Gruppe ist zwischen 1999 und 2008 weltweit von 57 auf 53 Prozent gesunken. In einigen Regionen ist jedoch der Mädchenanteil unter den Kindern, die keine Schule besuchen, weitaus höher; in Nordafrika liegt er bei 66 Prozent.

Ungleichheit verhindert Fortschritte bei der allgemeinen Grundschulbildung

Kinder, die keine Schule besuchen, nach Vermögensquintil und Wohnort, Mädchen und Jungen, 42 Länder, 2000/2008 (in Prozent)



Haushaltsdaten aus 42 Ländern zeigen, dass Kinder auf dem Land doppelt so häufig keine Schule besuchen wie Kinder in städtischen Gebieten. Aus den Daten geht auch hervor, dass das Stadt-Land-Gefälle für Mädchen etwas ausgeprägter als für Jungen ist. Das größte Bildungshindernis ist jedoch die Armut. Mädchen aus dem ärmsten Fünftel der Haushalte haben die geringsten Bildungschancen: Sie besuchen dreieinhalb Mal seltener als Mädchen aus den reichsten Haushalten und viermal seltener als Jungen aus diesen eine Schule. Für Jungen aus den reichsten Haushalten ist die Wahrscheinlichkeit, keine Schule zu besuchen, im Vergleich zu allen anderen Gruppen mit 10 Prozent am geringsten. Es gibt eine Vielzahl von Gründen dafür, dass Kinder nicht zur Schule gehen, darunter Kosten. Auch gesellschaftliche und kulturelle Bil-

dungsschranken sind häufig anzutreffen. In vielen Ländern herrscht die Auffassung, dass die Bildung von Mädchen weniger wert sei als die von Jungen. Und für Kinder mit Behinderungen sind die Chancen überall auf der Welt viel begrenzter als für nichtbehinderte Kinder.

Der Zusammenhang zwischen Behinderung und Marginalisierung im Bildungsbereich ist in Ländern jeden Entwicklungsstands augenfällig. In Malawi und der Vereinigten Republik Tansania steigt durch eine Behinderung die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind nie eine Schule besucht, auf das Doppelte und in Burkina Faso auf das Zweieinhalbfache. Selbst in manchen Ländern, die dem Ziel der allgemeinen Grundschulbildung näher sind, stellen Kinder mit Behinderungen die Mehrzahl derer, die davon ausgeschlossen sind. In Bulgarien und Rumänien lag die Nettoeinschulungsquote für Kinder zwischen 7 und 15 Jahren 2002 über 90 Prozent, für Kinder mit Behinderungen hingegen nur bei 58 Prozent.



Ziel 3

Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

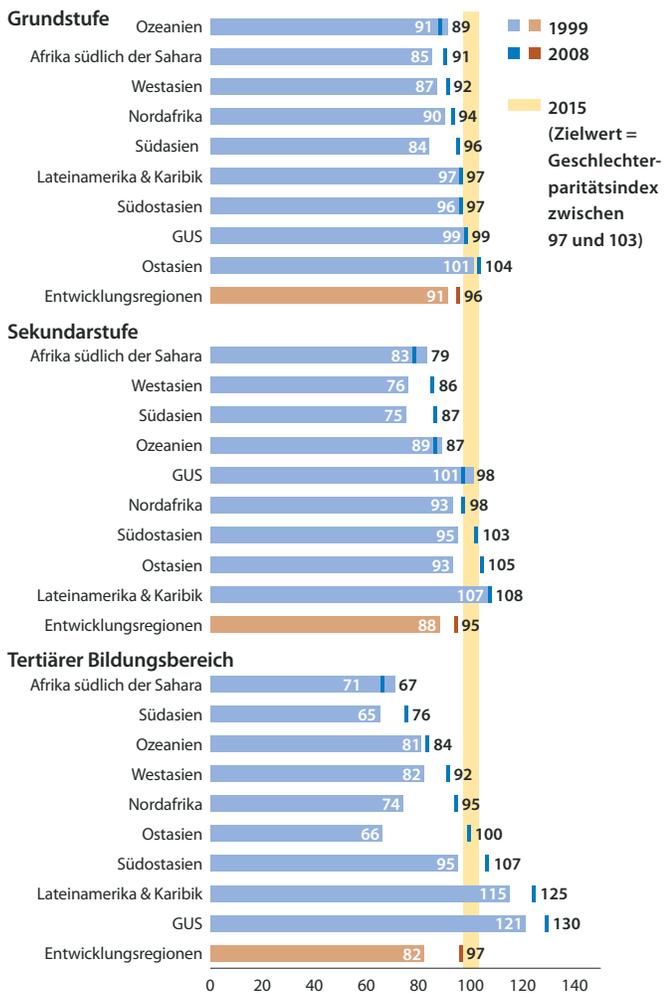


ZIELVORGABE

Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

In einigen Regionen bleibt Bildung für Mädchen Zukunftsmusik

Verhältnis Mädchen/Jungen bei der Einschulung im Grundschulbereich – 1998/1999, 2007/2008 (Mädchen je 100 Jungen)



Bei der Schuleinschreibung ist die Geschlechterparität in den Entwicklungsregionen insgesamt fast erreicht. 2008 kamen auf 100 männliche Grundschüler 96 weibliche, und in der Sekundarstufe kamen auf 100 Jungen 95 Mädchen. 1999 lagen die Verhältnisse für die beiden Bildungsstufen noch bei 91:100 bzw. 88:100. Trotz dieser Fortschritte liegt die Geschlechterparität in der Grund- und Sekundarschulbildung, ein Ziel, das 2005 hätte erreicht sein sollen, für viele Entwicklungsregionen

nach wie vor außer Reichweite. Bei der Grundschulbildung sind die Herausforderungen in Ozeanien, Afrika südlich der Sahara und Westasien am größten.

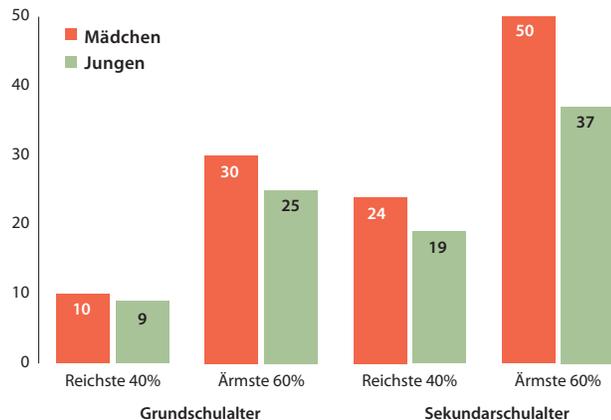
Bei der Einschreibung in den weiterführenden Schulen tritt das Geschlechtergefälle in den drei Regionen mit der insgesamt niedrigsten Schulbesuchsquote, also in Afrika südlich der Sahara, West- und Südasiens, am deutlichsten zutage. Demgegenüber sind in Lateinamerika und der Karibik, Ost- und Südostasien mehr Mädchen als Jungen in weiterführenden Schulen eingeschrieben.

Im tertiären Bildungsbereich ist die Geschlechterparität in den Entwicklungsregionen mit 97 Mädchen je 100 Jungen fast erreicht. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass in den GUS-Ländern, in Lateinamerika und der Karibik, in Nordafrika und in Südostasien viel mehr Mädchen als Jungen in den Hochschulen eingeschrieben sind. In den meisten anderen Regionen jedoch studieren an Hochschulen und Universitäten weitaus mehr Jungen als Mädchen. So stehen in Afrika südlich der Sahara und in Südasiens 100 im tertiären Bildungsbereich eingeschriebenen Jungen lediglich 67 bzw. 76 Mädchen gegenüber.

Geschlechtsspezifische Disparitäten bestehen im tertiären Bildungsbereich auch beim Studienfach: Frauen sind in den Geistes- und Sozialwissenschaften überrepräsentiert, in Wissenschaft und Technologie und insbesondere im Ingenieurwesen hingegen erheblich unterrepräsentiert. Auch liegt die Abschlussquote für Männer meist höher als für Frauen.

Armut ist eine wesentliche Bildungsschranke, insbesondere für ältere Mädchen

Anteil der Mädchen und Jungen, die keine Schule besuchen, nach Alter und Haushaltsvermögen, in 42 Ländern, in denen 2001/2008 Erhebungen durchgeführt wurden (in Prozent)



Durch Armut entsteht Mädchen ein erheblicher Bildungsnachteil. Mädchen im Grundschulalter aus den ärmsten 60 Prozent der Haushalte besuchen dreimal seltener eine Schule als die aus den reichsten Haushalten. Ihre Chancen auf den Besuch einer weiterführenden Schule stehen noch schlechter, und ältere Mädchen besuchen allgemein seltener die Schule. Mädchen im Sekundarschulalter aus den ärmsten Haushalten besuchen etwa doppelt so häufig keine Schule wie ihre reicheren Altersgenossinnen.

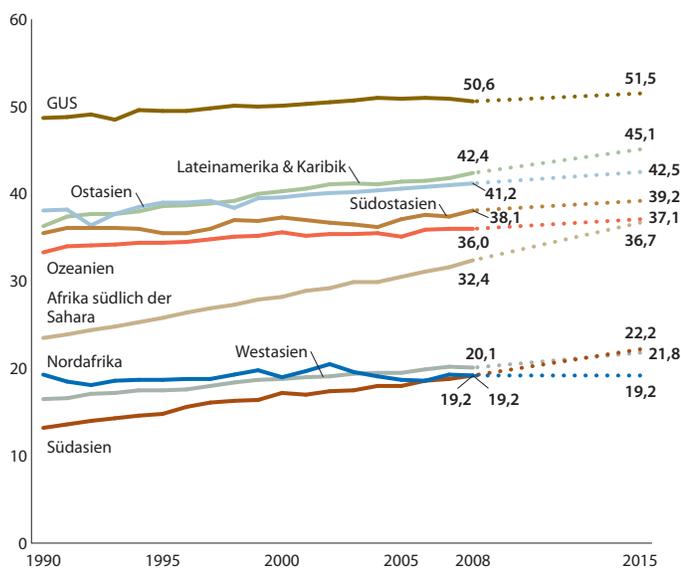
Haushalterhebungen zeigen außerdem, dass sich Mädchen in ländlichen Gebieten beim Bildungserwerb zusätzlichen Herausforderungen gegenübersehen und dass das Geschlechtergefälle für Mädchen im Sekundarschulalter viel größer ist.





In allen Entwicklungsregionen außer der GUS sind mehr Männer als Frauen unselbständig erwerbstätig

Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor – 1990-2008 – und Hochrechnungen für 2015 (in Prozent)



Der Frauenanteil an den unselbständig Erwerbstätigen außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors steigt weltweit weiter langsam an und erreichte 2008 41 Prozent. In einigen Regionen liegen Frauen jedoch stark zurück. In Südasien, Nordafrika und Westasien sind nur 20 Prozent der Erwerbstätigen außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors Frauen. Auch in Afrika südlich der Sahara ist die Geschlechtergleichheit auf dem Arbeitsmarkt ein Thema, da nur ein Drittel der abhängig Beschäftigten außerhalb der Landwirtschaft Frauen sind.

Doch selbst wenn Frauen einen großen Anteil der unselbständig Erwerbstätigen stellen, heißt dies nicht, dass sie sichere, menschenwürdige Arbeitsplätze haben. Tatsächlich ist die Bezahlung von Frauen in der Regel niedriger als die von Männern, und ihre Arbeitsplätze sind unsicherer.

In Ländern mit dominantem Agrarsektor sind Frauen zumeist in der Landwirtschaft und oft in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen – in der Subsistenzlandwirtschaft, als unbezahlte Familienarbeitskräfte oder Selbständige ohne Beschäftigte – tätig und verfügen kaum über finanzielle Sicherheit oder soziale Leistungen.

Frauen werden meist in unsicherere Beschäftigungsverhältnisse verwiesen

Anteil der Selbständigen ohne Beschäftigte und der Familienarbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung – Hochrechnung für 2009 (in Prozent)



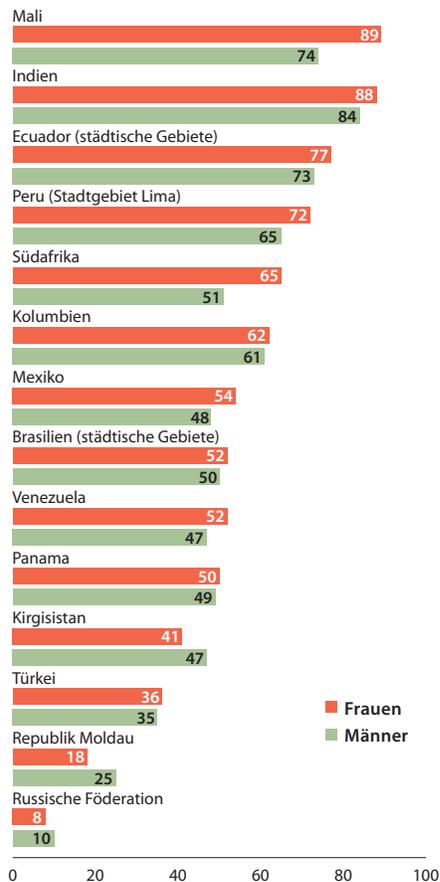
Durch die Finanzkrise von 2008 ist die Beschäftigung weltweit zurückgegangen. Mit den Arbeitsplatzverlusten für Frauen und Männer stiegen die Arbeitslosenquoten steil an, insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2009. Glücklicherweise scheint sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit nach den neuesten Daten zu verlangsamen. Doch kann dadurch, dass Frauen in befristeten Beschäftigungsverhältnissen überproportional vertreten sind und in vielen Entwicklungsländern einen Großteil der Arbeitsplätze in exportorientierten verarbeitenden Industrien belegen, höhere Frauenarbeitslosigkeit entstehen.

Zwar rückte durch die Krise das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund, doch gibt auch die Qualität der vorhandenen Arbeitsplätze Anlass zur Sorge. Viele Lohn- und Gehaltsempfänger, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, und Menschen, die inmitten der Turbulenzen im Finanzsektor erstmals in den Arbeitsmarkt eintraten, bringen sich als Selbständige ohne Beschäftigte oder als unbezahlte Familienarbeitskräfte über die Runden, was zu verschlechterten Arbeitsbedingungen und niedrigeren Einkommen für die Ärmsten geführt hat. Frauen sind häufiger als Männer in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen tätig, und das Gefälle ist in den Regionen am größten, wo Frauen die geringsten Chancen auf unselbständige Erwerbstätigkeit haben – in Westasien und Nordafrika.



Frauen sind überproportional im informellen Sektor beschäftigt, wo Sozialleistungen und Sicherheit fehlen

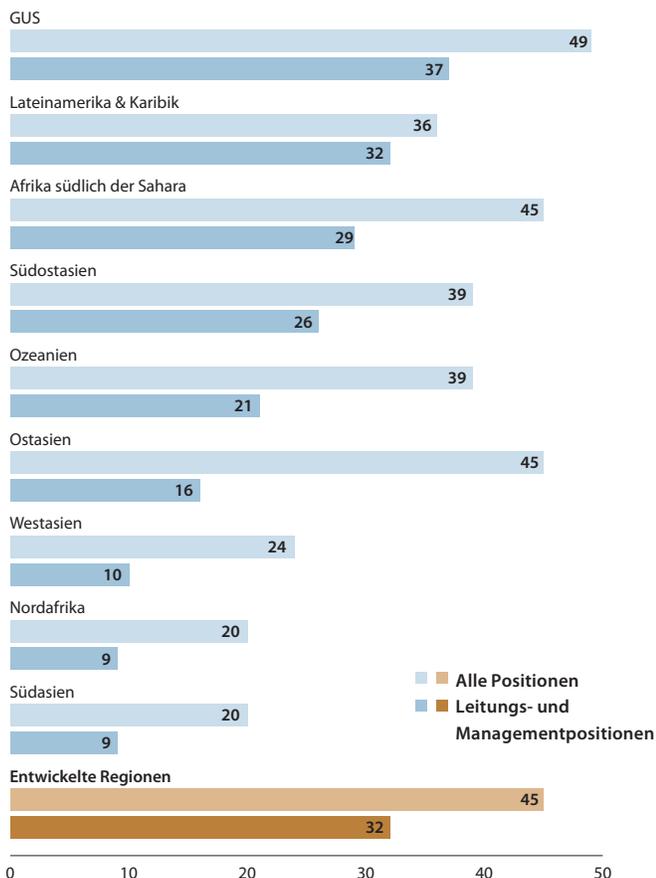
Anteil der Beschäftigung im informellen Sektor an der Gesamtbeschäftigung im nicht-landwirtschaftlichen Bereich, Frauen und Männer, ausgewählte Länder – 2003/2005 (in Prozent)



Als weitere Folge der jüngsten Finanzkrise hat die Beschäftigung im informellen Sektor aufgrund der Arbeitsplatzverluste im formellen Sektor wohl deutlich zugenommen. In manchen Entwicklungsländern sind mehr als 80 Prozent der Erwerbstätigen in der Schattenwirtschaft tätig – als Unternehmer im informellen Sektor, als Familienarbeitskräfte oder als abhängig Beschäftigte ohne schriftlichen Vertrag oder Sozialversicherungsleistungen, namentlich auch als unselbständige Heimarbeiter und Hausangestellte. In den meisten dieser Länder sind Frauen überproportional im informellen Sektor beschäftigt.

Spitzenjobs gehen weiter mit überwältigender Mehrheit an Männer

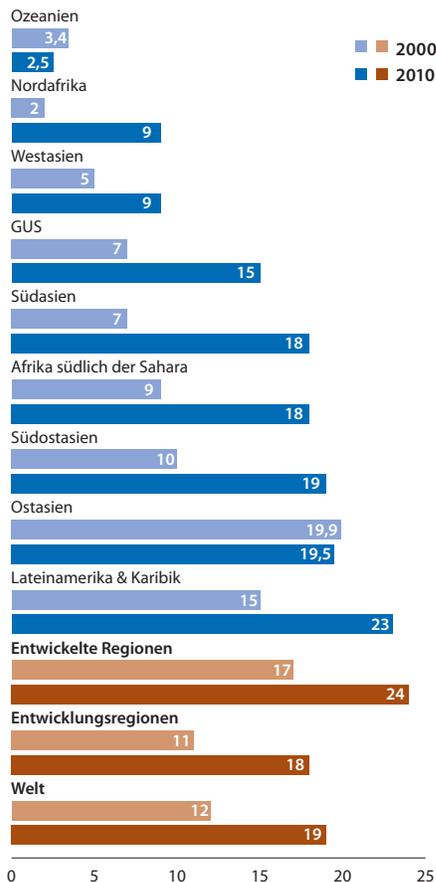
Frauenanteil in Spitzenpositionen und in allen Positionen – Durchschnittswerte für 2000/2008 (in Prozent)



Zwar stieg die Zahl der als abhängig Beschäftigte außerhalb des Agrarsektors tätigen Frauen zwischen 1990 und 2008 an, doch konnten Frauen in der Regel nicht in höhere Positionen vordringen. In Spitzenpositionen im Leitungs- oder Managementbereich dominieren noch immer die Männer. Weltweit besetzen Frauen nur ein Viertel der Leitungs- oder Managementpositionen. Bei den hochrangig Beschäftigten sind Frauen in allen Regionen unterrepräsentiert; in nur drei von zehn Regionen haben sie einen Anteil von 30 und mehr Prozent an diesen Positionen. In Westasien, Südasien und Nordafrika sind weniger als 10 Prozent der Spitzenpositionen mit Frauen besetzt.

Frauen erlangen langsam politische Macht, doch hauptsächlich dann, wenn sie Hilfe durch Quotenregelungen und andere Sondermaßnahmen erhalten

Sitzanteil der Frauen in den nationalen Parlamenten (Einkammerparlamente oder Unterhäuser) – 2000 und 2010 (in Prozent)



Der Frauenanteil in den Parlamenten steigt weltweit weiter langsam an und erreichte 2010 den bisherigen Höchstwert von 19 Prozent. Gegenüber 1995, als weltweit 11 Prozent der Parlamentarier Frauen waren, ist dies ein Zuwachs von 67 Prozent. Der für 1995 vorgegebene Frauenanteil von 30 Prozent in Führungspositionen ist jedoch längst nicht erreicht, und die Millenniums-Zielvorgabe der Geschlechterparität ist noch weiter entfernt.

Frauen stellen in 26 Ländern mindestens 30 Prozent der Unterhausmitglieder, in sieben Ländern mindestens 40 Prozent. Im Januar 2010 hatten 35 von 269 Parlamentskammern weibliche Vorsitzende (13 Prozent), gegenüber 24 im Jahr 1995.

Nach Parlamentswahlen und -neubesetzungen im Jahr 2009 konnten Frauen in Afrika südlich der Sahara ihren Sitzanteil ausbauen und 29 Prozent der neu zu besetzenden Sitze erobern, wodurch der regionale Durchschnitt auf 18 Prozent anstieg. In Südafrika erlangten Frauen bei den Unterhauswahlen einen Sitzanteil von 44 Prozent, wodurch das Land nach Ruanda und Schweden auf den dritten Weltrang vorrückte. Fortschritte ähnlicher Art gab es in den meisten Ländern Lateinamerikas und der Karibik, wo 25 Prozent der neu zu besetzenden Sitze an Frauen gingen. In Bolivien wurden mehr als 40 Prozent Frauen ins Oberhaus gewählt, was den Regionaldurchschnitt auf 23 Prozent an hob.

Am anderen Ende des Spektrums standen 58 Länder, in denen höchstens 10 Prozent der Parlamentarier Frauen waren, und in neun Kammern waren sie überhaupt nicht vertreten. Bei Neubesetzungen in den Föderierten Staaten von Mikronesien, den Komoren und Saudi-Arabien konnten Frauen 2009 keine Parlamentssitze erringen.

Wahlsysteme, Quotenregelungen und andere Fördermaßnahmen politischer Parteien sind weiter die wichtigsten Einflussgrößen für Fortschritte für Frauen. 2009 wurden in Ländern, die solche Maßnahmen anwendeten, durchschnittlich 27 Prozent Frauen in die Parlamente gewählt, in Ländern ohne solche Maßnahmen hingegen errangen Frauen lediglich 14 Prozent der Sitze. In Systemen mit Verhältniswahlrecht werden weitaus mehr Frauen gewählt als in Mehrheits- oder Pluralitätswahlsystemen.

Neben Wahlsystemen und Quoten sind geschlechtersensible Wahlregelungen, gut ausgebildete und finanzierte Kandidatinnen und der politische Wille auf der höchsten Ebene von politischen Parteien und Regierungen wesentlich, um das Geschlechtergefälle in den Parlamenten der Welt zu überwinden. Da auf jede Parlamentarierin noch immer vier Männer kommen, müssen zur Erreichung des 30-Prozent-Ziels Anstrengungen an allen diesen Fronten unternommen werden.

In der Exekutive steigt der Frauenanteil noch langsamer als in der Legislative. So waren 2010 nur 9 von 151 gewählten Staatsoberhäuptern (6 Prozent) und 11 von 192 Regierungschefs (6 Prozent) Frauen. Dies ist eine Verbesserung gegenüber 2008, als es nur sieben gewählte Staats- und acht gewählte Regierungschefinnen gab. Im Durchschnitt liegt der Frauenanteil in Ministerämtern bei 16 Prozent, und in nur 30 Ländern stellen Frauen mehr als 30 Prozent der Minister. Demgegenüber gibt es in 16 Ländern überhaupt keine Ministerinnen. Die Mehrzahl dieser Länder befindet sich in Nordafrika, Westasien, der Karibik und Ozeanien.

Ziel 4

Senkung der Kindersterblichkeit

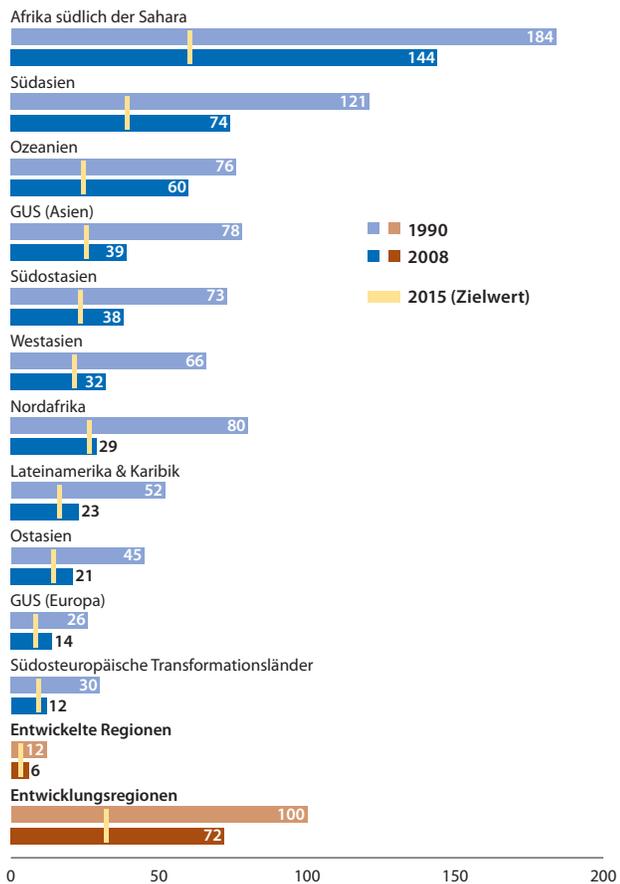


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

Die Kindersterblichkeit nimmt ab, jedoch nicht rasch genug, um die Vorgabe zu erreichen

Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren (Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten) – 1990 und 2008



Bei der Senkung der Kindersterblichkeit wurden erhebliche Fortschritte erzielt. Seit 1990 ist die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren in den Entwicklungsländern um 28 Prozent gefallen – von 100 Sterbefällen je 1.000 Lebendgeburten auf 72 im Jahr 2008. Weltweit ist die Gesamtzahl der Sterbefälle von Kindern unter fünf Jahren von 12,5 Millionen im Jahr 1990 auf 8,8 Millionen im Jahr 2008 gesunken. Damit starben 2008 jeden Tag 10.000 Kinder weniger als 1990. Besonders ermutigend ist die Beschleunigung der Fortschritte nach dem Jahr 2000: Zwischen 2000 und 2008 sank die Sterblichkeitsrate jedes Jahr im Durchschnitt um 2,3 Prozent, in den 1990er Jahren dagegen um 1,4 Prozent.

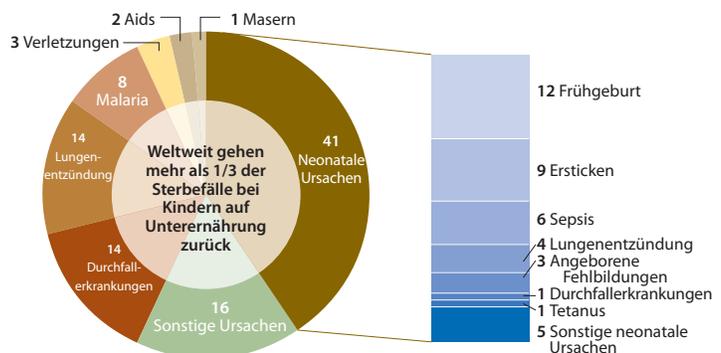
Die größten Fortschritte waren in Nordafrika, Ostasien, Westasien, Lateinamerika und der Karibik und den GUS-Ländern zu verzeichnen. Am augenfälligsten sind jedoch die Fortschritte in einigen der ärmsten Länder der Welt. Trotz größter Widrigkeiten konnten Bangladesch, Bolivien, die Demokratische Volksrepublik Laos, Eritrea, Malawi, die Mongolei und Nepal allesamt die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um mindestens 4,5 Prozent pro Jahr senken. In Äthiopien, Malawi, Mosambik und Niger ist die Zahl der Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten seit 1990 um mehr als 100 zurückgegangen.

Trotz dieser Erfolge und der Tatsache, dass die meisten Sterbefälle im Kindesalter vermeidbar oder ihre Ursachen behandelbar sind, verzeichnen viele Länder weiter unannehmbar hohe Kindersterblichkeitsraten und haben in den letzten Jahren kaum Fortschritte erzielt. Überdies sind von den 67 Ländern mit hoher Kindersterblichkeitsrate (40 oder mehr Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten) nur 10 auf dem Weg, die Millenniums-Zielvorgabe betreffend das Überleben von Kindern zu erfüllen. Die höchsten Kindersterblichkeitsraten finden sich nach wie vor in Afrika südlich der Sahara, wo 2008 ein Siebtel der Kinder seinen fünften Geburtstag nicht erlebte, und insbesondere in West- und Zentralafrika, wo ein Sechstel der Kinder vor Vollendung des fünften Lebensjahrs starb (169 Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten). Mit Ausnahme Afghanistans befanden sich alle 34 Länder, in denen die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren 2008 bei über 100 je 1.000 Lebendgeburten lag, in Afrika südlich der Sahara. Obwohl die Sterblichkeit bei Kindern unter fünf Jahren in Afrika südlich der Sahara seit 1990 um 22 Prozent zurückgegangen ist, stellen sich die Verbesserungen zu langsam ein, um die Zielvorgabe zu erreichen. Darüber hinaus führten die hohe Fruchtbarkeitsrate und die weiterhin hohe Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren zu einem absoluten Anstieg der Zahl der verstorbenen Kinder von 4 Mio. im Jahr 1990 auf 4,4 Mio. im Jahr 2008. Die Hälfte der 8,8 Mio. Kinder, die 2008 weltweit vor Vollendung des fünften Lebensjahrs starben, entfiel auf Afrika südlich der Sahara.

Auch in Südasien liegt die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren weiter sehr hoch; 2008 erlebte dort etwa jedes vierzehnte Kind seinen fünften Geburtstag nicht, und das Fortschritts-tempo ist zur Erfüllung der Zielvorgabe für 2015 zu niedrig.

Die Neubelebung von Maßnahmen gegen Lungenentzündung und Durchfallerkrankungen kombiniert mit Ernährungsunterstützung könnte Millionen von Kindern retten

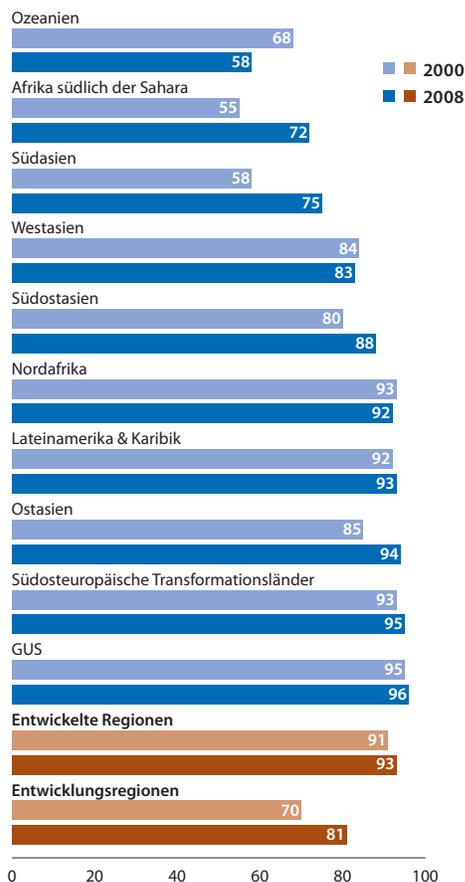
Todesursachen bei Kindern unter fünf Jahren – 2008 (in Prozent)



Im Jahr 2008 waren 43 Prozent aller weltweiten Sterbefälle bei Kindern unter fünf Jahren vier Krankheiten zuzuschreiben: Lungenentzündung, Durchfall, Malaria und Aids. Die meisten dieser Kinder hätten durch kostengünstige Präventiv- und Therapiemaßnahmen gerettet werden können – durch Antibiotikagaben bei akuten Atemwegsinfektionen, orale Rehydrierung bei Durchfall, Impfung und Verwendung imprägnierter Moskitonetze und geeigneter Medikamente gegen Malaria. Es ist dringend geboten, die Aufmerksamkeit wieder verstärkt auf Lungenentzündung und Durchfallerkrankungen – zwei der drei Haupttodesursachen bei Kindern – zu richten. Neue Hilfsmittel wie Impfstoffe gegen Pneumokokken-Lungenentzündung und durch Rotaviren verursachten Durchfall könnten den Kampf gegen diese häufigen Krankheiten dynamisieren und einen Ansatzpunkt für die Neubelebung umfassender Programme schaffen. Die Gewährleistung einer geeigneten Ernährung ist ein kritischer Aspekt der Prävention, da Mangelernährung das Sterberisiko erhöht.

Die jüngsten Erfolge bei der Masernbekämpfung könnten kurzlebig sein, wenn die Finanzierungslücken nicht geschlossen werden

Kinder im Alter von 12-23 Monaten, die mindestens eine Dosis Masernimpfstoff erhalten haben – 2000 und 2008 (in Prozent)



Routineimpfungen gegen Masern werden weltweit häufiger verabreicht und bieten Millionen von Kindern Schutz vor dieser oft tödlichen Krankheit. 2008 waren insgesamt bereits 81 Prozent der Kinder in den Entwicklungsregionen erfasst, während es 2000 erst 70 Prozent waren. Hinter solchen Durchschnittswerten verbergen sich jedoch erhebliche Ungleichgewichte beim Zugang zu dem Impfstoff. Daten aus 178 demografischen Erhebungen und Gesundheitserhebungen legen nahe, dass der Zugang zur Masernimpfung nach gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gruppe variiert und Kinder in armen oder in ländlichen Gebieten gelegenen Haushalten oder Kinder von Eltern mit niedrigerem Bildungsstand seltener geimpft werden. Auch ein höherer Geburtsrang (Kinder mit mehreren älteren Geschwistern) senkt die Wahrscheinlichkeit, gegen Masern geimpft zu werden. Außer in einigen südasiatischen Ländern bestehen bei der Impferfassung keine signifikanten Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen.

Durch eine von einer Einzeldosis ausgehende Impfstrategie kann das Ausbrechen von Masern nicht verhindert werden. 2008 kam in insgesamt 132 Ländern routinemäßig ein Zwei-Dosen-Impfschema zum Einsatz. In Ländern mit schwachen Gesundheitssystemen wird die zweite Dosis im Rahmen von Kampagnen verabreicht, um eine hohe Erfassungsdichte zu gewährleisten. Zwischen 2000 und 2008 führte eine höhere Erfassungsdichte bei Routineimpfungen zusammen mit dem Angebot einer zweiten Dosis zu einem 78-prozentigen Rückgang der weltweiten Sterbefälle durch Masern – von schätzungsweise 733.000 im Jahr 2000 auf 164.000 im Jahr 2008.

Die jüngsten Erfolge könnten jedoch kurzlebig sein. In letzter Zeit wurden weniger Mittel für Maßnahmen zur Masernbekämpfung bereitgestellt, und in vielen Schwerpunktländern tun sich bei Impfkampagnen Finanzierungslücken auf. Hochrechnungen zufolge wird in diesen Ländern die Sterblichkeit ohne ergänzende Impfmaßnahmen rasch wieder ansteigen, und zwischen 2010 und 2013 werden etwa 1,7 Millionen Menschen an Masern sterben. Sind jedoch ausreichende Finanzmittel und politische Entschlossenheit vorhanden und wird die Strategie der Gabe einer Zweitdosis des Masernimpfstoffs in den Schwerpunktländern sachgerecht umgesetzt, werden die bisherigen außergewöhnlichen Fortschritte zu halten sein.



Ziel 5

Verbesserung der Gesundheit von Müttern



ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken

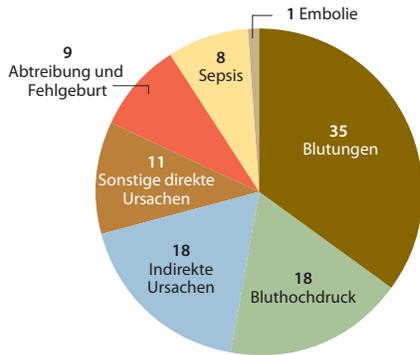
Zur Verwirklichung eines guten Gesundheitszustands bei Müttern bedarf es hochwertiger reproduktionsmedizinischer Dienste und zeitlich abgestimmter Maßnahmen, um einen sicheren Übergang zur Mutterschaft zu gewährleisten. Fehlen diese, so sterben jedes Jahr Hunderttausende von Frauen eines unnötigen Todes, und es zeigt sich einmal mehr, welcher geringer Stellenwert Frauen in vielen Gesellschaften zuerkannt wird.

Die Messung der Müttersterblichkeit, also der Sterbefälle aufgrund von Komplikationen während Schwangerschaft oder Geburt, ist bestenfalls problematisch. Systematische Unter- und Fehlerfassung ist an der Tagesordnung, und die Schätzungen weisen hohe Unsicherheitsintervalle auf. Dennoch lassen ein rascherer Zuwachs bei Diensten für Müttergesundheit und reproduktive Gesundheit für Frauen in allen Regionen sowie positive Trenddaten zur Müttersterblichkeit und -morbidity darauf schließen, dass die Welt bei der Erreichung des Millenniumsziels 5 vorankommt.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und die Weltbank erstellen derzeit neue Schätzungen der Müttersterblichkeit. Die Vorabdaten deuten auf Fortschritte hin, und einige Länder konnten die Müttersterblichkeitsrate erheblich senken. Die Rückgangsrate liegt jedoch erheblich unter dem für die Erreichung der Zielvorgabe erforderlichen Wert von 5,5 Prozent pro Jahr. Der vollständige Datensatz wird unter <http://mdgs.un.org> zu finden sein.

Die meisten Sterbefälle bei Müttern sind vermeidbar

Hauptursachen der Müttersterblichkeit, Entwicklungsregionen – 1997/2007 (in Prozent)

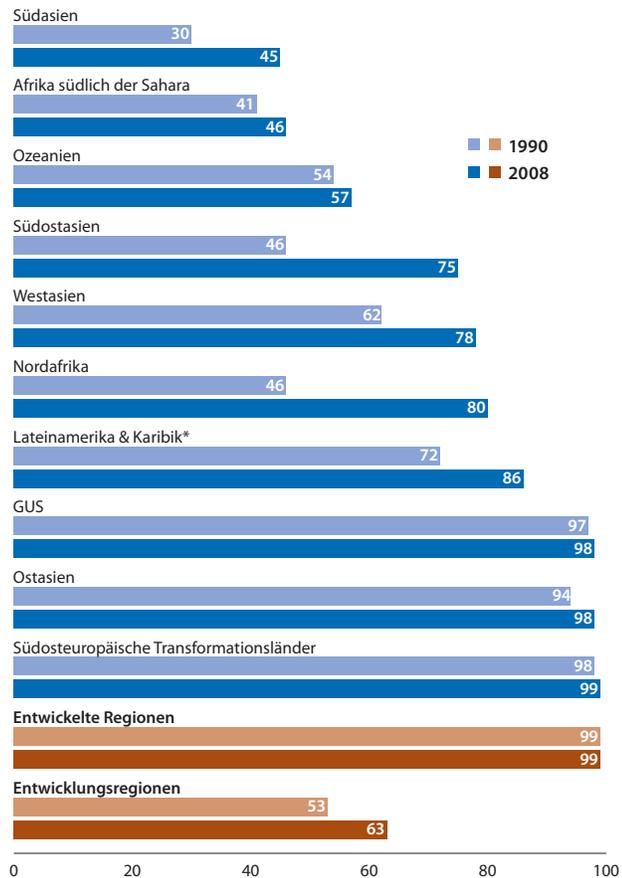


Blutungen und Bluthochdruck, die Hauptursachen der Müttersterblichkeit in den Entwicklungsregionen, sind zusammen für die Hälfte aller Sterbefälle bei werdenden oder neuen Müttern verantwortlich. Indirekte Ursachen, darunter Malaria, HIV/Aids und Herzerkrankungen, sind in 18 Prozent der Fälle die Todesursache. Sonstige direkte Ursachen wie Dystokie, Komplikationen bei Anästhesie oder Kaiserschnitt und ektopische Schwangerschaft liegen 11 Prozent aller Sterbefälle während Schwangerschaft oder Geburt zugrunde.

Die weitaus meisten dieser Sterbefälle wären vermeidbar. So lassen sich Blutungen, die die Ursache von mehr als einem Drittel der Sterbefälle bei Müttern sind, durch eine Reihe von Interventionen verhindern oder behandeln, die von medizinischem Fachpersonal mit angemessener Ausstattung durchgeführt werden.

Eine Geburt ist in Südasien und in Afrika südlich der Sahara, wo meist kein Fachpersonal zugegen ist, besonders riskant

Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten – 1990 und 2008 (in Prozent)

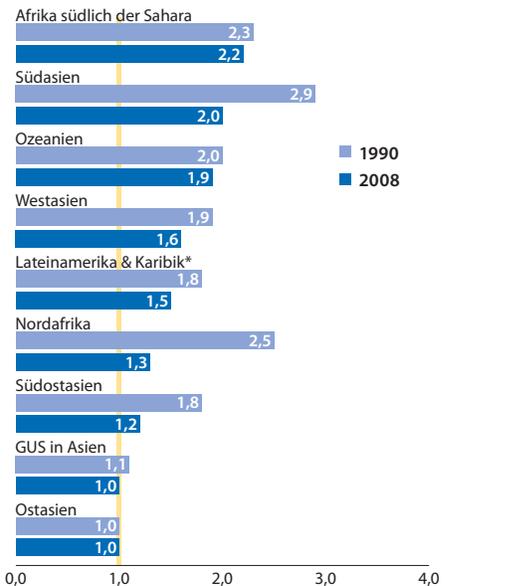


* Nur Entbindungen in Gesundheitsversorgungseinrichtungen.

Der Anteil der bei der Entbindung von medizinischem Fachpersonal betreuten Frauen in den Entwicklungsländern stieg von 53 Prozent im Jahr 1990 auf 63 Prozent im Jahr 2008. Fortschritte gab es in allen Regionen, doch waren sie in Nordafrika und Südostasien mit einem Anstieg von 74 bzw. 63 Prozent besonders ausgeprägt. Auch in Südasien wurden Fortschritte erzielt, obwohl die Versorgung dort, ebenso wie in Afrika südlich der Sahara, nach wie vor unzureichend ist. In diesen Regionen ist bei weniger als der Hälfte der Geburten medizinisches Fachpersonal zugegen.

Das Stadt-Land-Gefälle bei der fachkundigen Geburtsbetreuung hat abgenommen

Stadt-Land-Verhältnis der von medizinischem Fachpersonal betreuten Entbindungen – 1990 und 2008



■ Parität: Landbewohnerinnen werden bei der Entbindung ebenso häufig durch medizinisches Fachpersonal betreut wie Stadtbewohnerinnen.

* Nur Entbindungen in Gesundheitsversorgungseinrichtungen.

Frauen auf dem Land werden bei der Entbindung vermehrt fachkundig betreut, und die hartnäckigen Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten nehmen ab. So wurden beispielsweise in Südasien Frauen in den Städten 1990 dreimal so häufig bei der Geburt professionell betreut wie Frauen auf dem Land, 2008 nur noch doppelt so häufig, was auf gewisse Verbesserungen hindeutet. Dennoch bestehen weiter Ungleichgewichte, insbesondere in den Regionen, in denen eine qualifizierte Geburtsbetreuung am seltensten und die Müttersterblichkeit am höchsten ist, namentlich in Afrika südlich der Sahara, Südasien und Ozeanien.

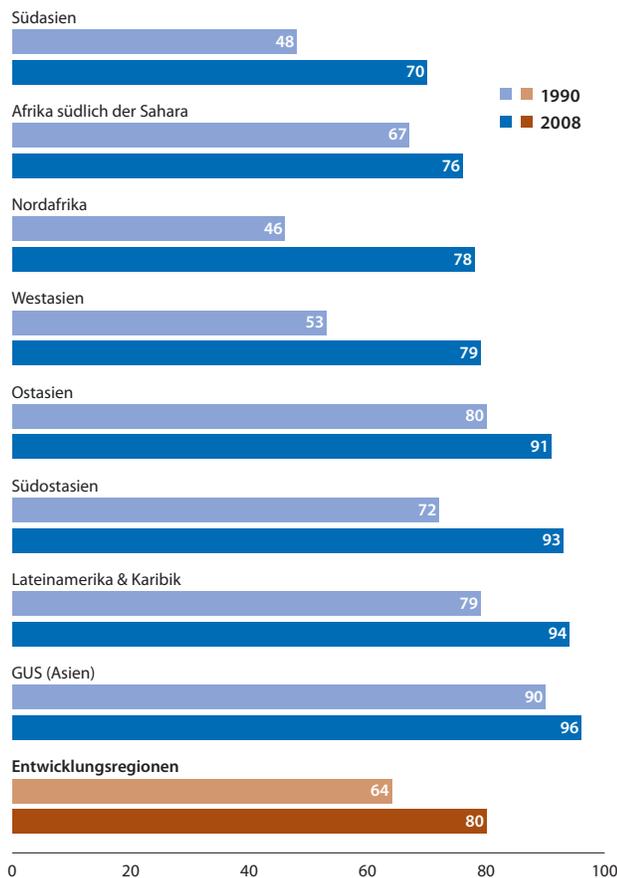
Ein hohes Gefälle besteht auch zwischen den ärmsten und den reichsten Haushalten. Die größten Differenzen finden sich in Südasien und Afrika südlich der Sahara, wo die reichsten Frauen fünfmal bzw. dreimal so häufig wie die ärmsten Frauen bei der Entbindung von medizinischem Fachpersonal betreut werden. In den Entwicklungsregionen insgesamt erhalten die Frauen in den reichsten Haushalten dreimal so häufig wie die in den ärmsten eine professionelle Geburtsbetreuung.

ZIELVORGABE

Bis 2015 den allgemeinen Zugang zu Leistungen der Reproduktionsmedizin verwirklichen

Mehr Frauen erhalten Zugang zur Schwangerenvorsorge

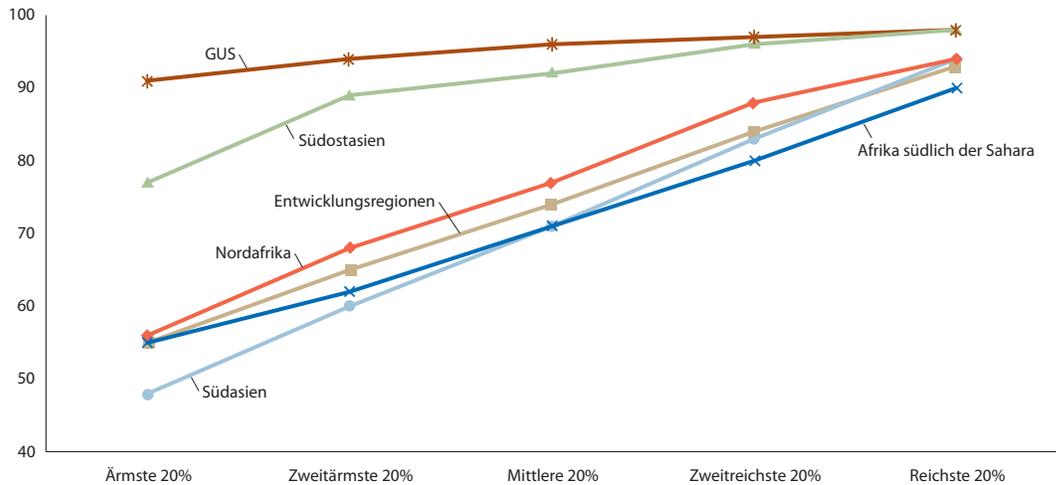
Anteil der Frauen, die während der Schwangerschaft mindestens einmal von medizinischem Fachpersonal betreut wurden – 1990 und 2008 (in Prozent)



In allen Regionen nimmt die Schwangerenvorsorge weiter zu. In Nordafrika wurden bemerkenswerte Fortschritte erzielt: Der Anteil der Frauen, die während der Schwangerschaft mindestens einmal von medizinischem Fachpersonal betreut wurden, stieg dort um 70 Prozent. Südasien und Westafrika verzeichneten einen Anstieg von jeweils fast 50 Prozent.

Die Unterschiede bei der Schwangerenvorsorge sind eklatant

Anteil der Frauen, die während der Schwangerschaft mindestens einmal von medizinischem Fachpersonal betreut wurden, nach Vermögensquintil – 2003/2008 (in Prozent)



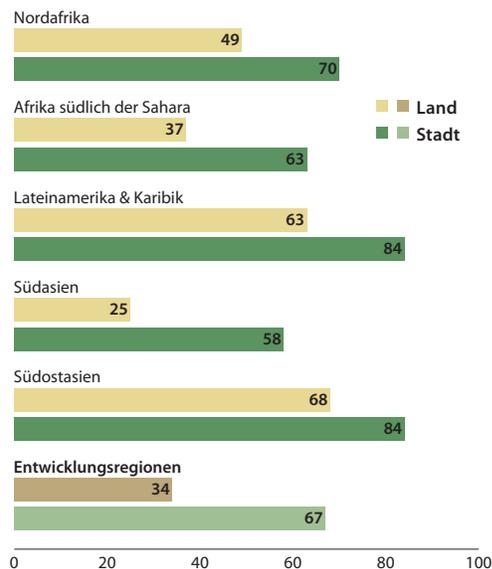
Beim Anteil der Frauen, die Leistungen der Schwangerenvorsorge erhalten, bestehen eklatante vermögensabhängige Unterschiede, insbesondere in Südostasien, Nordafrika und Afrika südlich der Sahara. Selbst in Südostasien, wo mehr als 90 Prozent der Frauen während der Schwangerschaft medizinisch betreut werden, erstreckt sich diese Betreuung auf nur 77 Prozent der Frauen in den ärmsten Haushalten, hingegen auf fast 100 Prozent in den reichsten.

Auch zwischen Frauen in ländlichen und städtischen Gebieten bestehen große Unterschiede, obwohl sich der Abstand zwischen 1990 und 2008 verringert hat. In Afrika südlich der Sahara stieg der Anteil der Frauen, die während der Schwangerschaft mindestens einmal medizinisch betreut wurden, zwischen 1990 und 2008 in den Städten von 84 auf 89 Prozent, in ländlichen Gebieten dagegen von 55 auf 66 Prozent und somit schneller als in den Städten.



In den Entwicklungsregionen erhält nur ein Drittel der Frauen auf dem Land die empfohlenen Leistungen der Schwangerenvorsorge

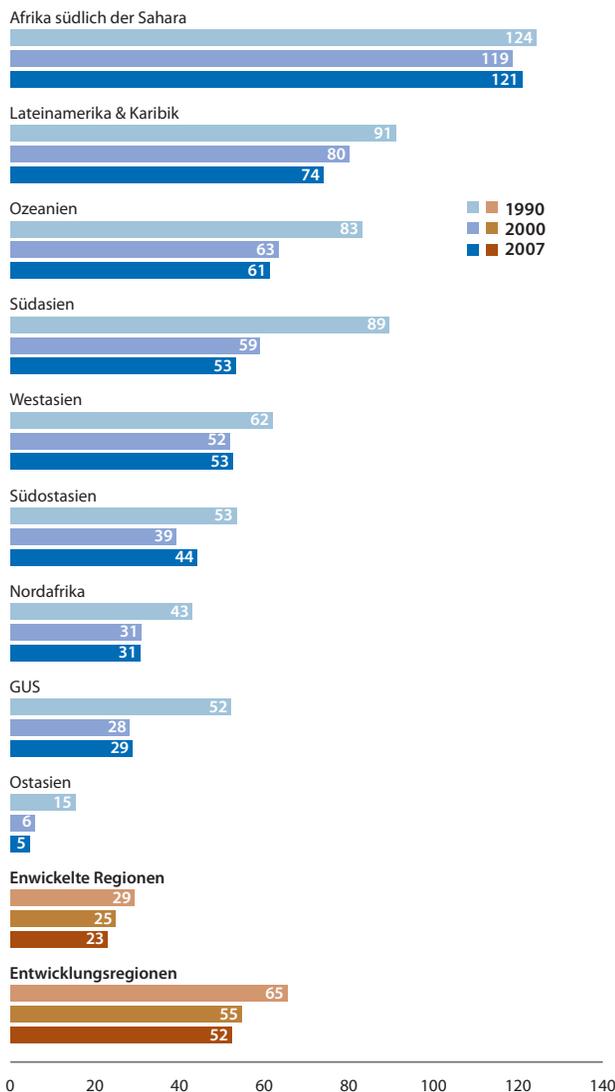
Anteil der Frauen, die während der Schwangerschaft mindestens viermal von medizinischem Fachpersonal betreut wurden, nach Wohnort – 2003/2008 (in Prozent)



WHO und UNICEF empfehlen, dass Frauen während der Schwangerschaft mindestens viermal von medizinischem Fachpersonal betreut werden. Doch können von den Schwangeren in den Entwicklungsregionen weniger als die Hälfte und auf dem Land nur ein Drittel die empfohlenen vier Termine wahrnehmen. In Südasien erhalten lediglich 25 Prozent der Frauen auf dem Land diese Betreuung.

Die Zahl der Jugendschwangerschaften konnte nicht weiter gesenkt werden, was mehr junge Mütter einem Risiko aussetzt

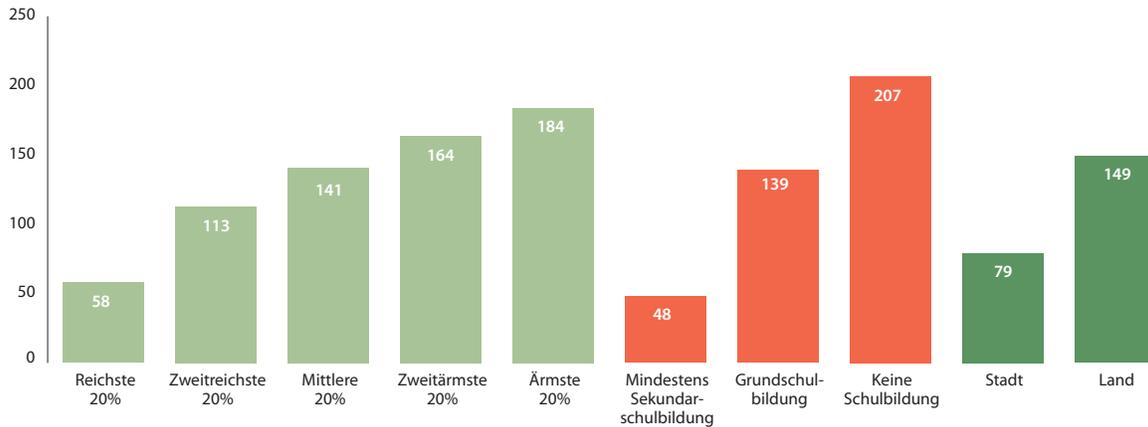
Zahl der Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15-19 Jahren – 1990, 2000 und 2007



In allen Regionen ist die Geburtenrate bei Jugendlichen (die Zahl der Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15-19 Jahren) zwischen 1990 und 2000 zurückgegangen. Seither hat sich das Fortschrittstempo verlangsamt, und in einigen Regionen waren sogar Rückschritte zu verzeichnen. Die höchste Geburtenrate bei Jugendlichen findet sich in Afrika südlich der Sahara, wo seit 1990 kaum Fortschritte erzielt wurden. Jugendliche stoßen beim Zugang zu Diensten der Reproduktionsmedizin in der Regel auf größere Hindernisse als erwachsene Frauen.

Armut und Bildungsmangel bewirken anhaltend hohe Geburtenraten bei Jugendlichen

Geburtenrate bei Jugendlichen nach Umfeldkriterien in 24 Ländern Afrikas südlich der Sahara – 1998/2008 (Zahl der Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15-19 Jahren)



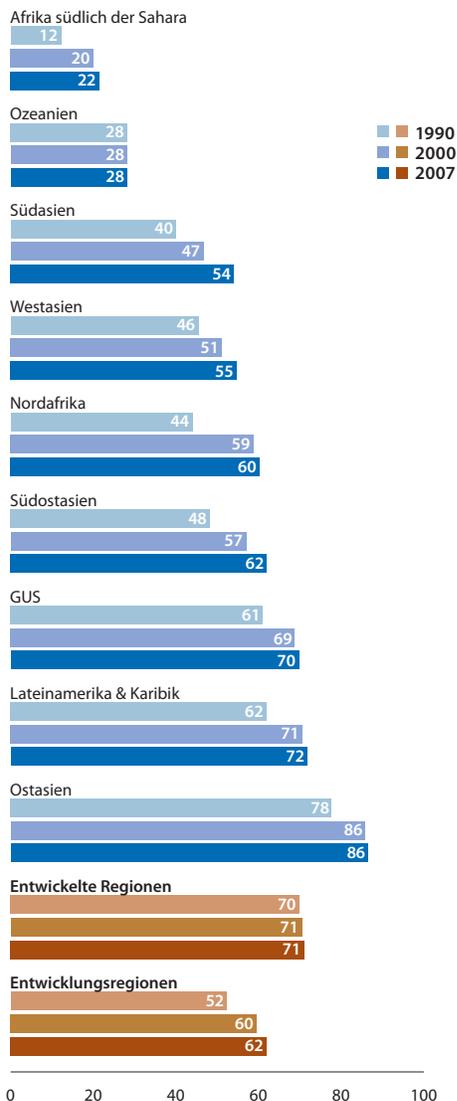
Die Daten für 24 Länder in Afrika südlich der Sahara zeigen, dass Jugendliche aus den ärmsten Haushalten dreimal so häufig schwanger werden und Kinder bekommen wie die aus den reichsten. In ländlichen Gebieten sind die Geburtenraten bei Jugendlichen fast doppelt so hoch wie in städtischen Gebieten. Die größten Disparitäten sind jedoch bildungsbedingt: Mädchen mit weiterführender Schulbildung werden am seltensten Mütter. Die Geburtenrate bei Mädchen ohne Schulbildung liegt mehr als viermal höher.

Noch besorgniserregender ist es, dass der Abstand im Zeitverlauf immer größer wird. In 18 der 24 untersuchten Länder Afrikas südlich der Sahara ging die Geburtenrate bei Jugendlichen zurück. In fast allen dieser 18 Länder war jedoch der Rückgang bei Mädchen in städtischen Gebieten, bei denen, die zumindest eine Sekundarschulbildung hatten, und bei denen, die den reichsten 20 Prozent der Haushalte angehörten, am größten. Somit sind die Abstände zwischen diesen Gruppen und Mädchen, die auf dem Land leben, einen niedrigeren Bildungsstand haben oder ärmer sind, mit der Zeit noch größer geworden.



Die Verwendung von Verhütungsmitteln durch Frauen nimmt langsamer zu

Anteil der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15- bis 49-jährigen Frauen, die eine Verhütungsmethode verwenden – 1990, 2000 und 2007 (in Prozent)



In den 1990er Jahren verwendeten Frauen in fast allen Regionen zunehmend Verhütungsmittel. 2007 verwendeten mehr als 60 Prozent der 15- bis 49-jährigen verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden Frauen eine Verhütungsmethode. Hinter diesem Durchschnittswert verbergen sich jedoch zwei be-

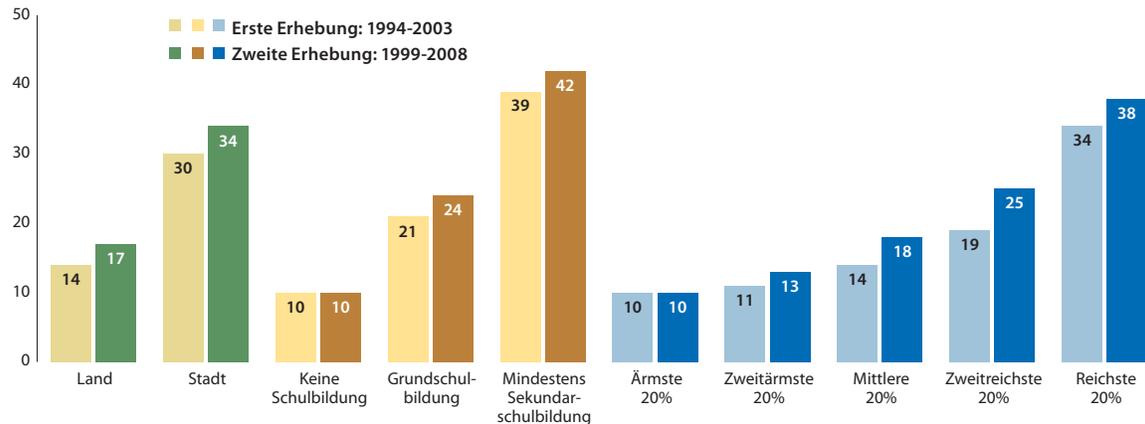
unruhigende Trends: eine erhebliche Verlangsamung des Fortschrittstemplos seit 2000 und wachsende Unterschiede zwischen den Regionen. Zwischen 2000 und 2007 stieg die Verwendungsrate von Verhütungsmitteln jährlich in nahezu allen Regionen langsamer an als in den 1990er Jahren. Darüber hinaus sind Verhütungsmittel in Afrika südlich der Sahara und in Ozeanien noch immer kaum verbreitet. Zudem werden in mehreren Subregionen oft traditionelle und weniger wirksame Verhütungsmethoden verwendet.

Würde dem ungedeckten Bedarf der Frauen an Familienplanungsdiensten entsprochen und den Frauen, die Kinder später oder überhaupt nicht wünschen, die aber derzeit keine Verhütungsmittel verwenden, der Zugang zu modernen Verhütungsmitteln erleichtert, könnte die Gesundheit von Müttern verbessert und die Müttersterblichkeit gesenkt werden. Würde dieser Bedarf gedeckt, so könnte jüngsten Schätzungen zufolge die Müttersterblichkeit jedes Jahr um 27 Prozent sinken, da die Zahl der ungewollten Schwangerschaften von jährlich 75 auf 22 Millionen zurückginge. Auch durch die Verhinderung geringer Geburtenabstände und von Jugendschwangerschaften würde die Gesundheit von Frauen und Mädchen verbessert und stiegen die Überlebenschancen ihrer Kinder.

Der ungedeckte Bedarf an Familienplanungsdiensten ist in den meisten Regionen weiter mäßig bis hoch, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, wo ein Viertel der 15- bis 49-jährigen Frauen, die verheiratet sind oder in einer Partnerschaft leben und die den Wunsch geäußert haben, Verhütungsmittel zu benutzen, keinen Zugang dazu hat.

Die ärmsten Frauen und Frauen ohne Schulbildung verwenden Verhütungsmittel am seltensten

Verwendung von Verhütungsmitteln nach Umfeldkriterien in 22 Ländern Afrikas südlich der Sahara – Erhebungen um 1994-2003 und 1998-2008 (Prozentsatz der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15- bis 49-jährigen Frauen, die mindestens eine Verhütungsmethode verwenden)



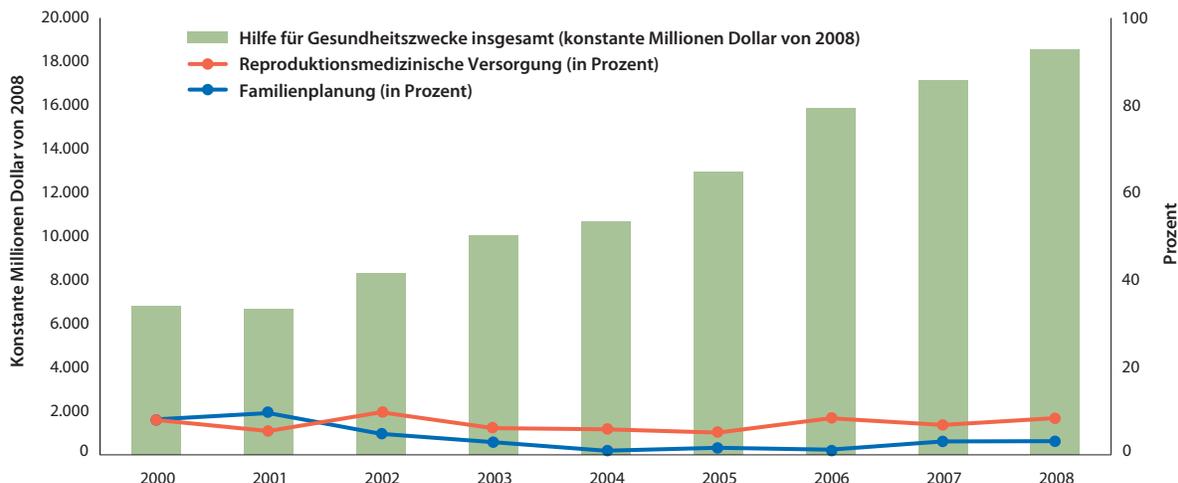
Sicherzustellen, dass Familienplanungsdienste arme Frauen und Frauen mit geringer Schulbildung erreichen, ist nach wie vor besonders schwierig. Erhebungen in 22 Ländern Afrikas südlich der Sahara zufolge verwenden Landbewohnerinnen, Frauen ohne Schulbildung und Frauen in den ärmsten Haushalten am seltensten Verhütungsmittel, um eine

Schwangerschaft zu verhindern oder hinauszuschieben. In diesen Ländern werden Verhütungsmittel von Frauen mit weiterführender Schulbildung viermal so häufig wie von Frauen ohne Schulbildung verwendet und von Frauen in den reichsten Haushalten fast viermal so oft wie von Frauen in den ärmsten. Die Verwendung von Verhütungsmitteln hat bei Frauen in den ärmsten Haushalten und Frauen ohne Schulbildung über die Jahre kaum zugenommen.



Bei unzureichender Finanzierung der Familienplanung wird die Zusage, die reproduktive Gesundheit der Frauen zu verbessern, gebrochen werden

Öffentliche Entwicklungshilfe für Gesundheitszwecke, insgesamt (in konstanten Millionen Dollar von 2008) und Anteil für reproduktionsmedizinische Versorgung und Familienplanung – 2000-2008 (in Prozent)



Damit selbst die ärmsten und randständigsten Frauen Schwangerschaftszeitpunkt und Geburtenabstand frei bestimmen können, bedarf es gezielter politischer Weichenstellungen und ausreichend finanzierter Maßnahmen. Die für Dienst- und Sachleistungen der Familienplanung bereitgestellten Finanzmittel konnten jedoch mit der Nachfrage nicht Schritt halten.

Zwischen 2000 und 2008 ging der Anteil der Hilfe für Familienplanung an der gesamten Hilfe für Gesundheitszwecke von 8,2 auf 3,2 Prozent drastisch zurück. Die für reproduktionsmedizinische Dienste bereitgestellte Hilfe schwankte zwischen 8,1 und 8,5 Prozent. Externe Mittel für Familienplanung in konstanten Dollar von 2008 gingen während der ersten Jahre dieser Dekade sogar zurück und haben ihren Stand von 2000 noch nicht wieder erreicht.



Ziel 6

Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

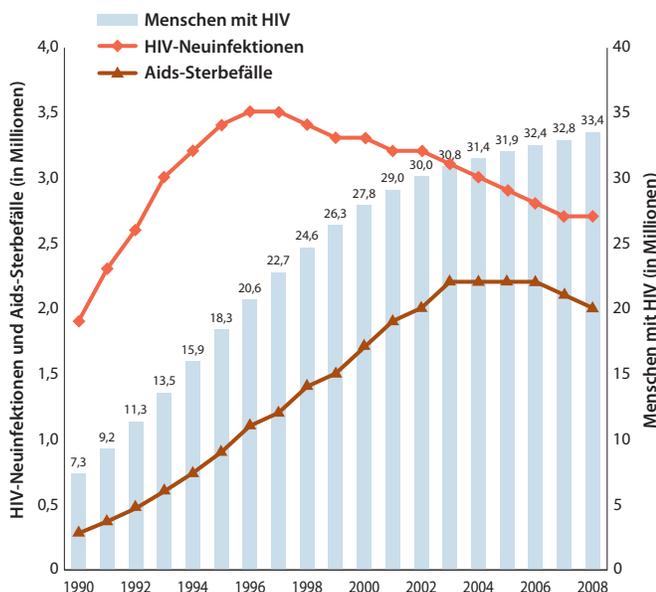


ZIELVORGABE

Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Die Ausbreitung des HIV scheint sich in den meisten Regionen stabilisiert zu haben, und mehr Menschen überleben länger

Zahl der Menschen mit HIV, Zahl der HIV-Neuinfektionen und Zahl der Aids-Sterbefälle weltweit – 1990-2008 (in Millionen)



Nach den neuesten epidemiologischen Daten scheint die Ausbreitung des HIV 1996 mit 3,5 Millionen* Neuinfektionen weltweit ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Bis 2008 sank diese Zahl auf schätzungsweise 2,7 Millionen. Die Zahl der Aids-Sterbefälle erreichte 2004 mit 2,2 Millionen ihren Höhepunkt und ging bis 2008 auf 2 Millionen zurück. HIV ist jedoch weiter die Infektionskrankheit, die weltweit die meisten Todesopfer fordert.

Die Epidemie scheint sich in den meisten Regionen stabilisiert zu haben, doch in Osteuropa, Zentralasien und anderen Teilen Asiens steigt die HIV-Prävalenz aufgrund einer hohen Neuinfektionsrate weiter an. Afrika südlich der Sahara war mit 72 Prozent aller HIV-Neuinfektionen im Jahr 2008 nach wie vor die am stärksten betroffene Region.

* Alle aidsbezogenen Zahlen geben den Zentralwert einer Spanne wieder. Dem Schätzwert von 3,5 Millionen Neuinfektionen liegt zum Beispiel eine Spanne von 3,2 Millionen bis 3,8 Millionen zugrunde. Die vollständige Datenreihe der Spannen und der entsprechenden Zentralwerte findet sich unter <http://mdgs.un.org>.

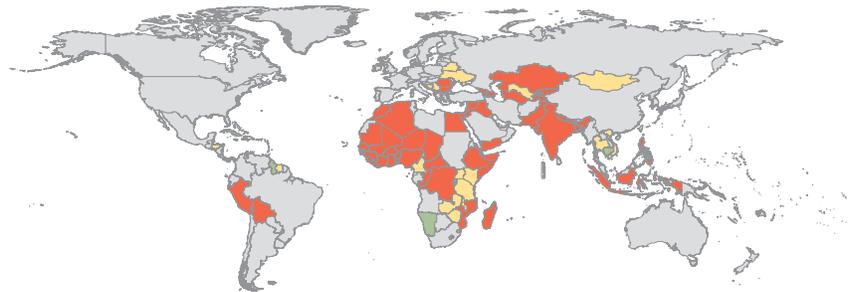
Obwohl der Höhepunkt der Neuinfektionen bereits überschritten ist, steigt die Zahl der mit dem Virus lebenden Menschen noch immer an, was im Wesentlichen auf die lebens-

erhaltende Wirkung der antiretroviralen Therapie zurückzuführen ist. 2008 lebten schätzungsweise 33,4 Millionen Menschen mit HIV, davon 22,4 Millionen in Afrika südlich der Sahara.

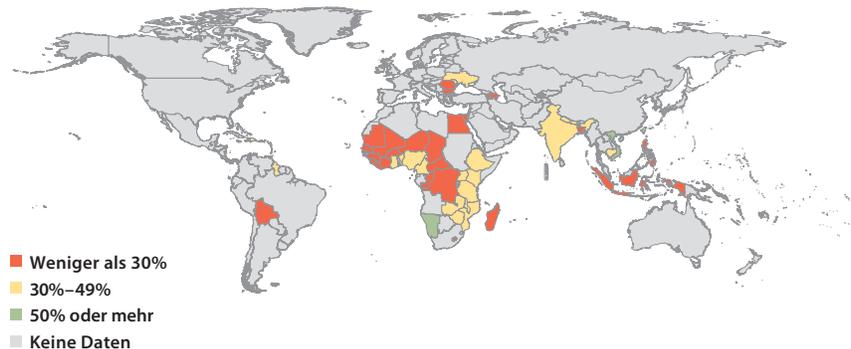
Viele junge Menschen wissen noch immer nicht, wie sie sich vor HIV schützen können

15- bis 24-jährige Frauen und Männer mit umfassendem und richtigem Wissen über HIV in den Entwicklungsländern – 2003/2008 (in Prozent)

Frauen im Alter von 15-24 Jahren (87 Länder)



Männer im Alter von 15-24 Jahren (51 Länder)

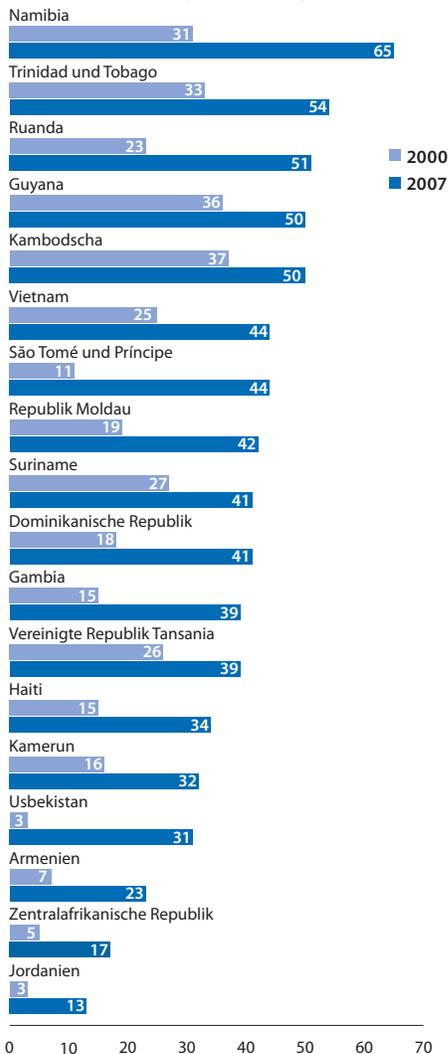


Zu wissen, wie eine HIV-Übertragung verhindert werden kann, ist der erste Schritt zur Vermeidung einer Infektion. Das ist besonders für die Altersgruppe der 15-24-Jährigen wichtig, auf die im Jahr 2008 weltweit 40 Prozent der HIV-Neuinfektionen bei Erwachsenen entfielen. Trotz einiger Fortschritte ist der Anteil der jungen Menschen mit umfassendem und richtigem Wissen über HIV in den meisten Ländern nach wie vor unannehmbar niedrig.

Weniger als ein Drittel der jungen Männer und weniger als ein Fünftel der jungen Frauen in den Entwicklungsländern geben an, über entsprechendes Wissen zu verfügen. Nach zwischen 2003 und 2008 durchgeführten Erhebungen ist der Wissensstand bei jungen Frauen in Nordafrika mit 8 Prozent am niedrigsten. Diese Werte liegen deutlich unter dem auf der Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über HIV/Aids 2001 festgelegten Zielwert von 95 Prozent für das Jahr 2010.

Mehrere Länder haben gezeigt, dass Frauen durch Aids-Aufklärung gestärkt werden können

15- bis 24-jährige Frauen mit umfassendem und richtigem Wissen über HIV in ausgewählten Ländern – 2000 und 2007 (in Prozent)

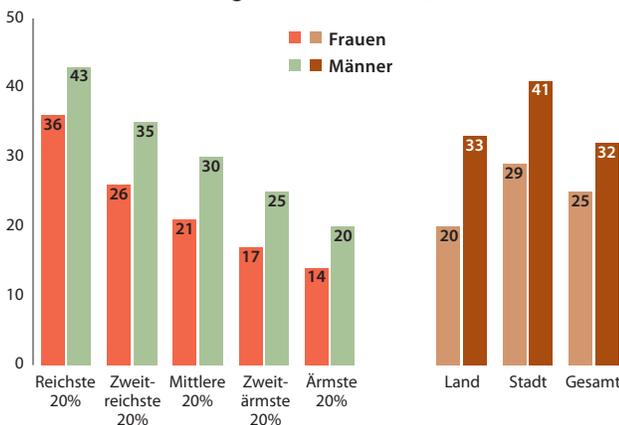


Trotz enttäuschender globaler und regionaler Durchschnittswerte haben einige Länder beeindruckende Fortschritte bei der Aufklärung ihrer Jugend über HIV erzielt. In 18 der 49 Länder mit verfügbaren Trenddaten stieg der Anteil der 15- bis 24-jährigen Frauen mit umfassendem und richtigem Wissen über HIV um mindestens zehn Prozentpunkte; in 8 von

16 Ländern stellte sich bei jungen Männern derselbe Erfolg ein. Zwischen 2000 und 2008 vermeldeten Guyana, Kambodscha, Namibia, Ruanda und Trinidad und Tobago eine bemerkenswerte Zunahme des Wissensstands junger Frauen über die HIV-Prävention auf 50 Prozent oder mehr; ähnliche Fortschritte wurden für junge Männer in Namibia und Ruanda gemeldet.

In Afrika südlich der Sahara nimmt das Wissen über HIV mit dem Wohlstand zu und ist bei der Stadtbevölkerung größer

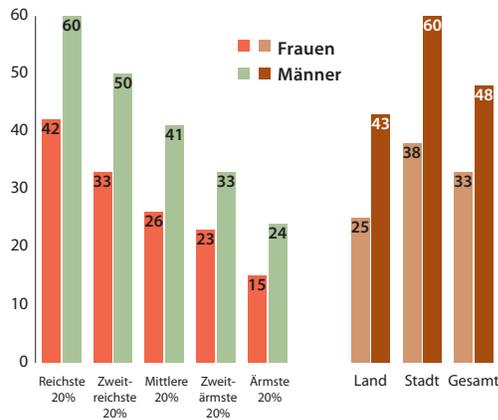
15- bis 24-jährige Frauen und Männer mit umfassendem und richtigem Wissen über HIV in ausgewählten Ländern Afrikas südlich der Sahara nach Geschlecht, Wohnort und Vermögen – 2003/2008 (in Prozent)



In Afrika südlich der Sahara ist der Wissensstand über die HIV-Prävention bei den 15- bis 24-jährigen Frauen und Männern vom Geschlecht, dem Vermögen und dem Wohnort abhängig. Je reicher der Haushalt, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass Männer wie Frauen über HIV informiert sind. Auch die geschlechtsspezifischen Wissensunterschiede sind bei den Reichen und bei der Stadtbevölkerung etwas geringer.

Bei der Kondombenutzung gibt es Unterschiede zwischen Frauen und Männern und zwischen den Menschen aus den reichsten und den ärmsten Haushalten

15- bis 24-jährige Frauen und Männer, die beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr ein Kondom benutzten, in ausgewählten Ländern Afrikas südlich der Sahara nach Geschlecht, Wohnort und Vermögen – 2003/2008 (in Prozent)

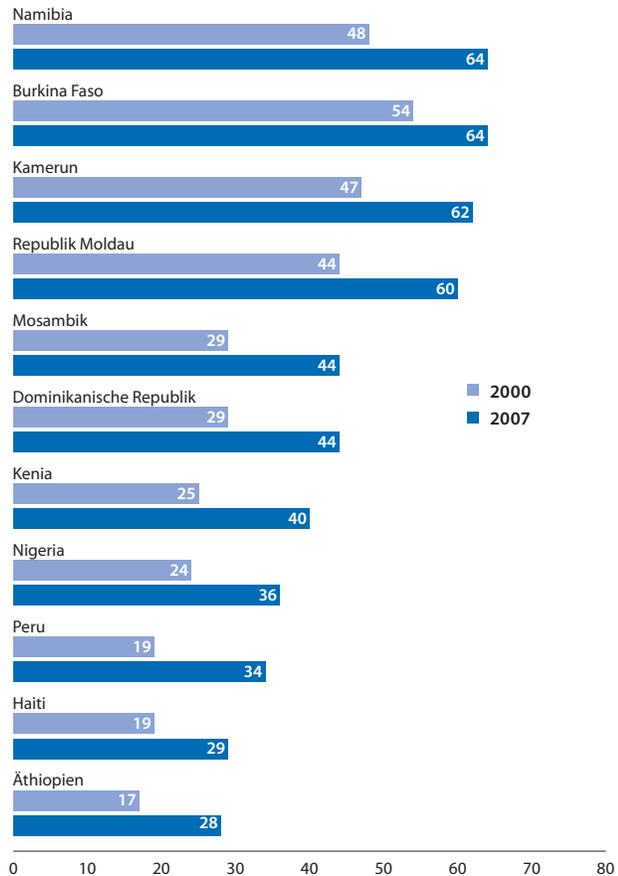


In den meisten Entwicklungsländern verwendet die Mehrzahl junger Menschen beim Geschlechtsverkehr keine Kondome, selbst wenn das Risiko einer HIV-Infektion besteht. Im Durchschnitt benutzten weniger als 50 Prozent der jungen Männer und weniger als ein Drittel der jungen Frauen bei ihrer letzten sexuellen Aktivität mit erhöhtem Risiko Kondome.

In Afrika südlich der Sahara benutzen die 15- bis 24-jährigen Männer weitaus häufiger Kondome als die Frauen derselben Altersgruppe. Bei Frauen und Männern nimmt die Kondombenutzung mit dem Wohlstand sehr stark zu und ist in der städtischen Bevölkerung weitaus häufiger. Ähnliche Disparitäten wurden in allen Ländern beobachtet, für die Daten vorlagen.

Kondombenutzung bei risikoreichem Geschlechtsverkehr gewinnt in einigen Ländern an Akzeptanz und ist eine Facette wirksamer HIV-Prävention

Kondombenutzung bei 15- bis 24-jährigen Frauen beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr, ausgewählte Länder – 2000 und 2007 (in Prozent)



Obwohl bei risikoreichem Geschlechtsverkehr Kondome insgesamt nach wie vor eher selten benutzt werden, beweisen junge Menschen in einigen Ländern, dass die richtigen Politiken und Maßnahmen Früchte tragen können. Zwischen 2000 und 2008 stieg der Anteil der Frauen, die bei risikoreichem Geschlechtsverkehr Kondome verwendeten, in 11 der 22 Länder, in denen Trends dokumentiert werden können, um mindestens zehn Prozentpunkte, in einigen dieser Länder auf 60 oder mehr Prozent. Eine ähnliche Steigerung war bei den Männern in 11 von 17 Ländern mit verfügbaren Trenddaten zu beobachten. Solche Fortschritte sind letztlich das Ergebnis individuellen Handelns, gestützt auf eine Kombination von verhaltensbezogenen, biomedizinischen und strukturellen Maßnahmen und die gemeinsamen Anstrengungen von Regierungen, Entwicklungspartnern und der Zivilgesellschaft.

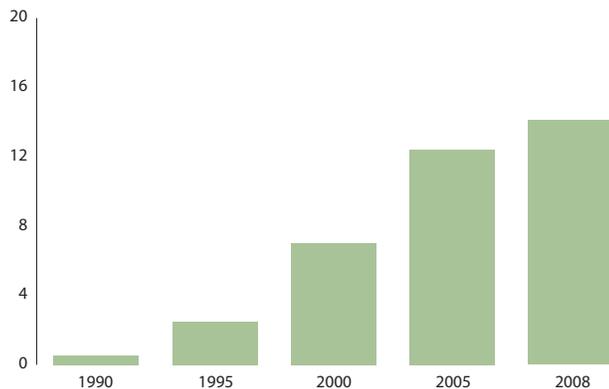
Die Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Gewalt und HIV mehren sich

Der Schritt vom Wissen über HIV zur Vorbeugung ist weit, und manchmal sind kulturelle Normen die Ursache dafür. Die Tradition der Kinderehe beispielsweise kann für Mädchen ein Risiko bedeuten. Eine Analyse von Erhebungsdaten aus acht Ländern zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit einer HIV-Infektion bei jungen Frauen zwischen 15 und 24 Jahren, die bereits vor Erreichen des 15. Lebensjahrs sexuell aktiv waren, größer ist. Stillschweigende gesellschaftliche Akzeptanz von Gewalt gegen Frauen und Mädchen verschärft das Problem. In vier Ländern, in denen Daten erhoben wurden, berichtete fast jede vierte junge Frau, dass sie zu ihrem ersten Geschlechtsverkehr gezwungen wurde, was die Wahrscheinlichkeit einer HIV-Infektion erhöht.

Tatsächlich mehren sich die Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Gewalt und der Ausbreitung von HIV. Das unterstreicht, wie wichtig es ist, Heranwachsende über umfassende Präventionsprogramme, die eine Vielzahl von Maßnahmen kombinieren, zu erreichen. Es zeigt zudem, dass weiter ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden muss, damit Gewalt gegen Frauen und Mädchen in keiner Form toleriert wird. Der Erlass und die Durchsetzung von Gesetzen, die solche Gewalt als Straftat umschreiben, ist ein weiterer Teil der Lösung.

Aids-Waisen erleiden mehr als den Verlust der Eltern

Geschätzte Zahl der 0-17-Jährigen in Afrika südlich der Sahara, die einen oder beide Elternteile durch Aids verloren haben – 2008 (in Millionen)



2008 verloren schätzungsweise 17,5 Millionen Kinder unter 18 Jahren einen oder beide Elternteile durch Aids. Die überwiegende Mehrheit dieser Kinder (14,1 Millionen) lebt in Afrika südlich der Sahara.

Mehr noch als Kindern, die ihre Eltern aus anderen Gründen verloren haben, drohen den Aids-Waisen ein schlechter Gesundheitszustand, mangelhafte Ausbildung und unzureichender Schutz. Sie sind mit höherer Wahrscheinlichkeit Mangelernährung, Krankheit, Kinderarbeit, Missbrauch und Vernachlässigung oder sexueller Ausbeutung ausgesetzt und damit anfälliger für eine HIV-Infektion. Diese Kinder leiden häufig unter Stigmatisierung und Diskriminierung, und Grundversorgungsleistungen wie Bildung und Unterkunft sowie Möglichkeiten zum Spielen werden ihnen unter Umständen verwehrt.

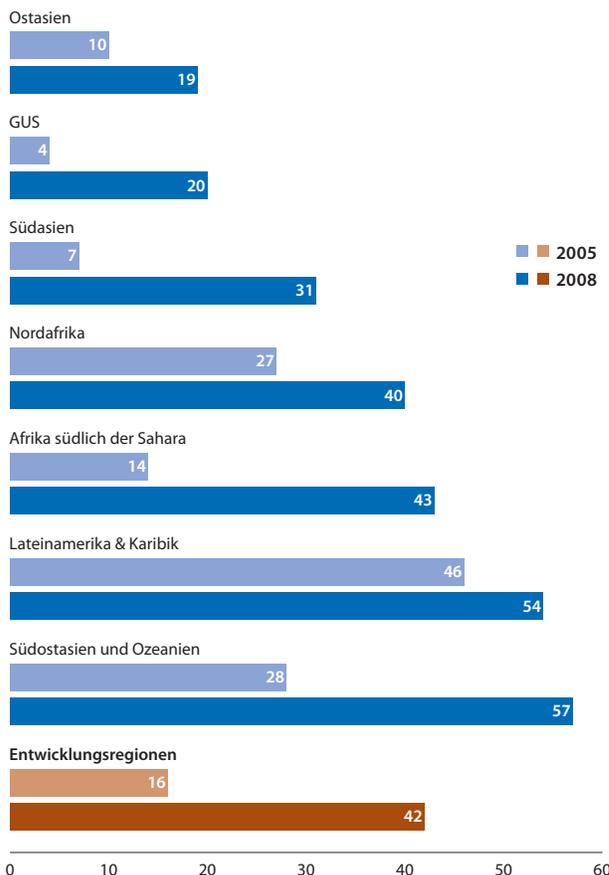


ZIELVORGABE

Bis 2010 den allgemeinen Zugang zu HIV/Aids-Behandlung für alle, die sie benötigen, verwirklichen

Die HIV-Neuinfektionsrate wächst noch immer schneller als das Behandlungsangebot

Menschen mit HIV, die eine antiretrovirale Therapie erhalten – 2005 und 2008 (in Prozent)



2003 lief die globale „3 bis 5“-Initiative an, bei der 3 Mio. Menschen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen bis 2005 eine antiretrovirale Therapie erhalten sollen. Damals erhielten schätzungsweise 400.000 Menschen diese lebensverlängernde Behandlung. Fünf Jahre später, im Dezember 2008, war ihre Zahl um das Zehnfache auf rund 4 Mio. und allein gegenüber dem Vorjahr um über 1 Mio. gestiegen. Die größten Fortschritte erzielte Afrika südlich der Sahara, wo zwei Drittel der behandlungsbedürftigen Menschen leben. Ende 2008 erhielten schätzungsweise 2,9 Mio. Menschen in Afrika südlich der Sahara eine antiretrovirale Therapie – eine Steigerung um 39 Prozent gegenüber 2,1 Mio. im Jahr 2007.

Auf zwei Menschen, die jedes Jahr eine Behandlung beginnen, kommen jedoch fünf, die sich neu mit dem HIV infizieren. Die Rate der HIV-Neuinfektionen wächst noch immer schneller als das Behandlungsangebot, was deutlich macht, dass die Präventions- wie auch die Behandlungsmaßnahmen dringend verstärkt werden müssen.

Von den 8,8 Mio. Menschen in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die 2008 eine HIV-Behandlung benötigten, erhielten 42 Prozent diese Behandlung; 2007 waren es 33 Prozent. Das heißt, dass 5,5 Mio. behandlungsbedürftige Menschen keinen Zugang zu den erforderlichen Arzneimitteln hatten. Aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse überarbeitete die Weltgesundheitsorganisation 2009 ihre Behandlungsrichtlinien, wodurch die Zahl der Menschen, die eine antiretrovirale Therapie benötigen, nach oben revidiert wird.

Daten aus 90 Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zeigen, dass erwachsene Frauen beim Zugang zur Behandlung gegenüber erwachsenen Männern leicht im Vorteil sind: Rund 45 Prozent der Frauen und 37 Prozent der Männer, die eine Behandlung benötigten, erhielten Ende 2008 antiretrovirale Medikamente. Im Verlauf des Jahres wurden in diesen Ländern etwa 275.700 Kinder oder 38 Prozent der behandlungsbedürftigen Kinder therapiert. Trotz ihrer begrenzten Verfügbarkeit konnten antiretrovirale Medikamente den Tod von 2,9 Mio. Menschen abwenden.

Ein erweitertes Behandlungsangebot für HIV-positive Frauen schützt auch ihre Neugeborenen

Mehr als 90 Prozent der 2,1 Millionen Kinder mit HIV infizierten sich im Mutterleib, bei der Geburt oder beim Stillen. Dieser Prozentsatz kann jedoch durch die Behandlung der werdenden Mutter mit antiretroviralen Medikamenten deutlich gesenkt werden. In den letzten zehn Jahren hat sich die internationale Gemeinschaft stets dafür eingesetzt, den Zugang zu Gesundheitsdiensten auszuweiten und die Belastung von Frauen und Kindern durch HIV zu verringern. Diese Anstrengungen tragen Früchte. 2008 wurden in 149 Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen 45 Prozent der HIV-positiven Schwangeren oder 628.000 von 1,4 Millionen und damit 10 Prozent mehr als im Vorjahr behandelt.

ZIELVORGABE

Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

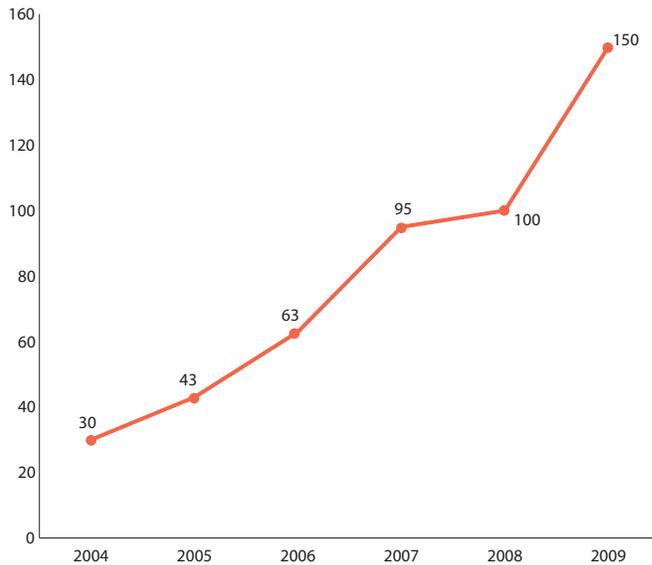
Die Hälfte der Weltbevölkerung ist malariegefährdet, und 2008 führten schätzungsweise 243 Millionen Fälle zum Tod von 863.000 Menschen, davon 767.000 (89 Prozent) in Afrika.

Die anhaltende Malaria bekämpfung ist eine zentrale Voraussetzung für die Erreichung vieler Millenniumsziele, und die verfügbaren Daten zeigen bedeutende Fortschritte bei der Ausweitung der Präventions- und Behandlungsmaßnahmen. Ein deutliches Plus an Finanzmitteln und Aufmerksamkeit für die Malaria bekämpfung hat die Engpässe bei der Herstellung, Beschaffung und Verteilung von Schlüsselgütern verringert und so die Durchführung entscheidender Maßnahmen beschleunigt. Die Länder haben sich zudem wirksamere Strategien schneller zu eigen gemacht, wie etwa den Einsatz von Kombinationstherapien auf Artemisininbasis und Diagnoseverfahren für eine gezieltere Behandlung.



Die Produktion imprägnierter Moskitonetze steigt steil an

Weltproduktion langlebiger imprägnierter Moskitonetze – 2004-2009 (in Millionen)

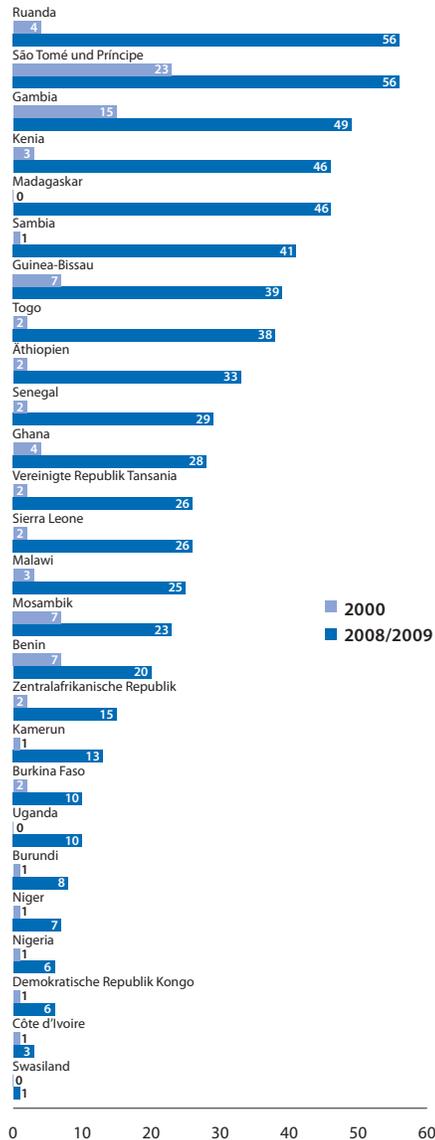


Anmerkung: Die Daten für 2007-2009 beruhen auf einer geschätzten Produktionskapazität.

Die Weltproduktion von Moskitonetzen hat sich seit 2004 mit einem Anstieg von 30 Millionen auf 150 Millionen im Jahr 2009 vervielfacht. Knapp 200 Millionen Netze wurden 2007-2009 von den Herstellern an afrikanische Länder geliefert und sind einsatzbereit; knapp 350 Millionen werden für eine flächendeckende Versorgung benötigt. Ausgehend von diesen Schätzungen haben die afrikanischen Länder, in denen die Malaria endemisch ist, genügend Netze erhalten, um über die Hälfte ihrer malariagefährdeten Bevölkerung damit zu versorgen.

In ganz Afrika schützt der verstärkte Einsatz imprägnierter Moskitonetze Menschen vor Malaria

Anteil der Kinder unter 5 Jahren, die unter imprägnierten Moskitonetzen schlafen, ausgewählte Länder – 2000 und 2008/2009 (in Prozent)



Heute schläft ein weitaus größerer Teil der afrikanischen Kinder, die zu den malariaanfälligsten Bevölkerungsgruppen gehören, unter Moskitonetzen als noch im Jahr 2000. In allen Ländern, für die Trenddaten vorliegen, hat der

Einsatz imprägnierter Moskitonetze in den letzten zehn Jahren stark zugenommen, obwohl die großflächige Verteilung in den meisten Ländern erst 2005 einsetzte. Afrikaweit, das heißt in den 26 Ländern, für die Trenddaten vorliegen (die 71 Prozent der Kinder unter fünf Jahren in Afrika erfassen), stieg der Anteil der Kinder, die Moskitonetze verwenden, von nur 2 Prozent im Jahr 2000 auf 22 Prozent im Jahr 2008. In 20 dieser Länder stieg die Verwendungsrate im selben Zeitraum um mindestens das Fünffache und in elf um mindestens das Zehnfache.

Armut ist noch immer eine Hürde für den Einsatz von Moskitonetzen

Anteil der Kinder unter 5 Jahren, die unter imprägnierten Moskitonetzen schlafen, nach Wohnort und Vermögensquintil, Afrika südlich der Sahara – 2006/2009 (in Prozent)

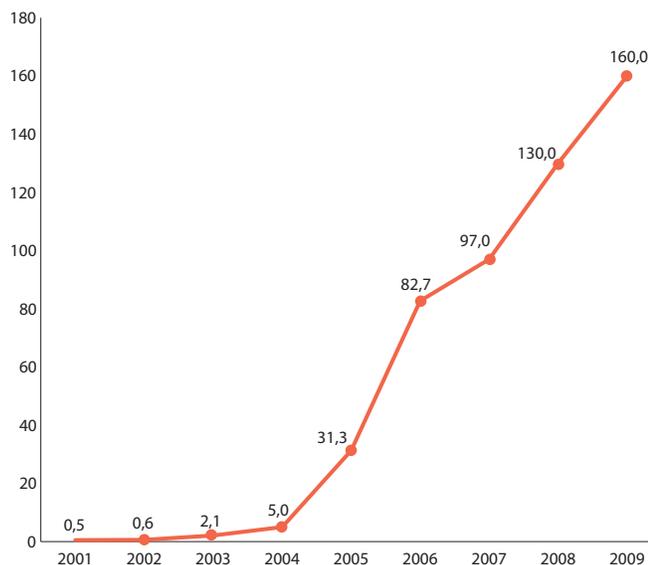


Anmerkung: Die Aufschlüsselung nach dem Wohnort beruht auf Schätzungen aus 32 Ländern in Afrika südlich der Sahara mit Angaben zum Wohnort, die 86 Prozent der Kinder unter fünf Jahren in der Region erfassen. Die Aufschlüsselung nach dem Haushaltsvermögen beruht auf Schätzungen aus 30 Ländern in Afrika südlich der Sahara mit Angaben zum Haushaltsvermögen, die 83 Prozent der Kinder unter fünf Jahren erfassen.

Durch Kampagnen zur kostenlosen Verteilung imprägnierter Moskitonetze in Gebieten mit intensiver Malariaübertragung konnten einige Länder eine ausgewogenere Verwendung von Moskitonetzen auch in armen, ländlichen Haushalten herbeiführen. Doch nicht in allen Ländern ist dies gelungen. Im Durchschnitt verwenden Mädchen und Jungen in den ärmsten Haushalten nach wie vor seltener Moskitonetze, wobei die Datenlage keine signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschiede erkennen lässt.

Die Beschaffung wirksamerer Malaria-medikamente steigt weltweit rasch an

Zahl der weltweit beschafften Dosen von Kombinations-therapien auf Artemisininbasis – 2001-2009 (in Millionen)



Um zu vermeiden, dass es durch Malaria vor allem bei Kindern zu lebensbedrohlichen Komplikationen kommt, bedarf es einer schnellen und wirksamen Behandlung. Seit einigen Jahren werden in vielen afrikanischen Ländern im Rahmen neu belebter Behandlungsprogramme mehr Menschen mit neuen Kombinationen von Malaria-medikamenten, die älteren Medikamenten nachweislich überlegen sind, behandelt.

Seit 2003 gehen die Länder in ihrer nationalen Arzneimittel-politik dazu über, Kombinationstherapien auf Artemisininbasis, einen wirksameren, aber auch teureren Behandlungsweg, zu fördern. Die Beschaffung dieser Arzneimittel hat seit 2005 weltweit stark zugenommen.

Die Versorgung mit Malaria-medikamenten ist in den afrikanischen Ländern jedoch nach wie vor sehr unterschiedlich. Bei Kindern unter fünf Jahren mit Fieber liegt die Versorgungsspanne zwischen nur einem und 67 Prozent. Tatsächlich lag dieser Prozentsatz in nur acht der 37 afrikanischen Länder mit aktuellen Daten für 2005-2009 über 50 Prozent, in neun Ländern hingegen bei höchstens 10 Prozent. Eine niedrigere Quote kann jedoch auch auf den verstärkten Einsatz von Diagnoseinstrumenten zurückzuführen sein, sodass nur die Kinder gezielt behandelt werden, die die Krankheit tatsächlich haben.

Kinder aus den ärmsten Haushalten haben die geringsten Aussichten auf eine Malariabehandlung

Anteil der Kinder im Alter von 0-59 Monaten mit Fieber, die Malariamedikamente erhalten, nach Wohnort und Vermögensquintil, Afrika südlich der Sahara – 2006/2009 (in Prozent)

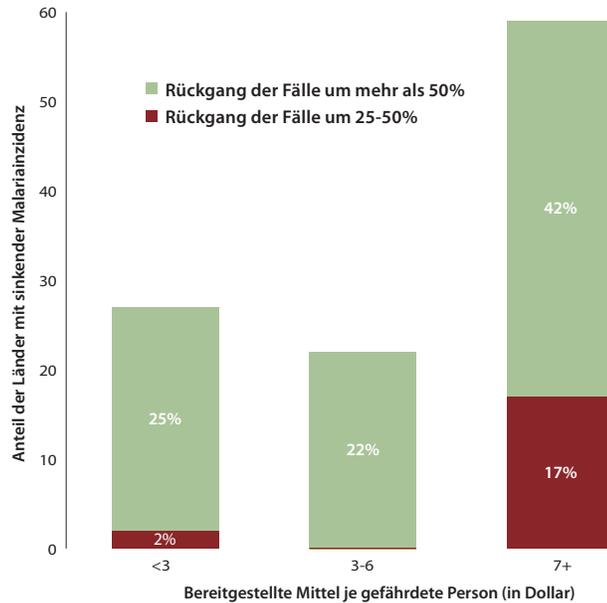


Anmerkung: Die Aufschlüsselung nach dem Wohnort beruht auf Schätzungen aus 33 Ländern in Afrika südlich der Sahara mit Angaben zum Wohnort, die 86 Prozent der Kinder unter fünf Jahren in der Region erfassen. Die Aufschlüsselung nach dem Haushaltsvermögen beruht auf Schätzungen aus 31 Ländern in Afrika südlich der Sahara mit Angaben zum Haushaltsvermögen, die 83 Prozent der Kinder unter fünf Jahren erfassen.

Kinder, die in ländlichen Gebieten leben, haben schlechtere Aussichten, Malariamedikamente zu erhalten, als Kinder in städtischen Gebieten. Auch sind die Behandlungsaussichten der Kinder in den reichsten Haushalten fast doppelt so hoch wie die der Kinder in den ärmsten Haushalten. Unterschiede bei der Behandlung von Mädchen und Jungen sind aus den Daten nicht zu erkennen.

Externe Finanzierung hilft, die Malariainzidenz und die Malariasterblichkeit zu senken, zusätzliche Unterstützung wird jedoch benötigt

Anteil der Länder mit sinkender Malariainzidenz nach bereitgestellten Mitteln je gefährdete Person, 108 Länder, in denen die Malaria endemisch ist – 2000/2008 (in Prozent)



Die für die Malariabekämpfung bereitgestellten externen Mittel sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen: 2003 wurden weniger als 0,1 Milliarden Dollar an die Länder ausgezahlt, in denen die Malaria endemisch ist, 2009 waren es bereits 1,5 Milliarden Dollar. Diese Unterstützung stammte, neben jüngeren Beiträgen aus anderen Quellen, überwiegend aus dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria. Die Beiträge aus dem Inland sind schwerer zu quantifizieren, doch scheinen die von den nationalen Regierungen bereitgestellten Mittel zumindest auf dem Stand von 2004 geblieben zu sein.

Trotz dieser positiven Tendenzen bleiben die für die Malariabekämpfung insgesamt bereitgestellten Mittel weit hinter den schätzungsweise 6 Milliarden Dollar zurück, die allein 2010 für die weltweite Durchführung von Malariabekämpfungsmaßnahmen benötigt werden. Bisher wurden etwa 80 Prozent der externen Mittel für die Region Afrika bereitgestellt, auf die nahezu 90 Prozent der weltweiten Malariafälle und Malariasterbefälle entfallen.

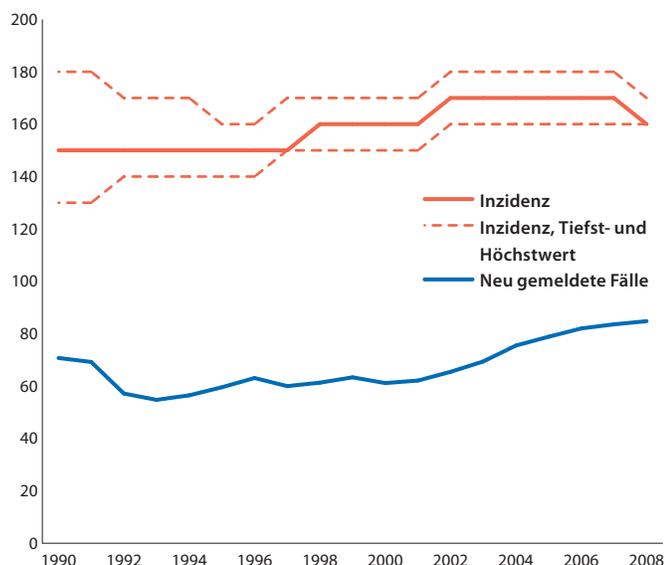
Mit den zusätzlichen Mitteln konnten mehr Güter beschafft werden, und mehr Haushalte besitzen nun mindestens ein im-

prägniertes Moskitonetz. Die afrikanischen Länder, in denen ein hoher Bevölkerungsanteil Moskitonetze verwendet und von Behandlungsprogrammen erfasst wird, verzeichnen rückläufige Malariazahlen. Mehr als ein Drittel der 108 malariagefährdeten Länder (davon neun afrikanische und 29 nichtafrikanische Länder) verzeichnete im Zeitraum 2000-2008 einen Rückgang der Malariafälle um mehr als 50 Prozent. Selbst wenn die vorliegenden Daten für die Gesamtbevölkerung nicht repräsentativ sind, scheint ein Zusammenhang zwischen höherer externer Hilfe und sinkender Malariainzidenz zu bestehen. Dies lässt darauf schließen, dass die Zielvorgabe erreicht werden kann, wenn ausreichende Mittel beschafft und Schlüsselmaßnahmen ergriffen werden. Darüber hinaus gibt es in mehreren afrikanischen Ländern Anhaltspunkte dafür, dass starken Rückgängen der Malariafälle und der Malariasterbefälle ein deutlicher Rückgang der durch alle anderen Ursachen bedingten Sterbefälle bei Kindern unter fünf Jahren gegenübersteht. Intensive Anstrengungen zur Bekämpfung der Malaria könnten vielen afrikanischen Ländern helfen, die im 4. Millenniumsziel anvisierte Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel bis 2015 zu erreichen.

Ein Engpass entsteht dadurch, dass ein unverhältnismäßig hoher Anteil der begrenzten Mittel für die Malariabekämpfung in kleinere Länder zu fließen scheint und dass die Inzidenz in erster Linie in Ländern mit niedriger Krankheitslast sinkt, in denen Fortschritte leichter zu erzielen sind. Um die Zielvorgabe zu erreichen, muss mehr Aufmerksamkeit darauf verwendet werden, Erfolge in großen Ländern herbeizuführen, in denen weitaus mehr Menschen an Malaria erkranken und sterben.

Die Tuberkulosebekämpfung kommt langsam voran

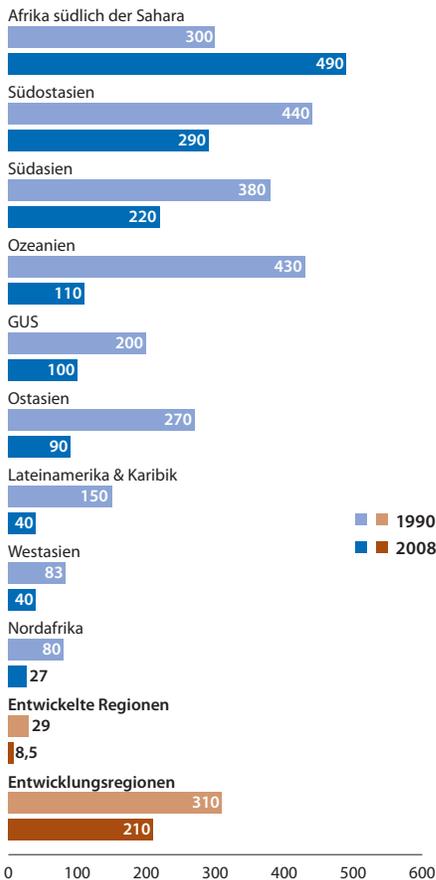
Zahl der neuen Tuberkulosefälle je 100.000 Einwohner (Inzidenz) und Zahl der gemeldeten Tuberkulosefälle je 100.000 Einwohner in den Entwicklungsregionen (einschließlich HIV-positiver Menschen) – 1990-2008



Die weltweite Belastung durch Tuberkulose geht langsam zurück. Die Inzidenz sank 2008 auf 139 Fälle je 100.000 Einwohner, nachdem sie 2004 mit 143 Fällen je 100.000 Einwohner einen Höhepunkt erreicht hatte. 2008 wurden weltweit schätzungsweise 9,4 Millionen Menschen erstmals mit Tuberkulose diagnostiziert. Die Zunahme gegenüber den 9,3 Millionen Fällen, die 2007 gemeldet wurden, ist darauf zurückzuführen, dass die Pro-Kopf-Inzidenzrate nach wie vor zu langsam sinkt, um mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten zu können. Schätzungsweise 15 Prozent der insgesamt Betroffenen sind HIV-positiv. Setzen sich die derzeitigen Trends fort, ist die Zielvorgabe, die Tuberkuloseinzidenz zum Stillstand zu bringen und umzukehren, weltweit bereits 2004 erreicht worden.

Die Tuberkuloseprävalenz sinkt in den meisten Regionen

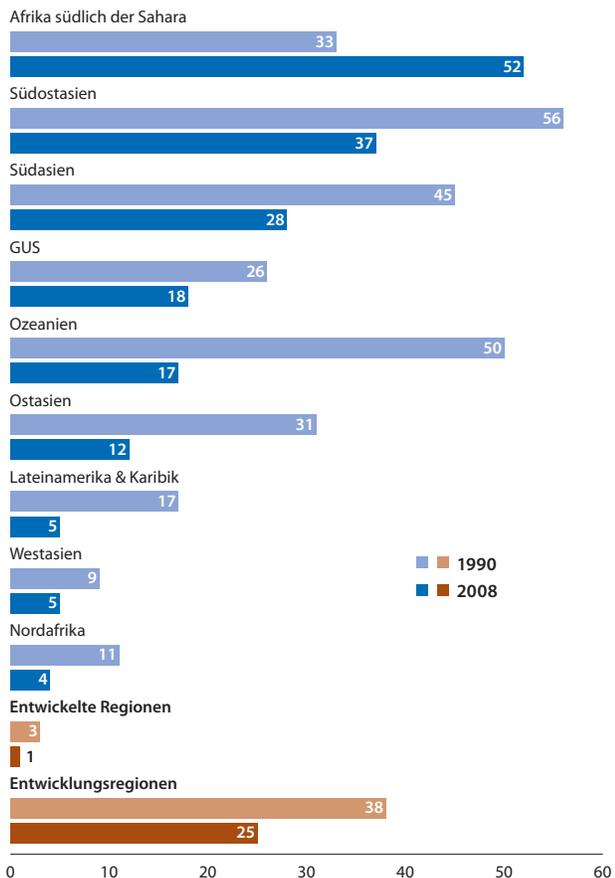
Zahl der Tuberkulosefälle je 100.000 Einwohner (Prävalenz) (einschließlich HIV-positiver Menschen) – 1990 und 2008



2008 wurde die Tuberkuloseprävalenz auf 11 Millionen beziehungsweise 164 Fälle je 100.000 Einwohner geschätzt. Dies ist ein beträchtlicher Rückgang gegenüber 2007, der hauptsächlich auf eine Änderung der verwendeten Schätzmethodik zurückzuführen ist. Die Prävalenzraten sanken in allen Regionen mit Ausnahme Afrikas südlich der Sahara und der GUS-Länder in Asien, wo nach einem anfänglichen Rückgang zu Beginn der 1990er Jahre keine weiteren Fortschritte erzielt wurden.

Tuberkulose ist noch immer die zweithäufigste Todesursache nach HIV

Zahl der Tuberkulose-Sterbefälle je 100.000 Einwohner (ohne HIV-positive Menschen) – 1990 und 2008



Obwohl immer mehr Tuberkulosepatienten geheilt werden, werden Millionen krank bleiben, weil sie keinen Zugang zu hochwertiger Versorgung haben. Tuberkulose ist noch immer die zweithäufigste Todesursache nach HIV. 2008 starben 1,8 Mio. Menschen an der Krankheit, die Hälfte von ihnen war HIV-positiv. Viele dieser Menschen starben, weil sie keine antiretrovirale Therapie erhielten.

Die Tuberkulose-Sterblichkeitsraten sinken in den meisten Regionen außer den GUS-Ländern in Asien, wo sie sich zu stabilisieren scheinen. In Afrika südlich der Sahara stiegen die Sterblichkeitsraten bis 2003 und sinken seither, haben aber den Tiefstand der 1990er Jahre noch nicht wieder erreicht. Die schädlichen Folgen der HIV-Epidemie machen es höchst unwahrscheinlich, dass die Sterblichkeit in dieser Region bis 2015 um die Hälfte gesenkt wird. Weltweit können die von der Partnerschaft „Stopp der Tb“ gesetzten Ziele, die Prävalenz- und Sterblichkeitsraten von 1990 bis 2015 zu halbieren, nur dann erreicht werden, wenn die Anstrengungen zur Tuberkulosebekämpfung fortgesetzt und weiter finanziert werden.

Ziel 7

Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

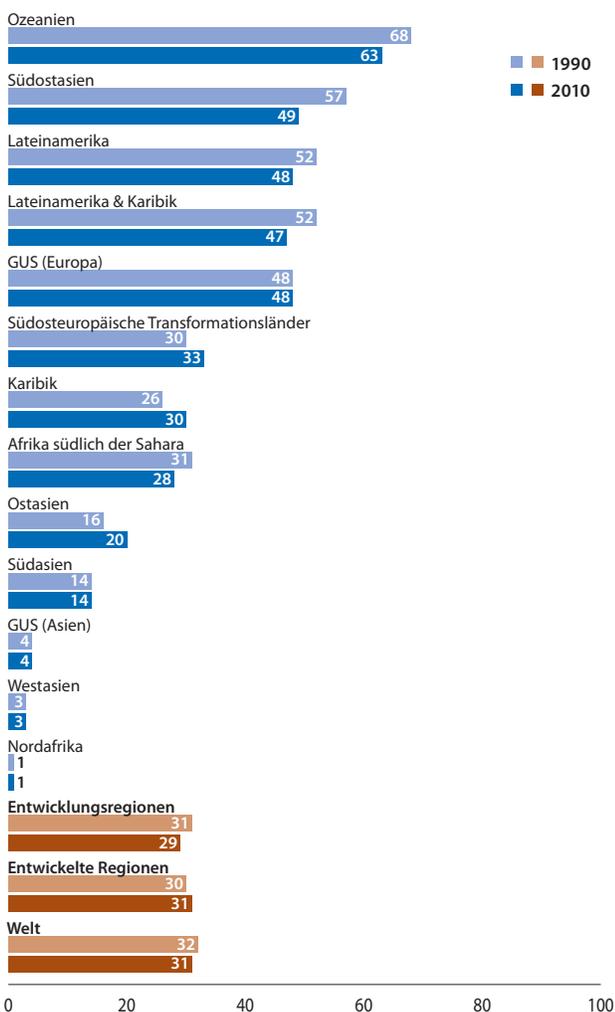


ZIELVORGABE

Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

Die Entwaldungsrate zeigt eine rückläufige Tendenz, ist aber immer noch alarmierend hoch

Anteil der Waldflächen an der Landfläche – 1990 und 2010 (in Prozent)



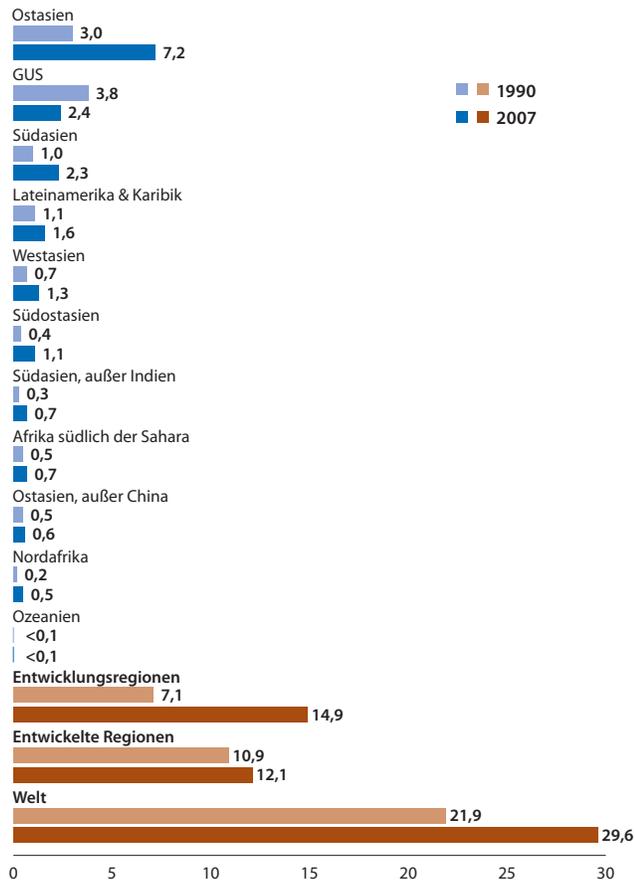
Die Entwaldung, vor allem die Umwandlung tropischer Wälder in Agrarland, verlangsamt sich auf globaler Ebene, schreitet aber in einigen Ländern weiter rasch voran. In den letzten zehn Jahren wurden weltweit etwa 13 Millionen Hektar Wald pro Jahr für andere Zwecke umgewidmet oder gingen aufgrund natürlicher Ursachen verloren. In den 1990er Jahren waren es 16 Millionen Hektar jährlich.

Durch ehrgeizige Baumpflanzungsprogramme in mehreren Ländern in Verbindung mit dem natürlichen Waldzuwachs in einigen Regionen sind jährlich 7 Millionen Hektar Wald neu hinzugekommen. Der Nettoverlust an Waldfläche ging folglich von 8,3 Millionen Hektar jährlich im Zeitraum 1990-2000 auf 5,2 Millionen Hektar im Zeitraum 2000-2010 zurück.

Südamerika und Afrika verzeichnen mit knapp 4 Millionen bzw. 3,4 Millionen Hektar jährlich im Zeitraum 2000-2010 weiter die größten Nettowaldverluste. In den entwickelten Regionen erlitt Australien, zum Teil wegen schwerer Dürren und Brände seit 2000, einen großen Verlust. Asien dagegen verzeichnete in den letzten zehn Jahren einen Nettozugewinn von rund 2,2 Millionen Hektar jährlich, vor allem aufgrund der großen Aufforstungsprogramme in China, Indien und Vietnam. In diesen drei Ländern nahm die Waldfläche in den letzten fünf Jahren um insgesamt fast 4 Millionen Hektar jährlich zu. In vielen anderen Ländern der Region jedoch setzte sich die schnelle Umwidmung von Waldflächen für andere Nutzungszwecke fort.

Eine entschiedene Antwort auf den Klimawandel ist dringend erforderlich

Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) – 1990 und 2007
(in Milliarden Tonnen)



2007 stiegen die weltweiten Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) erneut an, und zwar um 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 30 Milliarden Tonnen. Gegenüber 1990 bedeutet das einen Anstieg um 35 Prozent. Der jährliche Pro-Kopf-Ausstoß ist in den entwickelten Regionen mit rund 12 Tonnen CO₂ im Jahr 2007 nach wie vor am höchsten, gegenüber durchschnittlich rund 3 Tonnen in den Entwicklungsregionen und 0,9 Tonnen, dem niedrigsten regionalen Wert, in Afrika südlich der Sahara. Seit 1990 sanken die Emissionen pro Wertschöpfungseinheit in den entwickelten Regionen um mehr als 26 Prozent und in den Entwicklungsregionen um rund 11 Prozent.

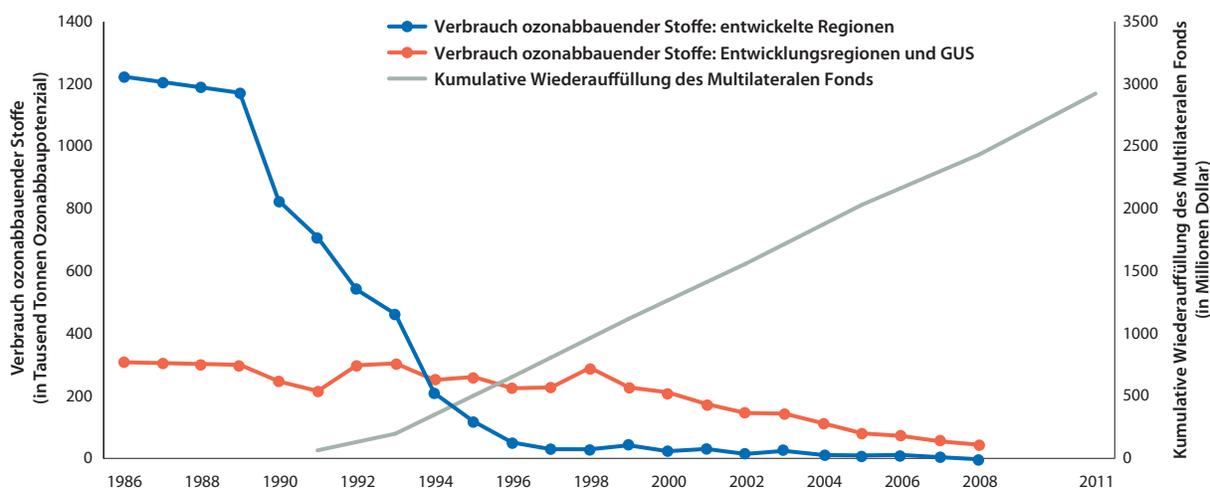
Bei den Werten für 2008 ist eine leichte Trendverschiebung zu erwarten: Gemäß der Ausgabe 2009 des von der Internationalen Energie-Agentur veröffentlichten World Energy Outlook (Weltenergieprognose) ist für 2008 infolge der weltweiten Finanzkrise von einem geringeren Anstieg der weltweiten

CO₂-Emissionen und für den Zeitraum 2008-2009 sogar von einem möglichen Rückgang auszugehen. Nach denselben Schätzungen ist aber zu erwarten, dass der Rückgang nur von kurzer Dauer sein wird: Nach der wirtschaftlichen Erholung, so die Vorhersage der Agentur, werden die weltweiten Emissionen bald wieder zu steigen beginnen und nach einem „Referenzszenario“ bis 2020 den Stand von 1990 um etwa 65 Prozent überschreiten. Ein solches Wachstum ist untragbar und würde die Gefahr tiefgreifender und nachteiliger Auswirkungen auf das globale Klimasystem weiter erhöhen.

Verstärktes internationales Handeln im Hinblick auf den Klimawandel ist nach wie vor wichtig und dringlich. Und die Chance, die sich durch den kurzfristigen Emissionsrückgang bietet, sollte in vollstem Umfang genutzt werden. Die im vergangenen Jahr nach dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen geführten Verhandlungen brachten einige Ergebnisse, doch bleibt noch viel zu tun, um eine entschiedene Antwort der internationalen Gemeinschaft auf das Problem des Klimawandels zu formulieren und in die Wege zu leiten.

Der beispiellose Erfolg des Montrealer Protokolls zeigt, dass wir etwas gegen den Klimawandel tun können

Verbrauch aller ozonabbauenden Stoffe – 1986-2008 (in Tausend Tonnen Ozonabbaupotenzial) und Wiederauffüllung des Multilateralen Fonds für die Umsetzung des Montrealer Protokolls – 1991-2011 (in Millionen Dollar)



Bis zum 16. September 2009 hatten 196 Parteien das Montrealer Protokoll unterzeichnet, das damit als erster Vertrag überhaupt die universelle Ratifikation erreichte. Alle Regierungen der Welt sind nun rechtlich verpflichtet, die Verwendung ozonabbauender Stoffe nach den im Protokoll festgelegten Zeitplänen stufenweise einzustellen. Mit dem Jahr 2010 sind die am häufigsten verwendeten ozonabbauenden Stoffe, darunter Fluorchlorkohlenwasserstoffe und Halone, praktisch aus der Welt geschafft.

Während des gesamten Prozesses haben die Entwicklungsländer unter Beweis gestellt, dass sie mit der richtigen Hilfe willens, bereit und fähig sind, bei den weltweiten Anstrengungen zum Schutz der Umwelt vollwertige Partner zu werden. Tatsächlich sind viele Entwicklungsländer mit Unterstützung aus dem Multilateralen Fonds für die Umsetzung des Montrealer Protokolls über die Reduktionsziele zum stufenweisen Nutzungsverzicht auf ozonabbauende Stoffe hinausgegangen.

Zwischen 1986 und 2008 wurde der weltweite Verbrauch ozonabbauender Stoffe um 98 Prozent gesenkt. Durch die im Rahmen des Montrealer Protokolls ergriffenen Maßnahmen zur Kontrolle der Herstellung und des Verbrauchs dieser

Stoffe wird es ferner zwischen 1990 und 2010 zu einer Senkung der Treibhausgasemissionen um 135 Gigatonnen CO₂-Äquivalent kommen. Das entspricht 11 Gigatonnen pro Jahr und damit dem Vier- bis Fünffachen der im ersten Verpflichtungszeitraum des Protokolls von Kyoto, der mit dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen verbundenen Vereinbarung, angestrebten Verringerung. Die Vertragsparteien des Montrealer Protokolls prüfen nun, wie über das wirksame Umsetzungssystem des Vertrags noch größerer Nutzen im Hinblick auf den Klimawandel erzielt werden kann.

Ohne die durch das Montrealer Protokoll und das Wiener Übereinkommen veranlassten Maßnahmen hätte sich die Konzentration ozonabbauender Stoffe in der Atmosphäre bis 2050 verzehnfacht. Durch die daraus resultierende stärkere Einwirkung der ultravioletten Strahlung der Sonne wäre es wahrscheinlich zu bis zu 20 Millionen zusätzlichen Fällen von Hautkrebs und 130 Millionen zusätzlichen Fällen von Grauem Star sowie zur Schädigung des menschlichen Immunsystems, der Flora und Fauna sowie der Landwirtschaft gekommen. In weiten Teilen der Welt hätte sich die Zeit bis zum Entstehen eines Sonnenbrands wegen der 500-prozentigen Zunahme der DNA-schädigenden ultravioletten Strahlung dramatisch verkürzt.

ZIELVORGABE

Den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlustrate bis 2010

Die Welt hat die Zielvorgabe für 2010 zur Erhaltung der Biodiversität verfehlt, was schwerwiegende Folgen haben kann

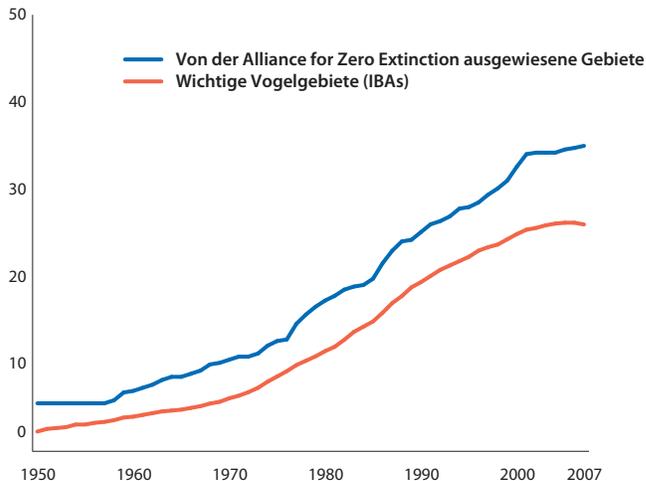
Obwohl bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt einige Erfolge erzielt worden sind und die Lage ohne die Zielvorgabe für 2010 noch viel schlechter hätte aussehen können, schreitet der Verlust an biologischer Vielfalt unvermindert voran. Nahezu 17.000 Pflanzen- und Tierarten sind nach heutigem Kenntnisstand vom Aussterben bedroht. Nach den derzeitigen Trends wird sich der Artenverlust in diesem Jahrhundert fortsetzen, und die Gefahr dramatischer Veränderungen von Ökosystemen und eines schwindenden Nutzens für die Gesellschaft wird zunehmen. Trotz erhöhter Investitionen in Erhaltungspläne und -maßnahmen wird noch zu wenig gegen die Haupttriebkkräfte des Verlusts an biologischer Vielfalt, darunter hohe Entnahmeraten, Verlust von Lebensräumen, invasive Arten, Verschmutzung und Klimawandel, unternommen.

Die biologische Vielfalt ist für das menschliche Wohlergehen entscheidend wichtig, da sie die Grundlage für ein breites Spektrum von Ökosystem-Dienstleistungen bildet, von denen das Leben abhängig ist. Milliarden Menschen, darunter viele der Ärmsten, sind zur Existenzsicherung und oft zum bloßen Überleben direkt auf vielfältige Pflanzen- und Tierarten angewiesen. Der nicht wiedergutzumachende Verlust an biologischer Vielfalt wird auch die Anstrengungen zur Erreichung anderer Millenniumsziele, vor allem in Bezug auf Armut, Hunger und Gesundheit, behindern, weil er die Armen verwundbarer macht und ihre Entwicklungschancen schmälert.



Wichtige Lebensräume für bedrohte Arten werden nicht ausreichend geschützt

Anteil der für die biologische Vielfalt besonders wichtigen Gebiete, die unter Schutz stehen – 1950-2007 (in Prozent)



Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf 10.993 Wichtige Vogelgebiete und 561 von der Alliance for Zero Extinction ausgewiesene Gebiete.

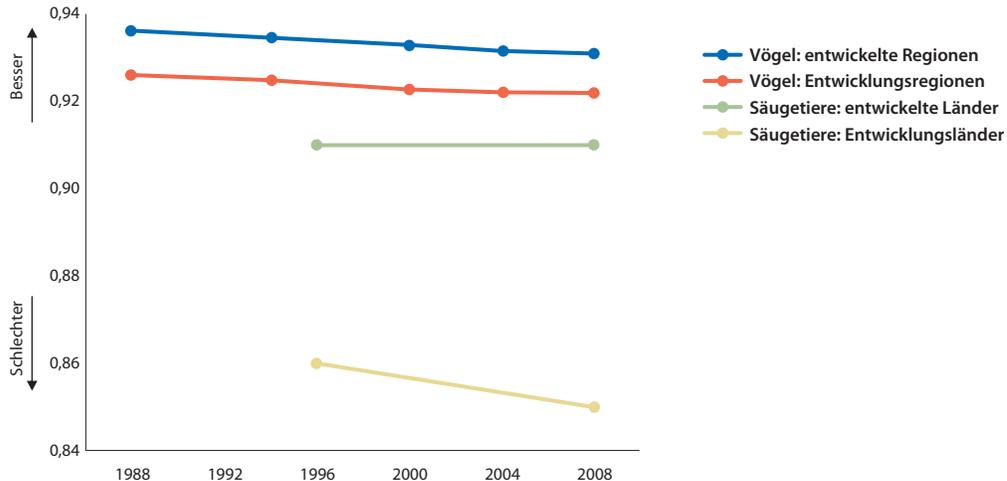
Zwar stehen derzeit knapp 12 Prozent der Landfläche der Erde und fast 1 Prozent ihrer Meeresgebiete unter Schutz, doch werden andere für die biologische Vielfalt der Erde besonders wichtige Gebiete noch nicht ausreichend geschützt. 2009 waren nur bei der Hälfte der 821 terrestrischen Ökoregionen der Welt – große Gebiete mit charakteristischen Kombinationen von Lebensräumen, Arten, Böden und Geländeformen – mehr als 10 Prozent der Fläche geschützt. Nach dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt hätte bis 2010 bei allen diesen Ökoregionen ein Zehntel der Flächen unter Schutz gestellt werden müssen.

In den für die biologische Vielfalt wichtigsten Gebieten sind Fortschritte erzielt worden, allerdings nicht schnell genug. 2007 waren 35 Prozent der 561 von der Alliance for Zero Extinction ausgewiesenen Gebiete und 26 Prozent der 10.993 Wichtigen Vogelgebiete vollständig geschützt, deutlich mehr als 1990 mit 25 bzw. 19 Prozent. Die von der Alliance for Zero Extinction ausgewiesenen Gebiete beheimaten mehr als 95 Prozent der Weltpopulation einer Art, die nach der Definition der Roten Liste der gefährdeten Arten der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN) „stark gefährdet“ oder „gefährdet“ ist. Wichtige Vogelgebiete sind die für die Erhaltung der Vögel der Welt bedeutenden Standorte. Der Schutz aller dieser Gebiete würde erheblich zur Verwirklichung des Ziels des Übereinkommens über die biologische Vielfalt, Gebiete von besonderer Bedeutung zu schützen, beitragen. Derzeit sind jedoch mehr als zwei Drittel dieser Gebiete nicht oder nur teilweise geschützt. Zudem mögen manche Gebiete offiziell „geschützt“ sein, doch heißt dies nicht, dass sie angemessen verwaltet werden oder dass der Schutzgrad ausreicht, um wichtige Lebensräume und Arten wirksam zu erhalten.



Die Zahl der vom Aussterben bedrohten Arten wächst täglich, vor allem in den Entwicklungsländern

Anteil der Arten, die in naher Zukunft ohne zusätzliche Schutzmaßnahmen voraussichtlich erhalten bleiben (Rote-Liste-Index der IUCN zum Überleben von Vogelarten – 1988-2008 – und Säugetierarten – 1996-2008)



Anmerkung: Ein Wert von 1,0 im Rote-Liste-Index bedeutet, dass alle Arten als „nicht gefährdet“ eingestuft werden und daher keine in naher Zukunft auszusterben droht. Ein Wert von Null besagt, dass alle Arten ausgestorben sind.

Nach dem Rote-Liste-Index der IUCN, der den Anteil der Arten aufzeichnet, die in naher Zukunft ohne zusätzliche Schutzmaßnahmen voraussichtlich erhalten bleiben, gibt es mehr vom Aussterben bedrohte Arten als Arten, deren Bestand sich verbessert. Säugetiere sind stärker bedroht als Vögel. Und bei beiden Gruppen sind die Arten in den Entwicklungsregionen stärker bedroht als in den entwickelten Regionen, und ihr Bestand geht ebenso schnell oder schneller zurück.

Die Überfischung hat sich weltweit stabilisiert, doch zur Nachhaltigkeit ist es noch ein weiter Weg

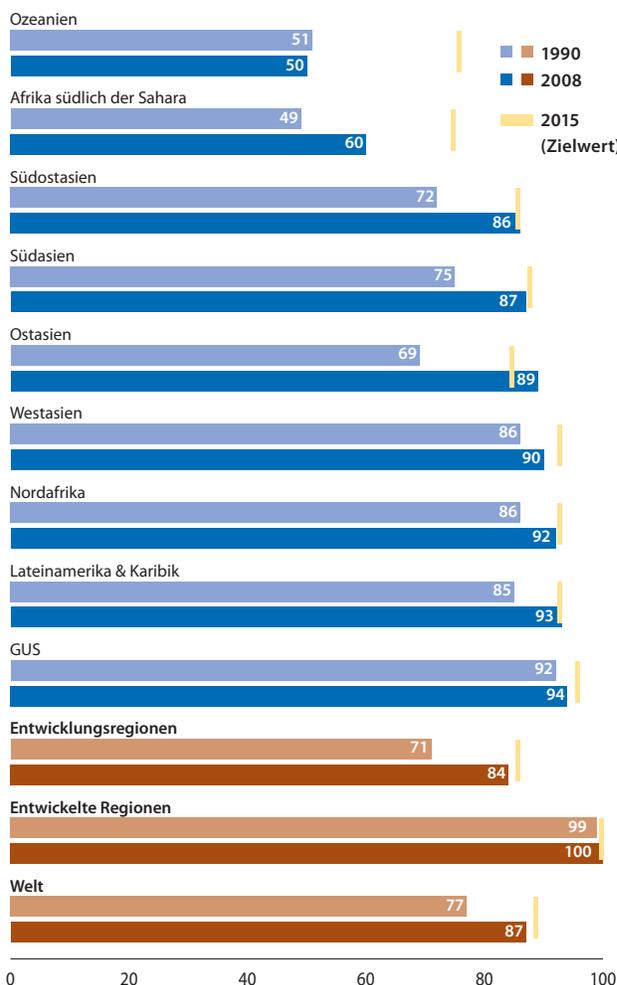
Die Weltproduktion der marinen Fangfischerei erreichte 1997 mit 88,4 Millionen Tonnen ihren Höhepunkt und ist seither leicht, auf rund 83,5 Millionen Tonnen im Jahr 2006, gesunken. Der Anteil der überfischten, erschöpften und sich regenerierenden Bestände war in den letzten zehn Jahren mit rund 28 Prozent relativ stabil. Der Anteil der unterfischten und mäßig befischten Bestände ist allerdings kontinuierlich zurückgegangen, was darauf schließen lässt, dass die negativen Auswirkungen der Fischerei zunehmen. Nur bei etwa 20 Prozent der Fischbestände gab es eine mäßige Befischung oder Unterbefischung und die Möglichkeit der Produktionssteigerung.

ZIELVORGABE

Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

Die Welt ist auf gutem Wege, die Trinkwasser-Zielvorgabe zu erreichen, doch ist in einigen Regionen noch viel zu tun

Anteil der Menschen, die eine verbesserte Wasserquelle nutzen – 1990 und 2008 (in Prozent)



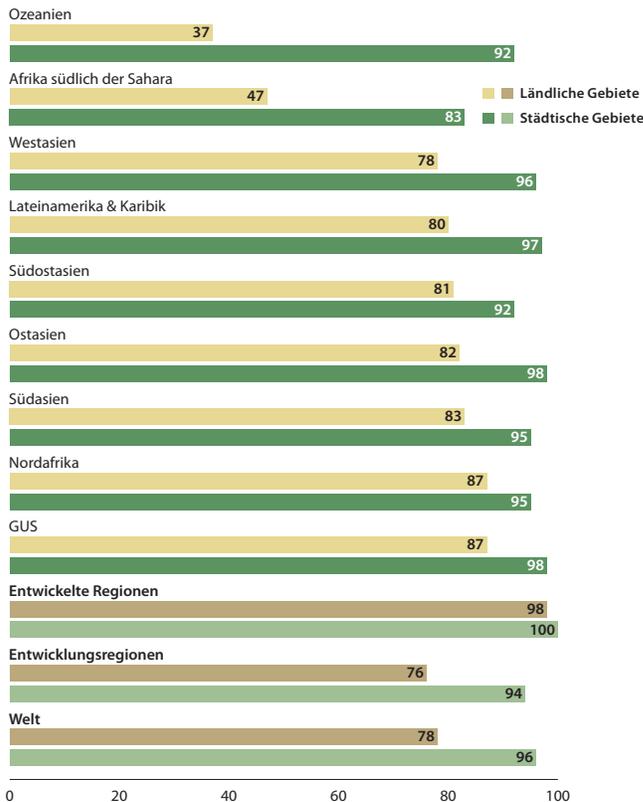
Wenn sich die derzeitigen Trends fortsetzen, wird die Welt die Trinkwasser-Zielvorgabe bis 2015 erreichen oder sogar überschreiten. Dann werden schätzungsweise 86 Prozent der Bevölkerung in den Entwicklungsregionen Zugang zu verbesserten Trinkwasserquellen haben. Vier Regionen – Nordafrika, Lateinamerika und die Karibik, Ostasien und Südostasien – haben die Zielvorgabe bereits erreicht.

Die größten Fortschritte wurden in Ostasien erzielt, wo sich der Zugang zu Trinkwasser im Zeitraum von 1990 bis 2008 um fast 30 Prozent verbesserte. In Afrika südlich der Sahara stieg die Versorgungsrate im gleichen Zeitraum zwar auch um 22 Prozent, ist aber nach wie vor sehr niedrig – nur 60 Prozent der Bevölkerung werden erreicht. Ozeanien verzeichnete während dieser fast 20 Jahre keine Fortschritte, und die Versorgungsrate ist mit rund 50 Prozent noch immer sehr niedrig.

In allen Regionen wurden vorwiegend in ländlichen Gebieten Fortschritte erzielt. In den Entwicklungsregionen insgesamt hat sich die Trinkwasser-Versorgungsquote in städtischen Gebieten mit 94 Prozent im Jahr 2008 seit 1990 kaum verändert. Gleichzeitig stieg sie in ländlichen Gebieten von 60 Prozent im Jahr 1990 auf 76 Prozent im Jahr 2008, wodurch sich der Abstand zwischen ländlichen und städtischen Gebieten verringerte.

Beschleunigte und gezielte Anstrengungen sind erforderlich, um alle ländlichen Haushalte mit Trinkwasser zu versorgen

Anteil der Menschen, die eine verbesserte Wasserquelle nutzen, ländliche und städtische Gebiete – 2008 (in Prozent)



Trotz der Gesamtfortschritte bei der Trinkwasserversorgung und der Verkleinerung des Stadt-Land-Gefälles sind die ländlichen Gebiete aller Entwicklungsregionen weiter im Nachteil. Die größten Disparitäten bestehen in Ozeanien und in Afrika südlich der Sahara, aber beträchtliche Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sind auch in Regionen mit relativ hoher Versorgungsdichte zu finden, wie etwa Westasien und Lateinamerika und die Karibik.

Bei den Haushalten, die über eine Trinkwasserleitung direkt versorgt werden, ist das Stadt-Land-Gefälle weitaus größer. Der Anteil der Menschen, die die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Vorteile von Leitungswasser genießen, ist in urbanen Gebieten mit 79 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in ländlichen Gebieten mit 34 Prozent. Besonders ausgeprägt sind die Disparitäten in Ozeanien und in Afrika südlich der Sahara, wo die Rate der Leitungswasserversorgung in ländlichen Gebieten mit 37 bzw. 47 Prozent gegenüber 91 bzw. 83 Prozent in städtischen Gebieten nach wie vor sehr niedrig ist.

Weltweit leben 8 von 10 Menschen, die noch keinen Zugang zu verbesserten Trinkwasserquellen haben, auf dem Land.

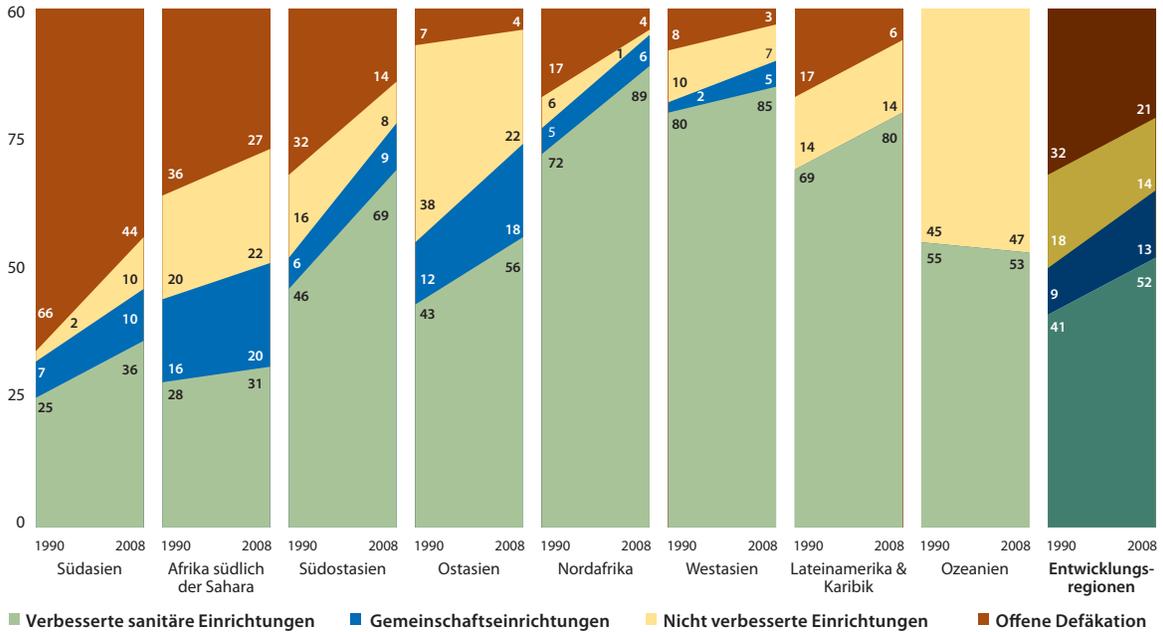
Die Versorgung mit einwandfreiem Wasser ist in vielen Teilen der Welt weiter ein Problem

Die zunehmende Tätigkeit in der Landwirtschaft und im verarbeitendem Gewerbe hat in den letzten zehn Jahren nicht nur zu einer erhöhten Wassernachfrage geführt, sondern auch zur Verschmutzung von Oberflächen- und Grundwasser beigetragen. Zudem haben Probleme der Verunreinigung mit natürlich vorkommendem anorganischem Arsen, insbesondere in Bangladesch und in anderen Teilen Südasiens, oder Fluorid in mehreren Ländern, darunter China und Indien, die Sicherheit der Wasserversorgung beeinträchtigt.

In Zukunft muss bei der Festlegung von Zielvorgaben für den Zugang zu einwandfreiem Wasser die Wasserqualität berücksichtigt werden. Es werden zwar Anstrengungen unternommen, um weltweit Daten zur Wasserqualität zusammenzustellen, doch die Messung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit von Wasser kann schwierig sein und wurde in den Entwicklungsregionen bislang nur in Probeerhebungen versucht. Schnelle, verlässliche und kostenwirksame Wege zur Messung der Wasserqualität vor Ort und zur Berichterstattung über die Ergebnisse auf globaler Ebene müssen gefunden werden, um die aktuellen technischen und logistischen Einschränkungen zu überwinden und die bislang hohen Kosten zu senken.

Da in den Entwicklungsregionen die Hälfte der Bevölkerung über keine sanitären Einrichtungen verfügt, scheint die Zielvorgabe für 2015 unerreichbar

Anteil der Bevölkerung, aufgeschlüsselt nach Sanitärverhalten – 1990 und 2008 (in Prozent)



Anmerkung: Die Daten für Lateinamerika und die Karibik und Ozeanien reichen nicht aus, um regional repräsentative Schätzungen des Bevölkerungsanteils vorzunehmen, der sanitäre Gemeinschaftseinrichtungen nutzt.



Bei gleichbleibendem Fortschrittstempo wird die Welt das Ziel, den Anteil der Menschen ohne Zugang zu grundlegenden sanitären Einrichtungen um die Hälfte zu senken, verfehlen. 2008 hatten schätzungsweise 2,6 Milliarden Menschen auf der Welt keinen Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen. Setzt sich dieser Trend fort, wird ihre Zahl bis 2015 auf 2,7 Milliarden steigen.

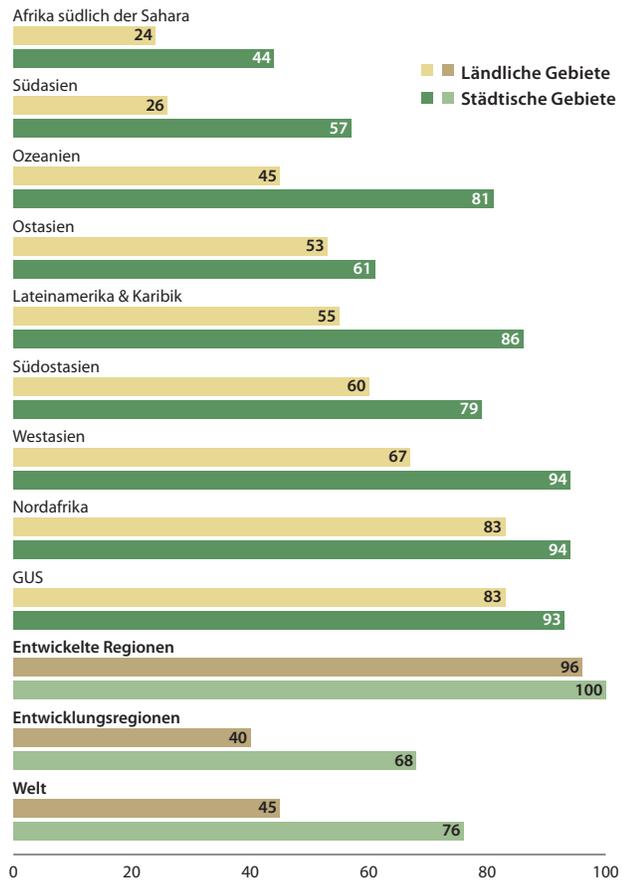
2008 hatten 48 Prozent der Bevölkerung in den Entwicklungsregionen keinen Zugang zu grundlegenden sanitären Einrichtungen. Die beiden Regionen, in denen es die höchsten Hürden zu überwinden gilt, sind Afrika südlich der Sahara und Südasien, wo 69 bzw. 64 Prozent der Bevölkerung diesen Zugang fehlt.

Unter den sanitären Praktiken birgt die offene Defäkation die größten Gefahren für die menschliche Gesundheit. Es macht Mut, dass diese Praxis in allen Entwicklungsregionen rückläufig ist. Der größte relative Rückgang vollzog sich jedoch in den beiden Regionen, in denen die offene Defäkation ohnehin am wenigsten praktiziert wurde, nämlich in Nordafrika und Westasien. Die geringsten Fortschritte (ein Rückgang um 25 Prozent) wurden dagegen in Afrika südlich der Sahara verzeichnet, wo die Raten offener Defäkation hoch sind. In Südasien, der Region mit der weltweit höchsten solchen Rate (44 Prozent der Bevölkerung), wurden nur begrenzte Fortschritte erzielt.

Dass 1,1 Milliarden Menschen offene Defäkation praktizieren, ist ein Affront gegen die Menschenwürde. Zudem ist sie die grundlegende Ursache für die fäkal-orale Krankheitsübertragung, die tödliche Folgen für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft, die Kleinkinder, haben kann. Ginge die offene Defäkation weiter zurück, so könnte vor allem durch die Vermeidung von Durchfallerkrankungen und der dadurch bedingten Unterentwicklung und Unterernährung die Kindersterblichkeit drastisch gesenkt werden. Erfolgsbeispiele aus einigen der ärmsten und am stärksten benachteiligten Gruppen der Gesellschaft zeigen, dass Menschen ihr Verhalten ändern können. Dazu bedarf es des politischen Willens zur Mobilisierung der erforderlichen Ressourcen, um der offenen Defäkation, dem größten Hindernis bei der Bewältigung des Problems der Siedlungshygiene, ein Ende zu setzen.

Das Stadt-Land-Gefälle bei der Sanitärversorgung ist noch immer enorm

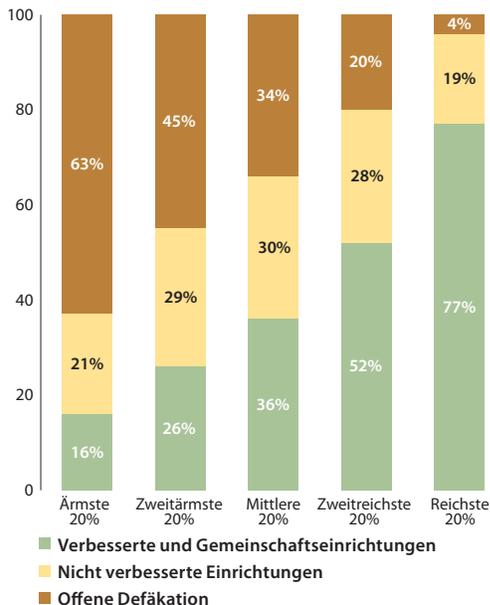
Anteil der Menschen, die eine verbesserte sanitäre Einrichtung benutzen, in ländlichen und städtischen Gebieten – 2008 (in Prozent)



Die größten Fortschritte bei der Sanitärversorgung wurden in ländlichen Gebieten erzielt. Im Zeitraum 1990-2008 stieg der Sanitärversorgungsgrad in den Entwicklungsregionen insgesamt um nur 5 Prozent in städtischen Gebieten und um 43 Prozent in ländlichen Gebieten. In Südasien stieg er bei der städtischen Bevölkerung um nur 1 Prozent von 56 auf 57 Prozent, während er sich in ländlichen Gebieten von 13 auf 26 Prozent verdoppelte. Das Stadt-Land-Gefälle ist jedoch noch immer riesig, vor allem in Südasien, Afrika südlich der Sahara und Ozeanien.

Verbesserungen der Sanitärversorgung gehen an den Armen vorbei

Sanitärverhalten nach Vermögensquintil, Afrika südlich der Sahara – 2005/2008



Eine Analyse von im Zeitraum 2005-2008 durchgeführten Haushaltserhebungen zeigt, dass in Afrika südlich der Sahara die Wahrscheinlichkeit, eine verbesserte sanitäre Einrichtung zu benutzen, für Menschen aus dem reichsten Fünftel fast fünfmal höher liegt als für die aus dem ärmsten. Weiter geht daraus hervor, dass im ärmsten Fünftel der Bevölkerung 63 Prozent, im reichsten Fünftel hingegen nur 4 Prozent offene Defäkation praktizieren.

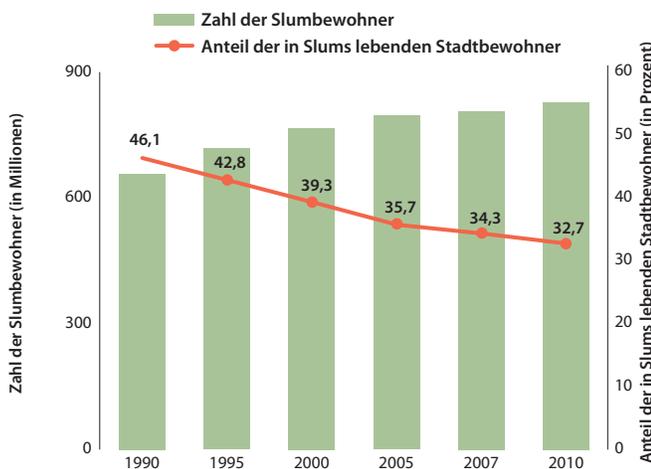
Die Sanitär- und die Trinkwasserversorgung genießen in einzelstaatlichen Haushalten und bei der öffentlichen Entwicklungshilfe trotz ihres riesigen Nutzens für die öffentliche Gesundheit, die Geschlechtergleichstellung, die Armutsminderung und das Wirtschaftswachstum häufig einen niedrigen Stellenwert. Darüber hinaus sind die Maßnahmen vielfach nicht gezielt auf die Menschen gerichtet, die sie am meisten brauchen.

ZIELVORGABE

Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

Die Verbesserungen in den Slums sind zwar beträchtlich, halten aber mit den wachsenden Zahlen der städtischen Armen nicht Schritt

Zahl der Bewohner städtischer Slums und Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner, Entwicklungsregionen – 1990-2010



In den letzten zehn Jahren ist der Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner in den Entwicklungsländern insgesamt beträchtlich zurückgegangen: von 39 Prozent im Jahr 2000 auf 33 Prozent im Jahr 2010. Global betrachtet stimmt dies optimistisch. Mehr als 200 Mio. Slumbewohner haben Zugang zu verbesserter Wasser- oder Sanitärversorgung oder zu einer festen, weniger beengten Unterkunft erhalten. Dies zeigt, dass die Länder und Kommunen ernsthafte Anstrengungen unternommen haben, um die Lebensbedingungen in den Slums zu verbessern. Damit sind die Aussichten von Millionen Menschen gestiegen, Armut, Krankheit und Analphabetentum zu entrinnen.

Die absolute Zahl der Slumbewohner in den Entwicklungsländern nimmt jedoch zu und wird auch in naher Zukunft weiter wachsen. Die Fortschritte bei der Slum-Zielvorgabe reichen nicht aus, um das Wachstum der informellen Siedlungen in den Entwicklungsländern auszugleichen, wo die Zahl der in Slumverhältnissen lebenden Städter heute auf rund 828 Mio. geschätzt wird; 1990 waren es 657 Mio., 2000 767 Mio. Nur durch weitaus größere Anstrengungen werden sich die Lebensbedingungen der wachsenden Zahl der Armen in den Städten und Metropolen der Entwicklungsregionen verbessern lassen.

Außerdem könnte die jüngste Immobilienkrise, die zu der umfassenderen Finanz- und Wirtschaftskrise beitrug, die seit 1990 erzielten Fortschritte wieder zunichte machen. Die Krise ging nicht von den Entwicklungsregionen aus, hat aber deren Bewohner und Städte, in denen Millionen Menschen weiterhin unter prekären Bedingungen und häufig ohne Zugang zu grundlegenden Diensten und mit ernststen Gesundheitsrisiken leben, hart getroffen. In vielen Fällen wurde die Immobilienkrise durch das Versagen staatlicher Behörden in vier wesentlichen Bereichen verschärft: fehlende verbriefte Eigentumsrechte an Grund und Boden und sonstige Formen sicherer Nutzungs- und Besitzrechte, Mittelkürzungen im Bereich der Wohnungsförderung für die Armen, fehlende Landreserven für den Wohnungsbau für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und die Unfähigkeit, zur Eindämmung der Immobilienspekulation im Markt zu intervenieren. Für die Erwerbsarmen mit ihren niedrigen Einkommen ist der Erwerb von Grundbesitz angesichts steigender Bodenpreise praktisch ausgeschlossen, was zu dem Problem der städtischen Slums beiträgt.

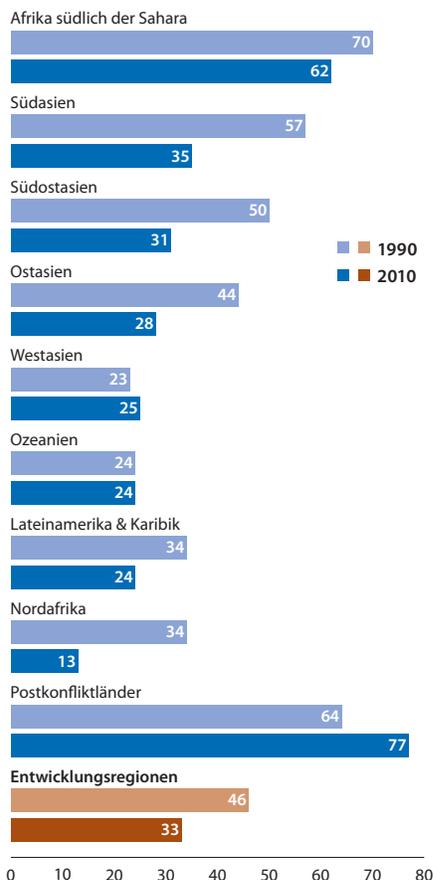
Die Zielvorgabe für bessere Lebensbedingungen in Slums ist zu überarbeiten, um auf nationaler Ebene zum Handeln anzustoßen

Als die internationale Gemeinschaft 2000 die Millenniums-Erklärung annahm und sich das Ziel „Städte ohne Elendsviertel“ setzte, hatten die Experten unterschätzt, wie viele Menschen in unterdurchschnittlichen Verhältnissen leben. Sie hielten auch die Verbesserung der Lebensbedingungen von 100 Mio. Slumbewohnern für ein quantitativ bedeutsames und realistisches Ziel für die kommenden 20 Jahre. Drei Jahre später, 2003, zeigten neue und bessere Datenquellen erstmals, dass 100 Mio. nur ein Bruchteil – etwa 10 Prozent – der weltweiten Slumbewölkerung sind. Auch wurde die Slum-Zielvorgabe anders als andere Millenniumsziele nicht als Prozentsatz eines bestimmten Referenzwerts (i.d.R. das Jahr 1990), sondern als absolute Zahl für die ganze Welt ausgedrückt. Für die Regierungen ist es daher schwierig oder gar unmöglich, sinnvolle landesspezifische Ziele zu setzen. Die Zielvorgabe muss klar neu definiert werden, wenn sie die Regierungen und die Gebergemeinschaft zu ernsthaftem Engagement veranlassen und für anhaltende Fortschritte in die Pflicht nehmen soll.



In Afrika südlich der Sahara ist der Anteil der Slumbewohner noch immer hoch und steigt in den von Konflikten betroffenen Ländern

Anteil der in Slumgebieten lebenden Stadtbewohner – 1990 und 2010 (in Prozent)

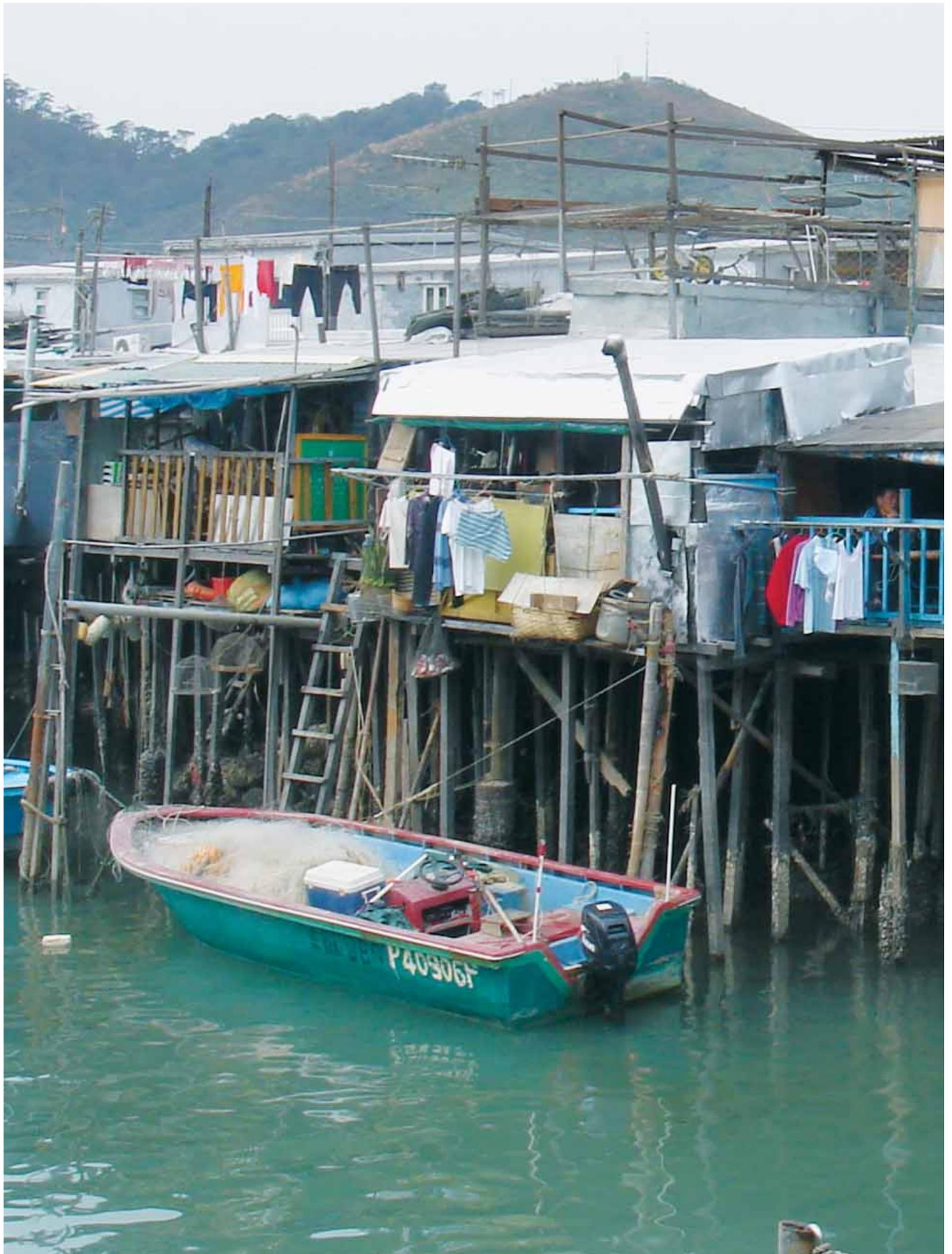


Anmerkung: Zu den in diese kumulierten Werte einbezogenen Postkonfliktländern zählen Angola, die Demokratische Republik Kongo, die Demokratische Volksrepublik Laos, Guinea-Bissau, Irak, Kambodscha, Libanon, Mosambik, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tschad und die Zentralafrikanische Republik.

Schätzungen zufolge gibt es in den Entwicklungsregionen die meisten städtischen Slums in Afrika südlich der Sahara, gefolgt von Südasien. Weniger als ein Drittel der Bewohner anderer Entwicklungsregionen leben in Slums. Einige Länder und Städte Afrikas südlich der Sahara haben Anstrengungen unternommen, um grundlegende Dienste zu erweitern und

die städtischen Wohnverhältnisse zu verbessern, andere waren jedoch untätig, und so konnten die erzielten Fortschritte insgesamt nicht mit dem schnellen Wachstum der Stadtbevölkerung Schritt halten.

Noch kritischer ist die Lage in den von Konflikten betroffenen Ländern, in denen der Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner zwischen 1990 und 2010 von 64 auf 77 Prozent stieg. Die Auswirkungen von Konflikten werden auch in dem erhöhten Anteil der Slumbewohner in Westasien deutlich, der überwiegend auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen in Irak zurückzuführen ist. Dort hat sich der Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner mehr als verdreifacht: von 17 Prozent (2,9 Millionen Menschen) im Jahr 2000 auf schätzungsweise 53 Prozent (10,7 Millionen Menschen) im Jahr 2010.



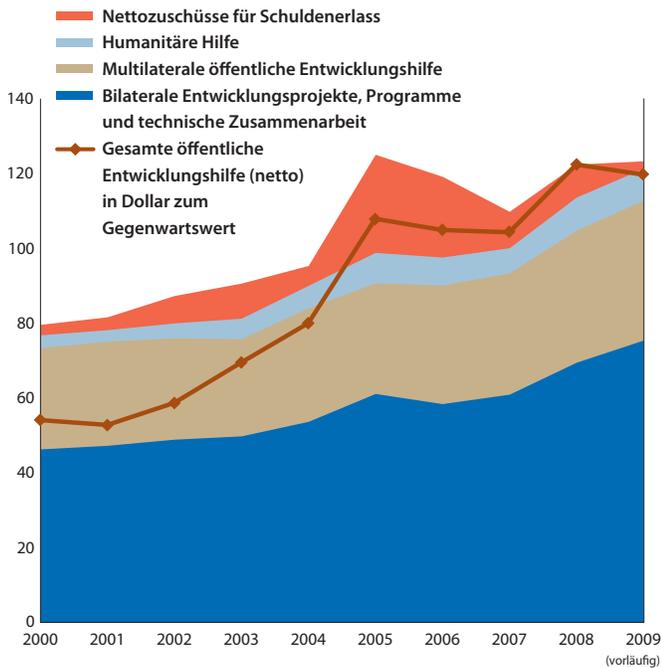
Ziel 8

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft



Trotz der Finanzkrise nimmt die Hilfe weiter zu, doch Afrika kommt zu kurz

Öffentliche Entwicklungshilfe aus den entwickelten Ländern – 2000-2009 (in konstanten Dollar von 2008 und Dollar zum Gegenwartswert)



Die Nettoauszahlungen an öffentlicher Entwicklungshilfe beliefen sich 2009 auf 119,6 Milliarden Dollar oder 0,31 Prozent des kombinierten Nationaleinkommens der entwickelten Länder. Im Vergleich mit 2008 ist dies zwar ein leichter Realanstieg um 0,7 Prozent, doch gemessen in Dollar zum Gegenwartswert sank die öffentliche Entwicklungshilfe um mehr als 2 Prozent gegenüber 122,3 Milliarden Dollar im Jahr 2008.

Ohne Schuldenerleichterungen stieg die öffentliche Entwicklungshilfe von 2008 bis 2009 real um 6,8 Prozent. Wird auch die humanitäre Hilfe ausgenommen, stieg die bilaterale Hilfe real um 8,5 Prozent, da die Geber ihre zentralen Entwicklungsprojekte und -programme weiter ausweiteten. Der Hauptteil der Steigerung (20,6 Prozent) entfiel auf neue Kredite, aber auch die Zuschüsse nahmen um 4,6 Prozent (ohne Schuldenerleichterungen) zu.

Auf dem Gipfeltreffen der Gruppe der Acht (G8) in Gleneagles und dem Weltgipfel der Vereinten Nationen 2005 verpflichteten sich die Geber zur Erhöhung ihrer Hilfen. Viele dieser Zusagen wurden als Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) ausgedrückt. Ausgehend von den damaligen BNE-Prognosen hätten diese Zusagen zusammen mit anderen Verpflichtungen die öffentliche Entwicklungshilfe von 80 Milliarden Dollar im Jahr 2004 auf 130 Milliarden Dollar im Jahr 2010 (zu kon-

stanten Preisen von 2004) angehoben. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums seit 2008 hat jedoch dazu geführt, dass das BNE in den entwickelten Ländern niedriger ausfiel als erwartet und der Wert der Zusagen für 2010 auf rund 126 Milliarden Dollar (zu konstanten Preisen von 2004) sank. Zudem belastet die Konjunkturlaute die öffentlichen Haushalte in den entwickelten Ländern. Die Mehrheit der ursprünglichen Verpflichtungen behalten zwar ihre Gültigkeit, doch haben einige große Geber an den für 2010 gegebenen Zusagen Abstriche gemacht oder den Zeitpunkt ihrer Erfüllung verschoben. Ausgehend von den aktuellen Haushaltsentwürfen für 2010 sowie den niedrigeren BNE-Prognosen wird für 2010 mit einer öffentlichen Entwicklungshilfe in Höhe von insgesamt 108 Milliarden Dollar (zu Preisen von 2004) gerechnet.

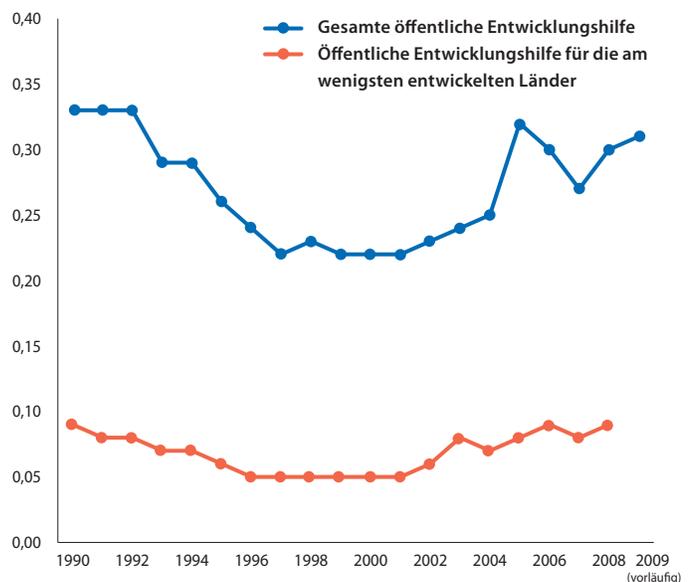
Der Wegfall der Hilfe trifft insbesondere Afrika. Auf dem Gipfeltreffen 2005 in Gleneagles rechneten die G8-Mitglieder damit, dass sich die öffentliche Entwicklungshilfe für Afrika durch ihre Zusagen und die anderer Geber bis 2010 verdoppeln würde. Vorläufige Daten für 2009 zeigen, dass die bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe für Afrika insgesamt real um 3 Prozent zunahm. Die bilaterale Hilfe für Afrika südlich der Sahara stieg gegenüber 2008 real um 5,1 Prozent. Von der in Gleneagles vorgesehenen Steigerung in Höhe von 25 Milliarden Dollar wird Afrika schätzungsweise nur 11 Milliarden Dollar erhalten, was hauptsächlich auf die Leistungsausfälle einiger europäischer Geber zurückzuführen ist, deren Hilfe zu großen Teilen für Afrika bestimmt ist.

ZIELVORGABE

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenländer und der kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen

Nur fünf Geberländer haben die Zielvorgabe der Vereinten Nationen für öffentliche Hilfe erreicht

Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (netto) der OECD/DAC-Länder am BNE der Geber – 1990-2009 (in Prozent)



Die Hilfe der meisten Geber liegt noch immer weit unter dem von den Vereinten Nationen festgelegten Zielwert von 0,7 Prozent des BNE. 2009 erreichten oder überschritten nur Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden den Zielwert. Die größten Geber in absoluten Zahlen waren 2009 die Vereinigten Staaten, gefolgt von Frankreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich und Japan.

Dieses Jahr ist für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) im Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ein Meilenstein. 2005 kamen die EU-Mitgliedstaaten im DAC überein, 2010 gemeinsam insgesamt 0,56 Prozent und pro Land mindestens 0,51 Prozent des BNE als öffentliche Entwicklungshilfe (netto) bereitzustellen.

Einige Länder werden dieses Ziel erreichen oder sogar überschreiten: Schweden, dessen öffentliche Entwicklungshilfe weltweit den höchsten Anteil am BNE (1,01 Prozent) erreicht, gefolgt von Luxemburg (1 Prozent), Dänemark (0,83 Prozent), den Niederlanden (0,8 Prozent), Belgien (0,7 Prozent), dem Vereinigten Königreich (0,6 Prozent), Finnland (0,56 Prozent), Irland (0,52 Prozent) und Spanien (0,51 Prozent).

Andere dagegen werden das Ziel wohl verfehlen: Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am BNE wird für Frankreich auf 0,44-0,48, für Deutschland auf 0,40, für Österreich auf 0,37, für Portugal auf 0,34, für Griechenland auf 0,21 und für Italien auf 0,20 Prozent geschätzt.

2010 ist für die EU-Geberländer im DAC auch deswegen ein besonderes Jahr, weil die Hälfte der Zeitspanne zwischen den Verpflichtungen des Jahres 2005 und dem für die Erreichung des Zielwerts von 0,7 Prozent des BNE vorgesehenen Termin 2015 abgelaufen ist.

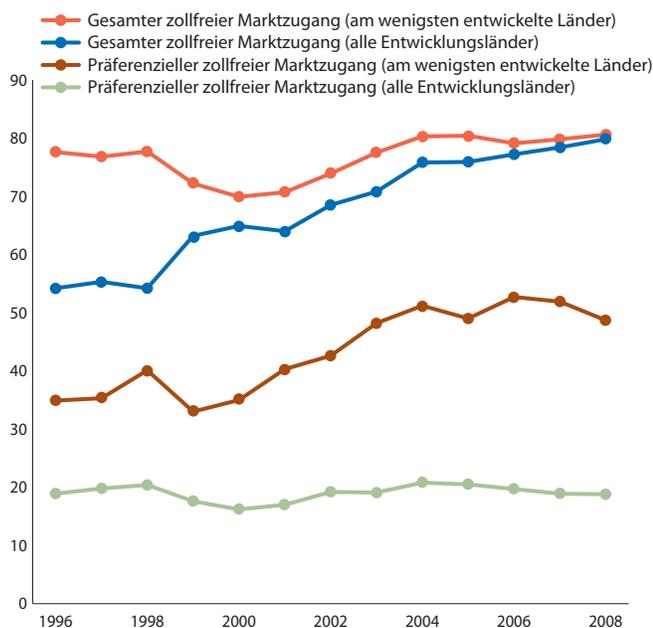
Die Hilfe konzentriert sich zunehmend auf die ärmsten Länder, wobei etwa ein Drittel der gesamten Hilfeströme der Geber in die am wenigsten entwickelten Länder fließt. Im Zeitraum 2007-2008 wurden 15,2 Milliarden Dollar von den durchschnittlich insgesamt 71,6 Milliarden Dollar an zweckgebundener bilateraler öffentlicher Entwicklungshilfe der Verwirklichung des Millenniumsziels 3 – Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen – gewidmet.

ZIELVORGABE

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln

Die Entwicklungsländer erhalten mehr Zugang zu den Märkten der entwickelten Länder

Anteil der aus Entwicklungsländern und am wenigsten entwickelten Ländern stammenden Erzeugnisse, die in entwickelte Länder zollfrei eingeführt wurden, und der Erzeugnisse, die zollfrei eingeführt wurden, während auf Konkurrenzprodukte ein Meistbegünstigungszoll erhoben wurde (präferenzzieller zollfreier Zugang) – 1996-2008 (in Prozent)

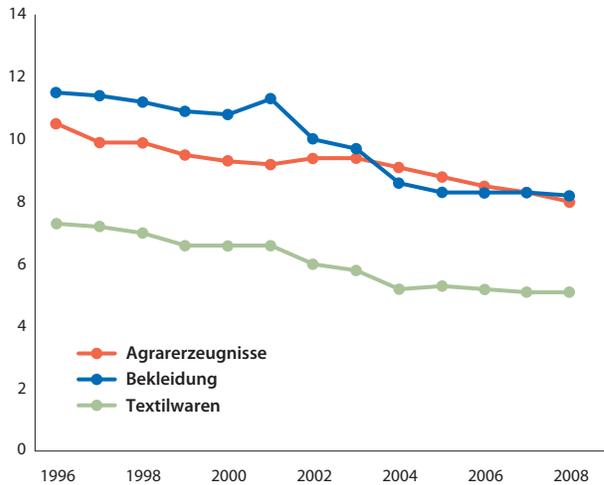


In den letzten zehn Jahren haben die Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder mehr Zugang zu den Märkten der entwickelten Länder erhalten. Der Anteil der zollfreien Einfuhren (ohne Rüstungsgüter und Erdöl) der entwickelten Länder aus allen Entwicklungsländern stieg von 54 Prozent im Jahr 1998 auf knapp 80 Prozent im Jahr 2008. Für die am wenigsten entwickelten Länder stieg dieser Anteil nur geringfügig von 78 Prozent im Jahr 1998 auf knapp 81 Prozent im Jahr 2008.

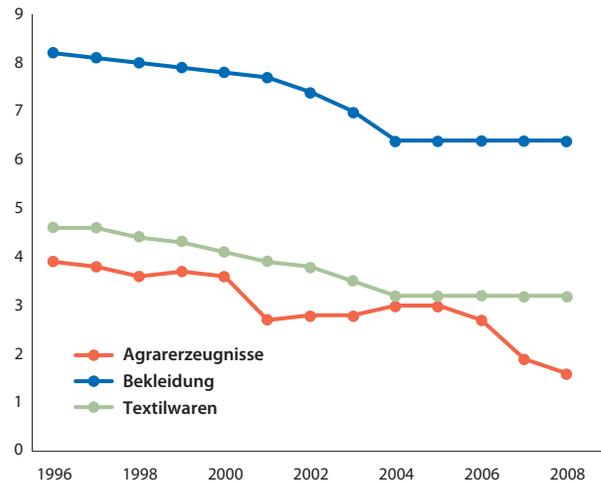
Der erweiterte Marktzugang der Entwicklungsländer insgesamt ist hauptsächlich auf die Abschaffung von Zöllen im Rahmen von Meistbegünstigungsregelungen, besonders vor 2004, zurückzuführen. Seither haben die entwickelten Länder die Zölle im Rahmen von Meistbegünstigungsregelungen nicht mehr wesentlich gesenkt.

Die am wenigsten entwickelten Länder profitieren am meisten von Senkungen der Zölle, insbesondere auf ihre Agrarerzeugnisse

Durchschnittszölle der entwickelten Länder auf Einfuhren von Schlüsselerzeugnissen aus Entwicklungsländern – 1996-2008 (in Prozent)

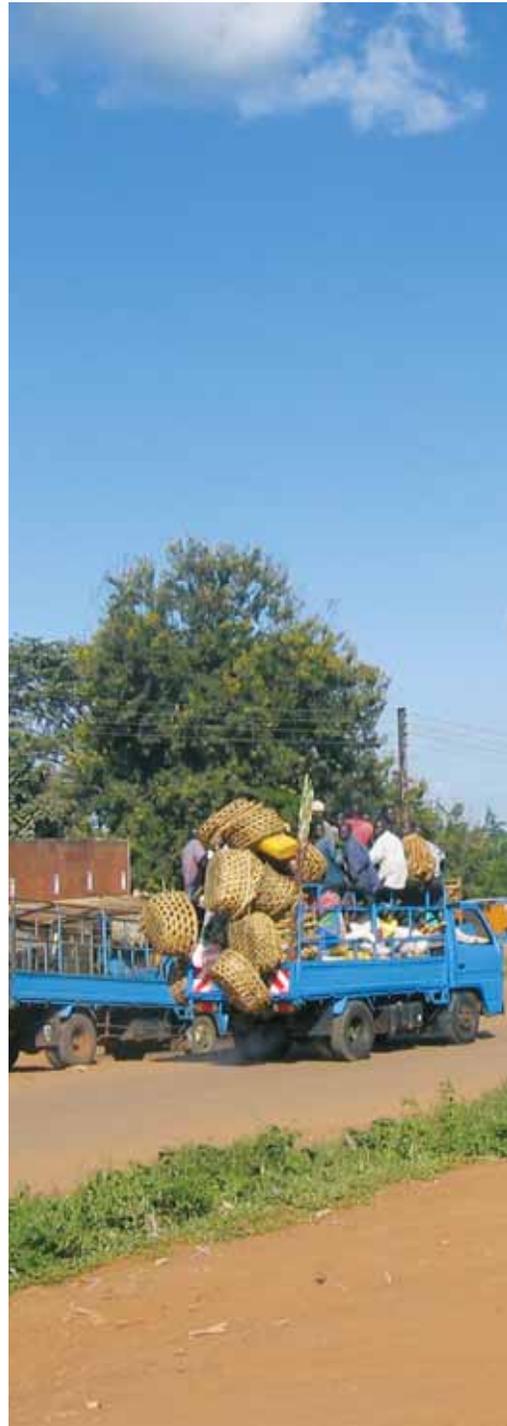


Durchschnittszölle der entwickelten Länder auf Einfuhren von Schlüsselerzeugnissen aus den am wenigsten entwickelten Ländern – 1996-2008 (in Prozent)



Trotz der Präferenzen lagen die Zölle der entwickelten Länder auf Einfuhren von Agrarerzeugnissen, Textilwaren und Bekleidung aus Entwicklungsländern 2008 noch immer zwischen 5 und 8 Prozent und damit um nur 2 bis 3 Prozentpunkte niedriger als 1998. Die am wenigsten entwickelten Länder profitieren jedoch weiterhin von größeren Senkungen der Zölle, insbesondere auf ihre Agrarerzeugnisse. Die Präferenzzölle

le auf Agrarerzeugnisse aus den am wenigsten entwickelten Ländern liegen bei 1,6 Prozent (gegenüber 8 Prozent für die anderen Entwicklungsländer); die Zölle auf Bekleidung und Textilwaren aus diesen Ländern sind allerdings um nur 2 bis 3 Prozentpunkte niedriger als die, die für die Entwicklungsländer als Gruppe gelten.



Aufgrund der Wettbewerbsvorteile, die den am wenigsten entwickelten Ländern durch Präferenzzölle entstehen, haben sich diese Länder zunehmend auf den Export von Erzeugnissen konzentriert, bei denen sie hohe Präferenzmargen haben. Eine weitere Liberalisierung der Handelspolitik der entwickelten Länder im Rahmen der Entwicklungsagenda von Doha wäre für die Entwicklungsländer insgesamt günstig, würde jedoch die Vorteile der derzeitigen Zollpräferenzen für die am wenigsten entwickelten Länder untergraben. Die Gewährung von Präferenzen für am wenigsten entwickelte Länder erfolgt allerdings überwiegend unilateral, und das Abkommen von Doha hätte den Vorteil, dass diese Regelungen konsolidiert würden. Zudem ist zu erwarten, dass einer Untergrabung der Zollpräferenzen durch besondere Umsetzungsverfahren im Rahmen der Entwicklungsagenda von Doha und durch spezielle „Hilfe für Handel“ begegnet würde.

Für die Entwicklungsländer im Allgemeinen brächte das Doha-Abkommen, was den Zugang zu den Märkten der entwickelten Länder angeht (wo die meisten Durchschnittszölle bereits jetzt niedrig sind), als wichtigste Vorteile eine Senkung der Spitzenzölle im Agrar-, Textil- und Bekleidungssektor und den Abbau marktverzerrender Agrarsubventionen. Durch eine überproportionale Senkung hoher Zölle würde das Abkommen von Doha außerdem der weitverbreiteten Zolleskalation (dem Steigen der Zölle mit dem Verarbeitungsgrad eines Erzeugnisses) entgegenwirken, die in vielen Fällen im landwirtschaftlichen wie auch im nichtlandwirtschaftlichen Sektor stattfindet.

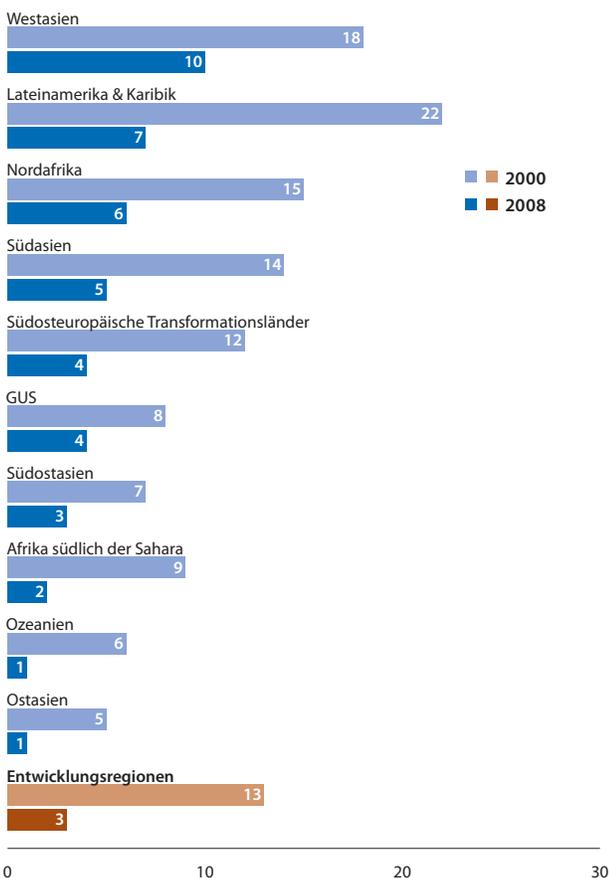
Im Zeitraum 2008/2009 führte die Finanzkrise in fast allen Entwicklungsländern zu einem Rückgang des Handelswerts und -volumens. Die am wenigsten entwickelten Länder waren von dem Rückgang der internationalen Preise für Erdöl und Mineralien, ihre Hauptexportgüter, besonders nachteilig betroffen. Der Wert ihrer Erdölexporte ging im vierten Quartal 2008 um 46 Prozent zurück und sank Anfang 2009 weiter. Trotz einer im zweiten Quartal 2009 einsetzenden Erholung der Rohstoffpreise sank der Wert der Exporte der Entwicklungsländer 2009 um 31 Prozent (gegenüber 23 Prozent im Weltdurchschnitt). Angesichts dieses Rückschlags kam dem multilateralen Handelssystem eine wesentliche Rolle dabei zu, einen allgemeinen Rückzug in den Protektionismus zu verhindern.

ZIELVORGABE

Die Verschuldung der Entwicklungsländer umfassend angehen

Die Schuldenlast der Entwicklungsländer wird leichter und bleibt deutlich unter früheren Werten

Höhe des Auslandsschuldendienstes im Verhältnis zu den Exporteinnahmen – 2000 und 2008 (in Prozent)



Die Auslandsschuldenlast eines Landes wirkt sich auf seine Kreditwürdigkeit und seine Anfälligkeit für wirtschaftliche Schocks aus. Ein besseres Schuldenmanagement, Handelsausweitung und erhebliche Schuldenerleichterungen für die ärmsten Länder haben die Last des Schuldendienstes vermindert. Trotz des Rückgangs der Exporte durch die weltweite Wirtschaftskrise blieb das Verhältnis von Schuldendienst zu Exporteinnahmen 2008 in den meisten Entwicklungsregionen stabil oder sank weiter. Von 2007 bis 2008 stieg diese Kennzahl nur in Südostasien – von 4,8 auf 5,4 – und in den GUS-Ländern – von 3,1 auf 3,9. Trotz weiterer Ausfälle bei den Exporteinnahmen im Jahr 2009 und des in einigen Ländern rückläufigen Wachstums werden die Schuldenlasten wohl deutlich unter den Werten der Vergangenheit bleiben.

40 Länder erfüllen die Voraussetzungen für eine Schuldenerleichterung im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC). Davon haben 35 Länder in dem Prozess die Phase des „Entscheidungspunkts“ erreicht und für künftige Schulderrückzahlungen Entlastungen in Höhe von 57 Milliarden Dollar erhalten; 28 Länder haben nach dem Erreichen ihres „Ab-

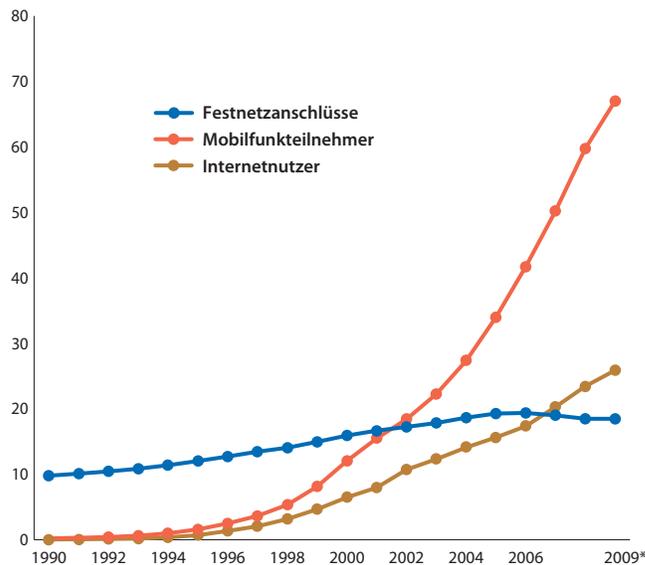
schlusspunkts“ im Rahmen der Multilateralen Entschuldungsinitiative zusätzliche Hilfe in Höhe von 25 Milliarden Dollar erhalten. Die Schuldenlasten der in die HIPC-Initiative einbezogenen Länder liegen unter dem Gesamtdurchschnitt der am wenigsten entwickelten Länder.

ZIELVORGABE

In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Die Nachfrage nach Informations- und Kommunikationstechnologien steigt

Zahl der Festnetzanschlüsse, Mobilfunkteilnehmer und Internetnutzer je 100 Einwohner, Welt – 1990-2009



Anmerkung: * Die Daten für 2009 sind Schätzwerte.

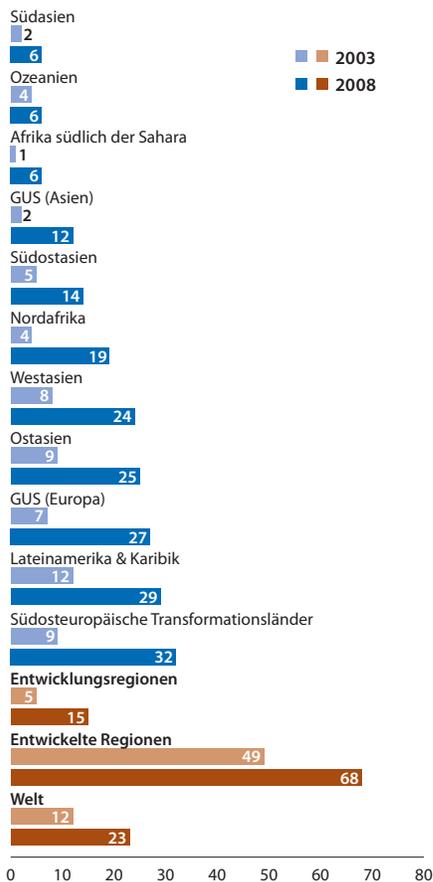
Trotz des jüngsten Konjunkturabschwungs nimmt die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) weltweit weiter zu. Ende 2009 war die Zahl der Mobilfunkteilnehmer weltweit auf schätzungsweise 4,6 Milliarden angewachsen. Demnach sind 67 von 100 Menschen Mobilfunkteilnehmer. Am stärksten wächst die Mobiltelefonie nach wie vor in den Entwicklungsländern, wo Ende 2009 eine Durchdringungsrate von 50 Prozent überschritten wurde.

Die Mobiltelefonie bietet Regionen, die bis dahin zu IKT keinen Zugang hatten, neue und äußerst wichtige Kommunikationsmöglichkeiten. In Afrika südlich der Sahara zum Beispiel liegt die Durchdringungsrate bei den Festnetzanschlüssen noch immer um 1 Prozent, beim Mobilfunk dagegen deutlich über 30 Prozent. Die Mobiltechnologie wird auch zunehmend für Nichtsprach-Anwendungen, darunter Textnachrichten, mobile Bankgeschäfte und Katastrophenmanagement, eingesetzt, und ihre Rolle als Entwicklungsinstrument wird weithin anerkannt.



Die meisten Menschen auf der Welt haben noch keinen Zugang zum World Wide Web

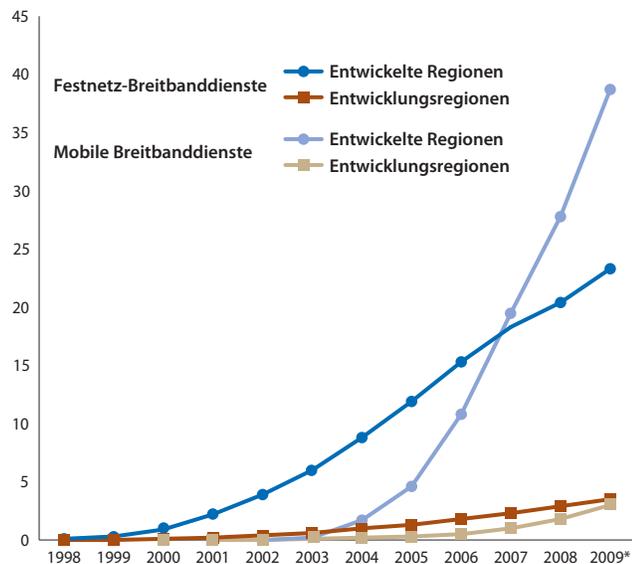
Zahl der Internetnutzer je 100 Einwohner – 2003 und 2008



Die Internetnutzung hat ebenfalls weiter zugenommen, wenn auch im letzten Jahr langsamer. Ende 2008 nutzten 23 Prozent der Weltbevölkerung (oder 1,6 Milliarden Menschen) das Internet. In den entwickelten Regionen ist der Anteil nach wie vor viel höher als in den Entwicklungsländern, in denen nur jeder Sechste Internetzugang hat.

Eine breite Kluft trennt die Internetnutzer mit schnellen Verbindungen, zumeist in den entwickelten Ländern, von denen mit Einwahlverbindungen

Nutzer von Festnetz-Breitbanddiensten je 100 Einwohner – 1998-2009 – und Nutzer von mobilen Breitbanddiensten je 100 Einwohner – 2000-2009



Anmerkung: * Die Daten für 2009 sind Schätzwerte.

Wegen der begrenzten Verfügbarkeit von Breitbandnetzen ist es schwierig, mehr Menschen in Entwicklungsländern Internetzugang zu verschaffen. Viele der wirksamsten entwicklungsfördernden Anwendungen der IKT, wie etwa Telemedizin, elektronischer Handel, elektronische Bankgeschäfte und elektronische Behördendienste, sind nur über schnelle Internetverbindungen verfügbar. Es besteht jedoch eine große Kluft zwischen denen, die schnellen Zugang zu einer an Multimedia-Inhalten immer reicher werdenden Online-Welt haben, und denen, die sich noch immer mit langsamen, gemeinsam genutzten Einwahlverbindungen abmühen.

Ende 2008 war bei den Festnetz-Breitbanddiensten in den Entwicklungsländern eine durchschnittliche Durchdringungsrate von weniger als 3 Prozent und eine starke Konzentration auf wenige Länder zu verzeichnen. Auf China, den weltweit größten Markt für Festnetz-Breitbanddienste, entfallen etwa die Hälfte der 200 Millionen Anschlüsse. In den meisten der am wenigsten entwickelten Länder ist die Zahl der Festnetz-Breitbandanschlüsse noch vernachlässigbar gering; die Dienste sind nach wie vor für die meisten Menschen unerschwinglich und nicht zugänglich. Die Einführung schneller, drahtloser Breitbandnetze lässt jedoch in naher Zukunft eine steigende Zahl von Internetnutzern in den Entwicklungsländern erwarten.



01-788041 020-8639028
02-740776 735014238
01-788129 1592403340

100%

50

Hinweise für den Leser

Messung des Umsetzungsstands der Millenniums-Entwicklungsziele

Der Umsetzungsstand der acht Millenniums-Entwicklungsziele wird anhand von 21 Zielvorgaben und 60 offiziellen Indikatoren gemessen¹. In diesem Bericht wird auf der Grundlage der im Mai 2010 verfügbaren Daten Rechenschaft darüber abgelegt, wie weit die Welt bei der Verwirklichung der Ziele bisher gekommen ist.²

Die Frist für die Erreichung der meisten Zielvorgaben läuft 2015 ab, und 1990 ist das Basisjahr für die Fortschrittsmessung. Sachdienliche Angaben für 2000 werden, soweit vorhanden, ebenfalls präsentiert, um die Veränderungen seit der Unterzeichnung der Millenniums-Erklärung zu beschreiben. Landesdaten werden auf subregionaler und regionaler Ebene aggregiert, um den Gesamtfortschritt im Zeitverlauf aufzuzeigen. Die aggregierten Werte sind für die Fortschrittsverfolgung praktisch, die Situation einzelner Länder innerhalb einer bestimmten Region kann jedoch erheblich von den gesamtregionalen Werten abweichen. Die Daten für die einzelnen Länder und die Zusammensetzung aller Regionen und Subregionen finden sich unter <http://mdgs.un.org>.

Grundlagen dieser Analyse

Die in diesem Bericht enthaltenen regionalen und subregionalen Werte werden von Mitgliedern der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele zusammengestellt. Die Werte errechnen sich in der Regel aus dem gewichteten Mittel der Landesdaten, wobei der Gewichtungsfaktor die Referenzpopulation ist. Pro Indikator wurden eine oder mehrere Organisationen zur offiziellen Datenquelle und federführenden Stelle für die Entwicklung von Datenerhebungs- und -analysemethoden bestimmt (eine Auflistung der beitragenden Organisationen findet sich auf der vorderen Umschlagsinnenseite).

Die Daten stammen in der Regel aus amtlichen Statistiken, die die Regierungen bereitstellen. Hierfür erheben Ministerien und nationale Statistikämter in aller Welt regelmäßig Daten. Um die vielfach bestehenden Datenlücken zu schließen, werden für die Erfassung bestimmter Indikatoren ergänzend oder ausschließlich Daten aus Erhebungen herangezogen, die von internationalen Organisationen gefördert und durchgeführt werden. Dies gilt vor allem für Gesundheitsindikatoren, die größtenteils aus Mehrfachindikator-Clustererhebungen sowie aus demografischen Erhebungen und Gesundheitserhebungen abgeleitet werden.

In einigen Fällen verfügen einzelne Länder über aktuellere Daten als die zuständigen Sonderorganisationen. In anderen Fällen müssen die zuständigen internationalen Organisationen die fehlenden Werte schätzen oder die von den Ländern vorgelegten Daten anpassen, um internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Die Daten aus internationalen Quellen weichen daher oft von den in den einzelnen Ländern verfügbaren Daten ab.

Die VN-Statistikabteilung verwaltet die offizielle Website (<http://mdgs.un.org>) und die Datenbank der Sachverständigengruppe. Durch farbliche Absetzung lässt sich im Interesse höherer Transparenz erkennen, welche Zahlen in den Landesdatenreihen Schätzwerte sind und welche von nationalen Stellen stammen. Die begleitenden Metadaten erklären die Berechnung der Indikatoren und die für die regionale Aggregation verwendete Methodik im Einzelnen.

¹ Die vollständige Liste der Ziele, Zielvorgaben und Indikatoren findet sich in Deutsch unter www.un.org/depts/german/millennium/mdg-ind-15jan08.pdf.

² Angesichts des Zeitabstands zwischen Datenerhebung und -analyse liegen nur für wenige Indikatoren Daten des laufenden Jahres vor. Die meisten Indikatoren beruhen auf Daten aus früheren Jahren – in der Regel bis 2008 oder 2009.

Abgleich nationaler und internationaler Daten

Zuverlässige, zeitnahe und international vergleichbare Daten zu den Millenniums-Indikatoren sind für die Rechenschaftslegung der internationalen Gemeinschaft ebenso unverzichtbar wie für die Mobilisierung von öffentlicher Unterstützung und Entwicklungsfinanzierung, die wirksame Hilfszuweisung und den Vergleich der Fortschritte in einzelnen Regionen und Ländern. Unterschiede zwischen Datenquellen, Lücken bei den nationalen Daten und resultierende Differenzen bei den Indikatorwerten beunruhigen Statistiker wie auch Lieferanten von Landesdaten.

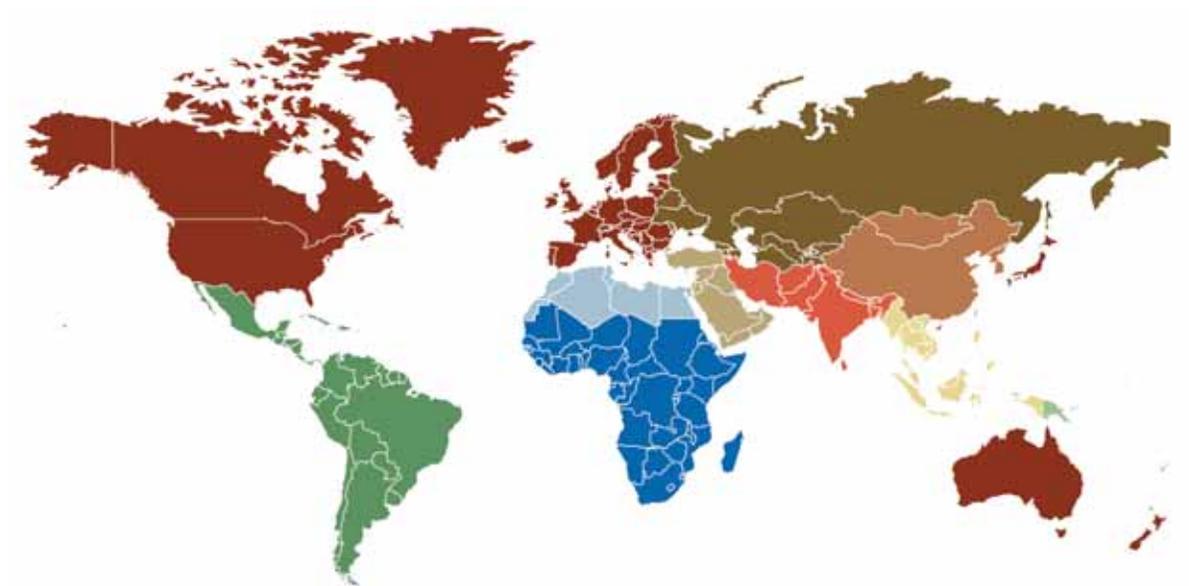
Mehrere Initiativen wurden eingeleitet, um die nationale und die internationale Überwachung miteinander abzugleichen und Unterschiede zwischen den verwendeten Methoden und Definitionen auszuräumen. Diese Bemühungen zeigen erste Ergebnisse. Die Sachverständigengruppe hat einen Dialog zwischen den nationalen und internationalen Stellen angeregt, um die Kohärenz nationaler und internationaler Daten zu verbessern und die Qualität und Transparenz der Methoden und der generierten Daten zu gewährleisten. Außerdem schulte sie in mehr als 40 Ländern nationale Statistiksachverständige in der Indikatorentwicklung.

Verbesserung der Überwachungssysteme

Verbesserte Daten und Überwachungsinstrumente sind eine wesentliche Voraussetzung für die Erarbeitung der zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele erforderlichen geeigneten Politiken und Maßnahmen. Trotz einiger Fortschritte gibt es in vielen armen Ländern noch keine ausreichend verlässlichen statistischen Daten zur Beobachtung der Entwicklung, und der Aufbau von inländischen Kapazitäten zur Erarbeitung besserer, für die Politik relevanter Daten ist eine gewaltige Aufgabe. Seit Beginn der regelmäßigen Bewertung der Millenniums-Entwicklungsziele vor knapp zehn Jahren werden Schritte unternommen, um die Datenverfügbarkeit in den Ländern und die Mechanismen für die Berichterstattung an die internationalen Organisationen zu verbessern. Daraus ergibt sich eine zunehmende Ausrichtung der Datengenerierung in den Ländern an den international vereinbarten Empfehlungen und Standards. Außerdem verstehen internationale Organisationen heute besser, welche Daten in den Ländern verfügbar sind und wie sie mit nationalen Sachverständigen zusammenarbeiten können, um Indikatoren zu erstellen und zu schätzen.

Heute stehen auf internationaler Ebene mehr Daten zur Bewertung der Trends bei allen Millenniumszielen zur Verfügung. 2009 lagen in 118 Ländern Daten zu 16 bis 22 Indikatoren für jeweils mindestens zwei Zeitpunkte vor; 2003 hatten nur vier Länder eine entsprechende Datendichte. Dies wurde durch den Ausbau nationaler Kapazitäten zur Einleitung neuer Datenerhebungsinitiativen sowie zur häufigeren Datenerhebung erreicht. So stieg die Zahl der Länder mit mindestens zwei Datenpunkten zur Verwendung von Verhütungsmitteln von 50 im Zeitraum 1986-1994 auf 94 im Zeitraum 1995-2004. Gleichzeitig sank die Zahl der Länder ohne Daten zu diesem Indikator von 106 auf 63. Auch in anderen Bereichen, wie etwa der Beobachtung der HIV-Ausbreitung, werden zunehmend hochwertige Daten generiert, was zu einem besseren Verständnis der Epidemie führt. Im Zeitraum 2003-2008 führten 87 Entwicklungsländer national repräsentative Datenerhebungen zu umfassendem und richtigem Wissen über HIV bei jungen Frauen durch; im Zeitraum 1998-2002 waren es 48 Länder und vor 1998 nur fünf gewesen. Selbst in Bereichen, in denen es weniger gängige Instrumente für die Datenerhebung gibt, wie etwa im Umweltbereich, wurde die Datenbeschaffung von nationalen und regionalen Behörden wesentlich verbessert. So stieg beispielsweise die Zahl der in der Weltbank für Schutzgebiete enthaltenen Gebiete von knapp über 1.000 im Jahr 1962 auf mehr als 102.000 im Jahr 2003 und 134.000 im Jahr 2009.

Regionale Gruppen



- Entwickelte Regionen
- Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)
- Nordafrika
- Afrika südlich der Sahara
- Südostasien
- Ozeanien
- Ostasien
- Südasien
- Westasien
- Lateinamerika & Karibik

Die in diesem Bericht präsentierten Daten zeigen den Umsetzungsstand der Millenniums-Entwicklungsziele für die Welt insgesamt sowie für verschiedene Ländergruppen. Diese Gruppen sind unterteilt in die „Entwicklungs“-Regionen, die Transformationsländer der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten Asiens und Europas sowie die „entwickelten“ Regionen¹. Die Entwicklungsregionen wiederum werden den aus der Karte ersichtlichen Subregionen zugeordnet. Diese regionalen Gruppen bauen auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige notwendige Änderungen vorgenommen wurden, um, soweit möglich, sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden. Eine vollständige Liste der Länder jeder Region und Subregion findet sich unter <http://mdgs.un.org>.

¹ Da im System der Vereinten Nationen keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder Gebiete besteht, erfolgt diese Unterscheidung hier lediglich zum Zweck der statistischen Analyse.

Weitere Informationen in Englisch finden sich

auf der Website der VN-Statistikabteilung über die Millenniums-Entwicklungsziele unter <http://mdgs.un.org>

auf der VN-Website über die Millenniums-Entwicklungsziele unter <http://www.un.org/millenniumgoals>

auf der Website der VN-Gruppe für die Millenniums-Kampagne unter <http://www.endpoverty2015.org>

FOTOS

Deckblatt: © Sara Duerto Valero

Seite 2: © VN-Foto/116454

Seite 6: © VN-Foto/Logan Abassi

Seite 11: © Sara Duerto Valero

Seite 12: © UNICEF/NYHQ2009-2315/Mosammat Kamrun

Seite 15: © UNICEF/NYHQ2009-1732/Truls Brekke

Seite 16: © Sara Duerto Valero

Seite 19: © UNICEF/NYHQ2009-2314/Mohammad Jashim Uddin

Seite 20: © UNICEF/NYHQ1996-1183/Giacomo Pirozzi

Seite 21: © Sara Duerto Valero

Seite 22: © Sara Duerto Valero

Seite 23: © Sara Duerto Valero

Seite 26: © UNICEF/NYHQ2006-0038/Brendan Bannon

Seite 29: © UNICEF/NYHQ1996-1081/Nicole Toutounji

Seite 30: © UNICEF/NYHQ2008-1312/Olivier Asselin

Seite 33: © UNICEF/NYHQ2005-1047/Radhika Chalasani

Seite 35: © UNICEF/NYHQ2009-2317/Md. Ilias Mia

Seite 37: © UNICEF/NYHQ2009-0697/Christine Nesbitt

Seite 39: © UNICEF/NYHQ2008-1437/Guillaume Bonn

Seite 40: © UNICEF/NYHQ2006-1478/Giacomo Pirozzi

Seite 44: © UNICEF/NYHQ2008-0842/John Isaac

Seite 46: © UNICEF/NYHQ2010-0402/Kate Holt

Seite 52: © Sara Duerto Valero

Seite 55: © Sara Duerto Valero

Seite 56: © UNICEF/NYHQ2007-0426/Giacomo Pirozzi

Seite 60: © UNICEF/NYHQ2009-0859/Shehzad Noorani

Seite 63: © UNICEF/NYHQ2009-1449/Peter Wurzel

Seite 65: © Sara Duerto Valero

Seite 66: © Sara Duerto Valero

Seite 69: © Maria Martinho

Seite 71: © Masaru Goto / Weltbank

Seite 73: © Sara Duerto Valero

Redaktion: Lois Jensen

Copyright © Vereinten Nationen 2010

Alle Rechte vorbehalten.

„Wir dürfen die Milliarden Menschen nicht im Stich lassen, die darauf bauen, dass die internationale Gemeinschaft das in der Millenniums-Erklärung gegebene Versprechen einer besseren Welt erfüllt.

Halten wir das Versprechen!“

— VN-Generalsekretär Ban Ki-moon